Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

27. Februar 1978
Jg. 6 Nr. 9

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf. Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 19 – Gedruckt in Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21060 C

Schottische Werftarbeiter streiken gegen 3-Schicht-Betrieb

1500 Arbeiter der McDermotts-Werft bei Inverness streiken seit dem 9. Januar gegen die Einführung einer dritten Schicht. McDermotts gehört zum US-amerikanischen Konzern Ocean Contractors und ist auf Ölplattformen spezialisiert. Bisher wurde auf der Werft in zwei Schichten gearbeitet. Die gewaltige Steigerung der Ölförderung in der Nordsee und ihre weitere Ausdehnung verstärkt die Nachfrage nach Plattformen. McDermotts will jetzt die dritte Schicht einführen, um diese Lage für die schärfere Ausbeutung der Werftarbeiter zu nutzen. Der Streik, der als inoffizieller Streik begonnen hatte, wird seit drei Wochen von der Gewerkschaft geführt.

Kämpfe der belgischen Automobilarbeiter

Die Kämpfe der belgischen Metallarbeiter um Lohnerhöhung und Arbeitszeit sind nach dem Scheitern der zentralen Metallverhandlungen völlig zersplittert. Es gibt gerade in der Automobilindustrie viele Kämpfe und Streiks, aber es gibt keine einheitliche Forderung. Die Gewerkschaftsführer verzichten oft ganz auf die Aufstellung von Lohnforderungen, da die Löhne jährlich um die offizielle Preissteigerungsrate ohnehin angehoben würden.

Seit Januar stehen die 1500 Angestellten von General Motors Antwerpen im Kampf, ihre Hauptforderungen: 2000 bfr (etwa 130 DM) monatlich mehr für 1978, weitere 2000 bfr für 1979, eine Prämie von 1500 bfr, 38-Stunden-Woche. 55,84 Prozent der Angestellten haben am 21. Januar das Schlichtungsergebnis von 1200 bfr abgelehnt.

Bei Volvo Gent haben die Arbeiter in den vergangenen Wochen mehrere kurze Streiks gegen die geplanten Entlassungen von 220 Arbeitern durchgeführt. Das Schlichtungsergebnis – Entlassung von 110 Arbeitern, 39-Stunden-Woche ab 1979, drei weitere Urlaubstage, keine Lohnerhöhung – haben über 61 Prozent abgelehnt. Nach der Urabstimmung führten die Arbeiter in der letzten Woche selbständige Streikaktionen durch.

Die 10000 Arbeiter von Ford Gent bereiten den Streik für Anfang März vor; die Kapitalisten „bieten" die Einstellung von einigen hundert Arbeitern bei Samstagsarbeit oder 9-Stunden-Tag. Die Arbeiter fordern die 36-Stunden-Woche und die Einstellung von 1000 Arbeitern.

Spanische Stahlarbeiter im Streik
Gegen die geplante Stillegung des Hüttenwerkes Ensidesa in Asturien (Nord-

Spanische Stahlarbeiter im Streik

Gegen die geplante Stillegung des Hüttenwerkes Ensidesa in Asturien (Nordspanien) und gegen die Weigerung der kleinen und mittleren Metallkapitalisten, ein Angebot in den Tarifverhandlungen vorzulegen, streikten am letzten Dienstag 70000 Arbeiter der asturischen Stahl- und Metallindustrie. 40000 demonstrierten in Avilés. Für Sonntag haben die Gewerkschaften, die revolutionären Organisationen und die Linksparteien erneut zur Demonstration in Avilés gegen die Stillegung und für sofortiges Inkrafttreten des vorläufigen Autonomiestatuts für Asturien aufgerufen. Die revisionistische PCE hatte die „Forderung" nach Erfüllung des Pakts von Moncloa in den Aufruf einschmuggeln wollen. Das wurde abgelehnt.

Am Montag letzter Woche traten auch die baskischen Hüttenarbeiter von Altos Hornos de Vizcaya unbefristet in den Streik. Die Kapitalisten wollen die von der Regierung verfügte Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge auf die Arbeiter abwälzen. Die Streikenden fordern Zahlung durch die Kapitalisten. In drei Werken streiken insgesamt 9500 Arbeiter.

Japanische Arbeiter eröffnen mit machtvollen Kundgebungen den Lohnkampf

Am 19. Februar haben sich über 100000 Arbeiter und Angestellte in Tokio auf einer Kundgebung zur Einleitung des Lohnkampfes versammelt. In zwanzig weiteren Städten fanden Kundgebungen und Demonstrationen statt. Die japanischen Arbeiter verlangen gegen die ständigen Lohnsenkungen Lohnerhöhungen zwischen 10 und 19%, Senkung der Lohnsteuer, Verkürzung der Arbeitszeit und Rücknahme der geplanten Massenentlassungen.

Die Gewerkschaft der Staatseisenbahner fordert 18,4%, das sind im Durchschnitt 310 DM, „weil die meisten Eisenbahner wegen ihrer niedrigen Löhne gegenwärtig Geld leihen müssen oder auf Zuschuß aus ihrem Familienverband angewiesen sind, wenn sie über die Runden kommen wollen". Die Gewerkschaft der Staatseisenbahner bereitet zusammen mit der Gewerkschaftsföderation der Privateisenbahnen für Mitte April einen gemeinsamen Streik vor.

Die Imperialisten konkurrieren um das „Weltauto"

Verbissener Kampf um das Monopol auf dem Welt-Automobilmarkt

Der Handelskrieg, den die Imperialisten gegeneinander und gegen die Länder der Dritten Welt führen, nimmt auf dem Automobilmarkt unerhört scharfe Form an. Einige wenige imperialistische Länder kämpfen um die vollständige Verfügung über die Produktion von Transport- und Verkehrsmitteln insbesondere gegenüber den Ländern der Dritten Welt. Sie liegen sich dabei untereinander um die Aufteilung des Weltmarkts erbittert in den Haaren.

Die Supermacht USA liegt nach wie vor bei der Produktion von Kraftfahrzeugen an der Spitze. Ihr Export liegt aber hinter dem Japans, der BRD und Frankreichs. Sie hat es hinnehmen müssen, daß japanische und westdeutsche Automobilkonzerne ein Fünftel des amerikanischen Marktes an sich gerissen haben. Über den jüngsten Verfall des Dollarkurses auf 2,01 DM wollen die amerikanischen Imperialisten jetzt mit dem Export stärker in die Vorhand kommen. Carter fordert bereits seit Wochen die Ankurbelung der westdeutschen Wirtschaft zugunsten des US-Handels.

Die japanischen Automobilkonzerne haben in den letzten Jahren ihren Export sprunghaft gesteigert. Sie haben 40 Produktionsstätten im Ausland errichtet und beherrschen heute bereits ein Zehntel des britischen Marktes. Der britische Botschafter hat vor einigen Tagen vergeblich versucht, beim japanischen Außenhandelsminister eine Begrenzung der Ausfuhr auf den britischen Markt zu erreichen. Auf der anderen Seite halten sich die japanischen Imperialisten durch Schutzzölle bis zu 40%, Importbeschränkungen und monatelange Einfuhrkontrollen die Waren und das Kapital ihrer Konkurrenten vom Leibe.

Die EG-Imperialisten verlangen einmütig die Beseitigung dieser Hindernisse. Eine Delegation hat jetzt wieder ihre Forderungen in Japan vorgetragen, ist aber nur wieder auf taube Ohren gestoßen. Untereinander führen die EG-Imperialisten selber heftigen Streit. Die Automobilstatistik

getragen, ist aber nur wieder auf taube Ohren gestoßen. Untereinander führen die EG-Imperialisten selber heftigen Streit. Die Automobilstatistik

vermerkt selbst Zehntelprozente, die sie sich einander abjagen konnten. Die westdeutschen Konzerne haben sich dabei an die Spitze gesetzt und haben ihren Vorsprung mit einer Steigerung der Produktion um 6% und des Exports um 4% im letzten Jahr ausgebaut. VW hat sich dabei mit einem Marktanteil von 31% klar vor Opel, Ford, Daimler-Benz, BMW und Porsche durchgesetzt. Jetzt hat VW zusammen mit MAN zum Angriff auf den LKW-Markt im Bereich 6 bis 9 Tonnen geblasen. In Ohio/USA werden die VW-Kapitalisten ab 1. April mit der Aufnahme der Golfproduktion 4000 bis 4500 US-amerikanische Arbeiter in einem neu errichteten Werk ihrem Kommando und ihrer Ausbeutung unterwerfen.

Ihre Offensive haben die VW-Kapitalisten im wesentlichen über den „Golf" eingeleitet und durchgeführt. In der BRD ist der „Golf" das am häufigsten neuzugelassene Auto der letzten Jahre gewesen. Auf dem internationalen Markt ist es ganz ähnlich. In Japan beispielsweise ist der „Golf" das meistverkaufte ausländische Auto.

Schon mit dem Namen des Wagens, abgeleitet vom Golfstrom, hatten die VW-Kapitalisten signalisiert: Wir wollen den Markt – der BRD wie international – damit überfluten. Inzwischen trägt der Golf den Beinamen „Weltauto", sozusagen als Prototyp einer neuen PKW-Klasse. Tatsächlich ist damit auf neuer Stufe die Offensive, die Anfang der 60er Jahre mit dem „Käfer" aufgenommen worden war, fortgeführt worden. Im Vergleich zu anderen Mittelklassewagen der Konkurrenten war der „Golf" vergleichsweise schnell, beschleunigungsstark, in

Fortsetzung auf Seite 2

12. Streikwoche der US-Kohlebergarbeiter – Carter sucht die Entscheidung



In der Nacht zum Samstag forderte US-Präsident Carter die streikenden Bergarbeiter auf, dem zwischen den Kohlegesellschaften und der Führung der Bergarbeitergewerkschaft UMW ausgehandelten Tarifvertrag zuzustimmen und „zum Wohle der Nation" ihren Streik unverzüglich abzubrechen. Andernfalls werde er nicht zögern, „drastische Maßnahmen" zu ergreifen.
Über 80 Tage lang haben die 160000 Kohlebergarbeiter geschlossen gestreikt (siehe Bericht auf S. 3). Das ausgehandelte Abkommen tritt ihre Forderungen in den wesentlichen Punkten mit Füßen. In dieser Woche stimmen sie über das Verhandlungsergebnis und die Fortsetzung des Streiks ab.

Über 80 Tage lang haben die 160000 Kohlebergarbeiter geschlossen gestreikt (siehe Bericht auf S. 3). Das ausgehandelte Abkommen tritt ihre Forderungen in den wesentlichen Punkten mit Füßen. In dieser Woche stimmen sie über das Verhandlungsergebnis und die Fortsetzung des Streiks ab.

Das bürgerliche Schulwesen soll neu gestaltet werden

Schmidt berät mit den Länderregierungen, Albrecht spricht vor dem Philologenverband

Unter Vorsitz von Schmidt haben alle Länderregierungen und die Bundesregierung am 19.2.1978 das von der gemeinsamen Bildungsplanungskommission ausgearbeitete „Programm zur Minderung der Beschäftigungsrisiken von Jugendlichen" in Kraft gesetzt. Haben die Bourgeois durch die Bildungsreform sich den besseren Zugriff auf die jugendliche Arbeitskraft verschafft, um an die Kinderarbeit heranzukommen und die Ausbildung der Jugend den internationalen Konkurrenzbedingungen anzupassen und damit gleichzeitig die Kosten der Ausbildung auf die Volksmassen abgewälzt, so geht es ihnen jetzt darum, die noch bestehenden Schranken zur schrankenlosen Ausbeutung der Jugend einzureißen.

Wie die Ausbildung zu sein hat, haben die Kapitalistenverbände bereits angemeldet. Das rheinland-westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) gibt bekannt: Berufe, deren Ausübung mit einfachen Maschinenbedienungstätigkeiten verknüpft sind, hätten einen Zuwachs zu verzeichnen, während Berufe mit einer traditionellen Berufsausbildung in den nächsten Jahren stärker abnähmen.

Entsprechend der technischen Umwälzung der Produktion, der damit einhergehenden Ausdehnung der Nacht- und Schichtarbeit und den Anforderungen der Kapitalisten auf einfache Maschinenbediener- und Maschinenwartungstätigkeiten werden die überbetrieblichen Ausbildungsplätze um 39000 auf insgesamt 77000 Plätze erhöht. Allein 2800 neue staatliche Bildungsberaterstellen sollen zur Durchsetzung der Dequalifizierung der jugendlichen Arbeitskraft und der damit verbundenen Senkung der Löhne der Arbeiter gegen die jugendlichen Haupt- und Realschulabgänger eingesetzt werden.

Den neuen Bundesbildungsminister richtet der Verband Junger Unternehmer auf seine Aufgaben aus: mit einer Ende 1977 ins Gerede gekommenen Berufsbildungsabgabe der Kapitalisten sei der „Lehrlingsberg" nicht abzubauen, sondern geeignet sei „eine teilweise schon erprobte ‚Schnupperlehre' von acht Tagen und ein längeres Betriebspraktikum" der Schüler in den Fabriken. Um die „Tauglichkeit" der Schüler für die kapitalistische Profitproduktion und ihre Unterwerfung unter die Ausbeutung zu prüfen, reichen die Noten und Abgangszeugnisse der Schulen nicht in ausreichendem Maße aus, deshalb sollen die Berufspraktiken für Schüler verstärkt vorangetrieben werden.

Das ist die eine Seite der Risikoausschaltung in der Ausbildung der Jugend. Die andere Seite ist die Ausrichtung der Gymnasien auf die Ausbildung des Kadernachwuchses der Bourgeoisie und ihrer Beamtenschaft. Das Risiko, daß der Bourgeoisnachwuchs bei der durch die kapitalistische Bildungsreform der 60er Jahre geschaffenen fachspezifischen Ausbildung auf der Strecke bleibt, muß ausgeschaltet werden. Die ideologische Auslese des Bourgeoiskadernachwuchses auf seine späteren Funktionärsdienste muß wieder mehr in den Vordergrund treten, um die Kinder der herrschenden Klasse für diese Funktionen zu sichern. So soll der Geschichtsunterricht den Schülern wenigstens „die Grundzüge der Weimarer Republik, des Dritten Reiches und der Entstehung unserer demokratischen Bundesrepublik Deutschland vermitteln", fordern Bourgeoisvertreter in Hessen. In Bremen fordern sie die Rückverwandlung des Wahlfachs Latein zum Pflichtfach in der 5. Klasse. Die humanistische Bildung soll an den Gymnasien und Gesamtschulen wieder mehr Vorrang gegenüber der technisch-wissenschaftlichen Ausbildung gewinnen.

In der Änderung des Schulverwaltungsgesetzes Hessen heißt es: „*Die Schulen sollen den Schüler befähigen, in Anerkennung der Wertordnung des Grundgesetzes und der Verfassung des Landes Hessen die Grundrechte für sich und andere wirksam werden zu lassen, staatsbürgerliche Verantwortung zu übernehmen und zur demokratischen Gestaltung von Staat und Gesellschaft beizutragen, nach ethischen Grundsätzen auf der Grundlage der christlichen und humanistischen Tradition zu handeln sowie religiöse und kulturelle Werte zu achten ...*"

Die Ausrichtung der Gymnasien als Kaderschulen der Bourgeois ist der Kern des Streits zwischen Bundesregierung und Landesregierungen, der sich in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen als Streit um die zweijährigen Orientierungsstufen zuspitzt. Umstritten ist unter den Bourgeoisvertretern, wie die Orientierungsstufe die Risiken bei der Auslese des Funktionärsnachwuchses am sichersten beseitigt.

Die im Zuge der kapitalistischen Bildungsreform Mitte der 60er Jahre von der SPD/FDP-Regierung eingerichteten kooperativen Schulen erfüllen diesen Zweck nicht in ausreichendem Maße. Die „Wahlfreiheit der Eltern über den Bildungsweg ihrer Kinder" sei gefährdet, so greift die CDU die berechtigte Wut der Volksmassen auf gegen den Ausbau der staatlichen Unterdrückung an den Schulen durch die Bildungsreform und die rund 46 Mrd. DM Ausbildungslasten, die die SPD-FDP-Regierung für den Ausbau dieses Bildungswesens den Volksmassen abgepreßt haben, und zieht in Nordrhein-Westfalen mit einem Volksbegehren gegen die verhaßten Koop-Schulen zu Felde.

In Niedersachsen klärte Albrecht auf einer Philologentagung, wie eine Orientierungsstufe aufgebaut sein muß, um den Anforderungen der Kapitalisten das gewünschte Ergebnis zu liefern: sie muß eine Abteilung für kommende Gymnasiasten, eine zweite Abteilung für künftige Hauptschüler und eine dritte für solche Schüler haben, „deren Schullaufbahn noch nicht entschieden ist." SPD und FDP loben die Orientierungsstufe: „Die Reform schiebt die Entscheidung um zwei Jahre hinaus; dann ist das Kind reifer geworden, über seine Begabung besteht mehr Klarheit, die Prognose für Schüler, Eltern und Lehrer fällt wesentlich leichter und sicherer."

Um die Organisierung des Schulwesens auf die Freisetzung der jugendlichen Arbeitskraft einerseits und die ideologische Ausrichtung des Kadernachwuchses der Bourgeoisie andererseits zu beschleunigen, sollen die „Bundeskompetenzen im Bildungswesen" vergrößert werden, um den Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparates voranzutreiben. – (Z-Red.)

Die Imperialisten konkurrieren um das „Weltauto“

Fortsetzung von Seite 1

der Straßenlage besser und im Verbrauch sparsamer. Eigens für den US-Markt hat VW den Golf-Diesel entwickeln lassen. Daß die Lebensdauer durch die Verwendung dünnerer Bleche gesenkt worden ist, wird sich erst in einigen Jahren drastisch zeigen.

Die VW-Kapitalisten haben auf jeden Fall durch die Verwendung der dünneren Bleche wie auch leichterer Motoren und Achsen die Ausgaben für die Rohstoffe gesenkt, was bei ihrer Profitrate positiv zu Buche schlägt. Die anderen Konzerne haben darauf reagieren müssen und haben eine Reihe von Wagen, die dem „Golf“ nachgebaut wurden, auf den Markt geworfen.

Mit dem Verkauf von 10000 „Golf“ für rund 80 Millionen DM in die DDR hat der VW-Konzern einen bedeutenden Schritt auf den RGW-Märkten getan. Auf diese Märkte sind die westdeutschen Imperialisten besonders scharf, weil sie sich gerade auch auf Grund ihrer Nähe zu diesem Markt eine konkurrenzlose Position versprechen. Bei dem einen Schritt soll es daher nicht bleiben. VW-Chefeinkäufer Münzner erklärte: „Wenn man erst einmal in dem Markt ist, dann geht es auch irgendwie weiter.“ Und Konzernchef Schmücker: „Schauen Sie mal nach Osten, da sind noch riesige weiße Flecken auf unserer Landkarte.“ VW und die westdeutschen Imperialisten jedenfalls sind entschlossen, diese Flecken auszufüllen. Auf die Regierung können sie dabei vertrauen.

Zur Unterstützung der Exportoffensive tritt sie weltweit als Vorkämpfer des Freihandels auf und verlangt die Beseitigung von Einfuhrbeschränkungen aller Art. Freilich nur für das westdeutsche Kapital. Wenn es dagegen um den westdeutschen Markt geht, sind auch Einfuhrbeschränkungen für 39 Produkte rechtens. Im Jahreswirtschaftsbericht hat die Bundesregierung erklärt, die Haushaltspolitik solle noch stärker als Instrument der Wachstumspolitik sowie zur Investitionsförderung eingesetzt werden. Von weiteren steuerlichen Entlastungen für Unternehmen ist die Rede. Die ganze Zeit schon haben die Kapitalisten keine Umsatzsteuer auf den Export gezahlt.

Wirtschaftsgraf Lambsdorff schließlich hat im Namen der Regierung aufgefordert, keine Tarifabschlüsse mit mehr als einer 4 vor dem Komma abzuschließen. Die Regierung verlangt weitere Lohnsenkungen und damit bares Geld für immer abenteuerlicheres Auftreten der Imperialisten auf dem Weltmarkt.

Die Pläne der westdeutschen Automobilkapitalisten mit dem VW-Konzern an der Spitze sind kühn. Produktionsausfälle infolge von Streiks der Arbeiter sind in dieser Lage das, was die Kapitalisten am wenigsten gebrauchen können. Die Bedingungen für den Lohnkampf der Arbeiter sind deshalb eher günstig.

Was die Märkte der RGW angeht, so werden die westdeutschen Imperialisten dort nicht umspringen können, wie sie sich das erhoffen. Die sowjetischen Sozialimperialisten werden als der Hegemon des RGW, der seine Herrschaft um jeden Preis sichern und ausdehnen will, kontern, um die Konkurrenten fernzuhalten. Sie müssen selber die Automobilindustrie forcieren und gegen Wagen wie den „Golf“ eine Alternative entwickeln, um das Geschäft selber zu machen und die Transportmittelindustrie des RGW in ihrer Hand zu monopolisieren. Dazu sind sie entschlossen. 60000 Tonnen hochwertige Stahlbleche für Automobile haben sie erst kürzlich in den Niederlanden für das PKW-Werk in Togliatti erworben.

Vor diesem Hintergrund muß man die Bourgeoispropaganda über „Sicherung und Neuschaffung von Arbeitsplätzen“, gerade jetzt in den Tarifkämpfen zum Erbrechen wiederholt, beurteilen. Diese Propaganda ist hohl. Was sich in der Automobilindustrie abzeichnet und in anderen Bereichen teilweise schon da ist, ist gewaltige Überfüllung der Märkte, Überproduktion von Kapital und Krise. Die Automobilkapitalisten denken nicht an Investitionen zur Erweiterung der Produktion. Sie investieren zur Rationalisierung, um aus gleicher oder verminderter Arbeiterzahl mehr unbezahlte Arbeit herauszuschlagen. Auf diese Art und Weise ist z.B. bei BMW die Tagesproduktion von durchschnittlich 1220 Fahrzeugen im letzten Jahr auf gegenwärtig 1330 erhöht worden. Hand in Hand geht damit die Verlängerung des Arbeitstages. 1977 hat jeder Arbeiter der Automobilindustrie durchschnittlich 8,2 Überstunden im Monat gemacht.

VW hat eine neue Welle von Kapitalexport eingeleitet, die an Umfang zunehmen wird und sich in Länder mit ausgebildeten, aber niedrig bezahlten Arbeitern ergießen wird. Eine neue Welle von Betriebsstillegungen in Westdeutschland selber wird davon die Kehrseite sein.

Wenige Imperialisten, die USA, die EG, Japan und die Sowjetunion haben den größten Teil der Automobilproduktion in ihrer Hand konzentriert und ringen um die Vervollständigung des Monopols. Sie haben aber nicht verhindern können, daß die Länder der Dritten Welt begonnen haben, eine eigene Kraftfahrzeugproduktion aufzubauen und die Abhängigkeit von den Imperialisten auf dem Gebiet von Transport und Verkehr abzustreifen.

Venezuela hat vor kurzem zugunsten einer eigenen Kraftfahrzeug-Produktion alle Importe eingestellt, nachdem sie schon zuvor mit einem 350prozentigen Zoll belegt worden waren. Die Staaten des Andenpaktes (Bolivien, Kolumbien, Peru, Ecuador, Venezuela) hatten schon im letzten Jahr beschlossen, in ihren Ländern mit gegenseitiger Unterstützung eine eigene Produktion von Kraftfahrzeugen aufzubauen. Dies fördert den Krach auf dem Internationalen Automobilmarkt, schwächt also die Imperialisten und verbessert die Bedingungen für den Klassenkampf des Proletariats in den imperialistischen Metropolen.

Die Lüge von der 3,5%-Inflationsrate

Die Lüge der Bourgeoisie von der 3,5%igen Inflationsrate paßt vielleicht für ihre Luxusgüter. Auf Kinderbekleidung überhaupt nicht. Wie auch wohl, wenn die Kinder alle drei bis vier Monate rauswachsen, man kauft natürlich nicht die besten und teuersten Sachen. Da lassen sich leicht Preiserhöhungen durchsetzen. Auftragen geht ja nicht.

Gute Lederschuhe mit dem nötigen guten Fußbett sind um gut 10% gestiegen und die saftigen Erhöhungen sollen erst mit den Sommerschuhen kommen. Weil die Lohnerhöhungen seit Jahren keine 10%igen Bewegungen mehr machen, ist man gezwungen, billige schweißbildende ohne oder mit schlechtem Fußbett zu kaufen, was zur Folge hat, daß immer mehr Kinder Einlagen brauchen, um einigermaßen gesunde Füße und Wirbelsäulen zu haben.

Bei Kleidung geht es wieder dahin, für sonntags gutes Zeug zu haben und sonst billigere Sachen zu tragen, wo nicht mal die Nähte ganz zugenäht sind. Es ist ja mittlerweile zur Mode erhoben, auf Knien und anderen schnell verschleißenden Stellen Lederteile aufzunähen. Bei Vergleichen in Geschäften mit mittlerer Qualität kostete das Einkleiden eines sechsjährigen Kindes in Winterbekleidung im Januar 1977 190 DM, 1978 zahlt man, dieselbe Kleidung, 215 DM. Das sind schon 13,1%. Die vielzi-
man, dieselbe Kleidung, 215 DM. Das sind schon 13,1%. Die vielzi-
tierte Durchschnittsfamilie hat zwei Kinder, so ist die Steigerung allein an Kleidung 50 DM. Bekommt ein Metallarbeiter 1700 DM, hat er bei 3,5% Erhöhung 59,50 brutto, also 41,50 netto, ist er diese „Erhöhung“ beim Neueinkleiden der Kinder dreimal wieder los.

Der Etat eines Babys liegt ohne die „Brocken“, die größeren einmaligen Anschaffungen wie: Karre 119 DM, mit Fußsack 165 DM, Bett, Matratze, Oberbett, Bettzeug, Spielzeug, Autositz (80 bis 90 DM) schon bei 225 DM.

„Willkommen dem kleinen Erdenbürger. Ein Gruß aus dem Hause Milupa“. Proben und Hochglanzbroschüren von der Güte trudeln schon im Krankenhaus nach der Entbindung ein. Aber so gut meint es die Werbeabteilung nicht mit der Arbeiterklasse und ihrem Nachwuchs, sondern mit den Profiten. Für vier Mahlzeiten (morgens Flasche, mittags Gemüse/Fleisch, nachmittags Quark/Obst, abends Brei) aus ihrem Fertigmilchpulver „Juniorkost“ und Milch-Fertigbrei kommt man im Monat ziemlich exakt auf 89,31 DM. Da sind dann aber Dinge wie Beruhigungstees oder Obstsaft noch nicht bei.

Macht man noch die Rechnung auf für Kleidung und Pflegemittel, 85 DM und 50 DM, ist man bei den 225 DM. Bei zwei bis drei Kindern im „teuersten“ Alter ist der Arbeiterlohn schnell für's Notwendigste weg. Was soll da das Gerede von „nur 3,5% Inflationsrate“. Selbst wenn es so wäre, drückte es bei der nicht mehr zu steigernden Belastbarkeit des Arbeiterlohns doch nur den Grad der Verelendung aus, der da eintritt.

Daß die dauernden Lohnsenkungen die Arbeiterklasse längst auf diesen Weg gezwungen haben, beweist der dauernde Zwang zur Abtreibung, der sich tausendfach durchsetzen kann. In den laufenden Lohnkämpfen muß diese unwürdige Lage sich ändern.

Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord – Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Postfach 119151, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/Main 2 – Telefon 0611/730231 – Gedruckt bei Caro-Druck GmbH, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/M. – Redaktion: Hindenburgstr. 15, Postfach 3406, 3000 Hannover, Telefon: 0511/814045 – Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 119151, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/Main 2 – Jahresabonnement incl. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 9/78: 32000

Schließung von Krankenhäusern, Streichung von Krankenhausbetten - Strukturreform der herrschenden Klasse

„Sozialminister Schnipkoweit bekräftigte vor Journalisten in Hannover die Entschlossenheit der Landesregierung, durch geeignete Maßnahmen die rund 5500 überzähligen Krankenhausbetten im Lande abzubauen.“ (Neue Osnabrücker Zeitung, 28.1.78)

Wie in Niedersachsen machen sich die zuständigen Ministerien und Senatsstellen in den Ländern daran, Betten zu streichen und Krankenhäuser zu schließen. Das soll übers Geld erzwungen werden. Im April 1977 höhnte die „Niedersächsische Wirtschaft“, die Zeitschrift der Industrie- und Handelskammer Niedersachsens: „Reden über Kosten und Vergleiche von Kosten – kurz: das Geschäftliche – tut dem Gesundheitswesen mit seinen menschlichen Bezügen, mit dem ‚Vertrauensverhältnis‘ Arzt-Patient keinen Abbruch. Im Gegenteil – mit diesem Tabu muß gebrochen werden! Geld stinkt nicht!“

Betten werden vor allem in den Bereichen Chirurgie, Innere Medizin und Kinderkrankheiten gestrichen. Wem der Blinddarm oder ein Magengeschwür entfernt, wem ein gebrochenes Bein zusammengeflickt wurde, der braucht nicht noch anschließend ewig das Krankenhaus belagern, um gesund gepflegt zu werden. Arbeitsfähig reicht sowieso und das kann bittesehr woanders erledigt werden. Wenn das Bein krumm zusammenwächst oder der Mensch zuhause stirbt, kann wenigstens niemand belangt werden.

In der Inneren Medizin liegen viele sogenannte Pflegefälle und ältere Patienten. Hier kann der „Aufwand“ auch erheblich zusammengestrichen werden. Und die Kinder gehören sowieso zu ihren Eltern. Die arbeiten beide? Ja, aber bitte, Schichtarbeit gefällig?

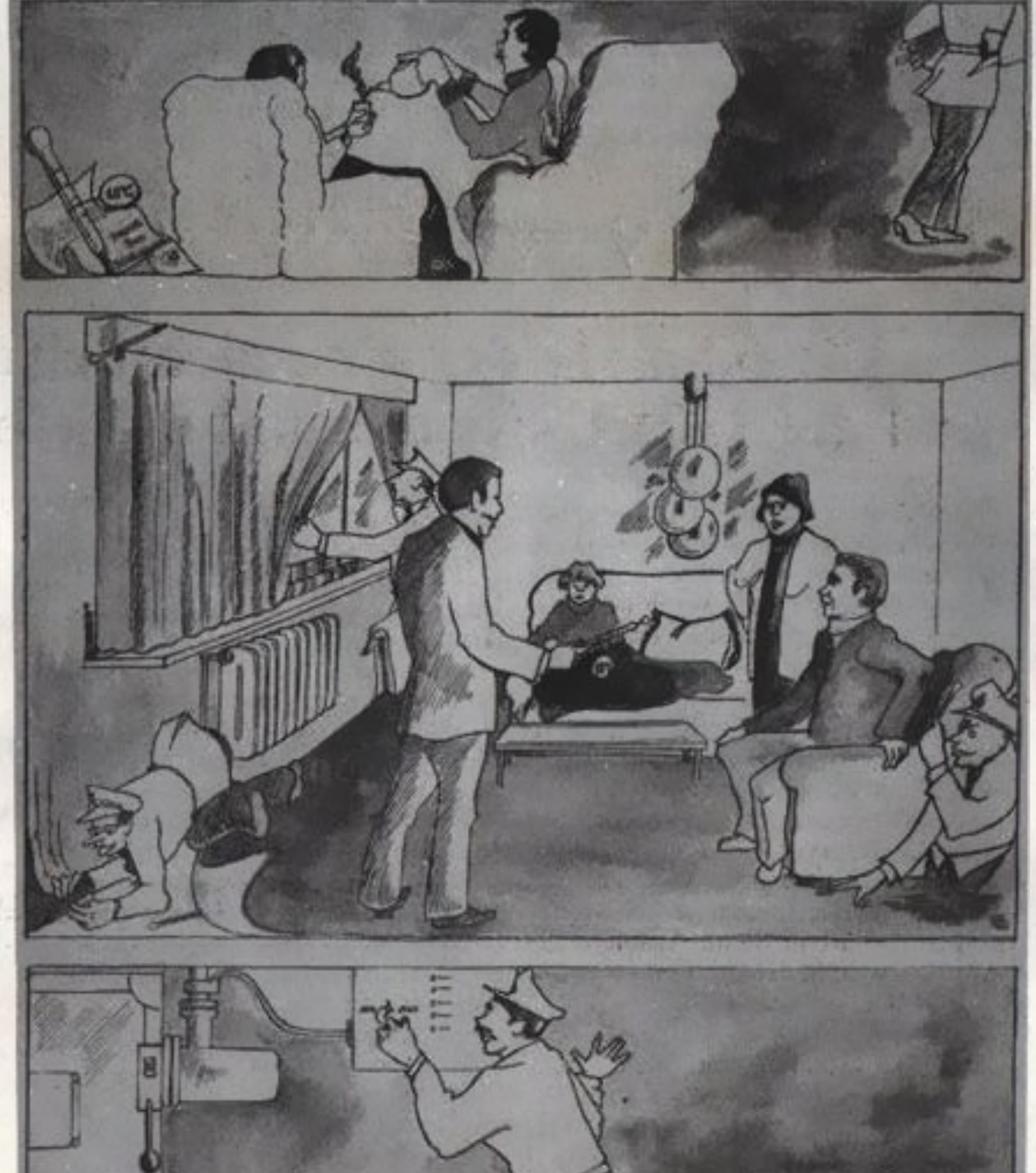
Ärztliche Behandlung wird über die Krankenkassen finanziert, sogenannte Pflegefälle über den staatlichen Haushalt. Kranke, an denen das Notdürftigste vollstreckt ist, werden aus den Krankenhäusern abgeschoben, entweder nach Hause oder in „Sozialstationen“, die gegenwärtig von der Bourgeoisie warm gefördert werden. Dort bist du Pflegefall und die Kassen sind erstmal „entlastet“. Ärztliche Behandlung gibt es keine, dafür enge Zusammenarbeit mit Kirchen und Behörden. In den Empfehlungen des Sozialministers zur Einrichtung von Sozialstationen in Niedersachsen heißt es u.a.: „Neben den Fachkräften (Krankenschwester, Altenpfleger, Familienpfleger) sollen auch ehrenamtliche Mitarbeiter beschäftigt sein ... Die Träger der Sozialstationen sollen die Kostendeckung ihrer Leistungen durch Entgelte der Benutzer oder der für sie nach gesetzlichen Vorschriften eintretenden Kostenträger anstreben.“ „Grüne Damen“ heißen die sogenannten ehrenamtlichen Mitarbeiter in der bürgerlichen Presse. Die evangelische Krankenhaushilfe ist hier zugange. Schon die zweiten, nach den Medizinstudenten im Praktischen Jahr, die kostenlos Arbeit verrichten. Der Aufbau eines Arbeitsdienstes will vorbereitet sein.

Damit aber nicht genug. Was angestrebt wird, ist die „Selbstbeteiligung“. D.h. am besten keinerlei Inanspruchnahme von Behandlung und volle Bezahlung der Medikamente. Auch hier hat die „Niedersächsische Wirtschaft“ schon ihre Vorschläge bei der Hand: „... ließe sich auch der Kassenaufwand für Arztbesuche und Krankenhausaufenthalte erheblich reduzieren, wenn hier der Patient selbst mit etwa 5 DM beim Arzt und 10 DM pro Krankenhaustag zur Kasse gebeten würde.“ Der Entzug von Medikamenten und der Zwang, selber noch „seinen Betrag“ zusätzlich zu den Sozialversicherungsbeiträgen zu zahlen, wird ideologisch vorbereitet. Mit der Kampagne gegen die, die angeblich zuviel trinken, zuviel essen, zuviel rauchen etc., die, wenn sie nicht hören wollen, eben fühlen und ihre Behandlung selber zahlen sollen.

Einerseits soll die Gesundheitsversorgung für die Massen gegen Null gehen, was verbleibt, soll zentralisiert werden. Kleine Krankenhäuser und Krankenhäuser in ländlichen Gegenden stehen auf der Abschußliste, die Landeskrankenhäuser werden so ausgebaut, daß z.B. mit großen Elektronischen Datenverarbeitungsprogrammen gearbeitet werden kann: Alle Daten des kranken Arbeiters werden gespeichert und überprüft. Kaum ist er dem Messer des Chirurgen oder der schlimmsten Krise in seiner Krankheit entronnen, kann der Vertrauensarzt auf ihn losgeschickt werden, der ihn wieder „gesund“ schreibt. Jede Krankenschwester kann überprüft werden, welche Medikamente sie verabreicht, und jeder Arzt, der sie genehmigt. Totale Kontrolle soll die Unterwerfung unter die Kostendämpfungspläne der Bourgeoisie erzwingen und nicht zuletzt die Voraussetzungen für Dienstverpflichtung schaffen. Ebenso werden Daten umstandslos an die Polizei weitergegeben.

Alles Maßnahmen, um die Kontrolle und Unterdrückung der Massen zu verschärfen und Gelder in den Kassen freizumachen. Die Ortskrankenkassen haben in den beiden letzten Jahren beträchtliches Plus gemacht. 1976 1,5 Mrd. und 1977 800 Mio. DM. Die „Niedersächsische Wirtschaft“ 1/78 weiß auch schon, wohin damit: „... z.B. Auffüllung der gesetzlichen Rücklage, die jahrelang nicht ausreichend dotiert wurde.“ Die Krankenkassen sind angehalten, einen bestimmten Anteil ihrer Gelder in Staatsanleihen zurückzubehalten und Anleihen für den Kapitalmarkt freizugeben. Das sind die Gelder, nach denen die Bourgeois japsen, um ihre Kriegskassen zu füllen. Allein in einem Verwaltungsbezirk wie Hildesheim sind im Geschäftsbericht der AOK von 1976 fast 7 Mio. DM als gesetzliche Rücklage, 2 Mio. Bankguthaben, 2,8 Mio. als Darlehen, Hypothek, Wertpapiere und Grundstücke und 5,3 Mio. DM in kurz- und mittelfristigen Geldanlagen ausgewiesen. Damit es noch mehr wird, muß gestrichen werden. An Medikamenten, Arzthonoraren und „überzähligen“ Betten, für die die Krankenhäuser auch mitbezahlen müssen, auch wenn sie nicht belegt sind.

Schnipkoweit hat zwar die diesbezüglichen Absichten der Landesregierung Anfang Februar nochmal bekräftigt, die Verabschiedung des Bettenbedarfsplans und des Krankenhausgesetzes sind aber vorläufig hinausgeschoben. Bis das Krankenhausfinanzierungsgesetz vom Bund novelliert ist, heißt es. Das wird sicherlich zufällig bis nach den Landtagswahlen dauern. Der Kampf der Arbeiter und der Beschäftigten in den öffentlichen Diensten gegen die Kostendämpfungspläne hat die Bourgeois schon mal etwas vorsichtig werden lassen. Ihre Pläne können zu Fall gebracht werden. – (N-Red.)



Itzehoe, 12.2.1978. Auf der Fachkonferenz für Energie, Wachstum und Lebensqualität der SPD wurde das Energiesparprogramm der SPD vorgestellt. Als kommunalpolitische Forderung wurde die Errichtung von Energieberatungsstellen erhoben. Erörtert wurde das richtige Lüften, rechtzeitiges Abschalten der Heizung, Einschränkung der Raumtemperatur auf ein gesundes Wärmemaß.

Carters Rede an die Nation: „Ein Abschluß in letzter Minute, bevor ich drastische Maßnahmen einsetzen mußte.“

In dieser Woche stimmen die Kohlebergarbeiter der USA über die Fortsetzung des Streiks ab

Kurz vor Redaktionsschluß erreicht uns die Meldung, daß die amerikanischen Kohlebarone und die Führung der Bergarbeitergewerkschaft UMW unter persönlichem Einsatz Carters einen Vertrag abgeschlossen haben, den die UMW-Führung vorher bereits mit zwei unabhängigen Kohle-Companies ausgehandelt und den die Große Tarifkommission bewilligt hat. In dieser Woche, in der über das Abkommen abgestimmt wird, entscheidet sich, ob die Kraft der amerikanischen Kohlebergarbeiter reicht, die Angriffe der Kapitalisten auf ihr Streikrecht und ihre Sozialversicherung durch Fortsetzung des Streiks bis zur Durchsetzung ihrer Forderungen zurückzuschlagen.

Bereits vor drei Wochen glaubten die amerikanischen Kohlebarone Grund zum Triumph zu haben: Sie hatten dem Führer der UMW, Miller, die Unterschrift unter einen Vertrag abgehandelt, der weitreichende Angriffe auf erkämpfte Rechte der amerikanischen Bergarbeiter enthielt und wesentliche Forderungen nicht erfüllte. Sie sahen sich damit als Sieger aus dem zweimonatigen Streik der 160000 Kohlebergarbeiter herausgehen. Nach diesem Vertrag

– wird das Streikrecht faktisch beseitigt. Für jeden Tag, den die Bergarbeiter „wild“ streiken, müssen sie 20 Dollar Strafe zahlen. Nach 30 Tagen Streik werden ihnen alle Krankengeldzahlungen gestrichen. Bergarbeiter, die vor anderen Minen Streikposten stehen, werden entlassen.

– wird das Recht auf Einarbeitungszeit beschnitten. Neu eingestellte Bergarbeiter durften bisher 6 Monate lang nicht zu gefährlichen Arbeiten gezwungen werden; dieses Recht hatten sich die Arbeiter gegen die hohe Unfallquote unter den „Neuen“ erkämpft. Die Einarbeitungszeit wird auf 45 Tage verkürzt.

– wird das Recht auf gewerkschaftliche Organisierung beschränkt. Bisher konnte jeder Arbeiter vom Tag seiner Einstellung an Gewerkschaftsmitglied werden mit allem Schutz und allen Rechten. In Zukunft darf er sich während einer 30tägigen Probezeit nicht organisieren.

– wird der Normalarbeitstag weiter ausgehöhlt und der Lohn gekürzt. Die „Sieben-Tage-Produktion“ wird eingeführt. Bisher waren die Sonntage grundsätzlich arbeitsfrei. Samstagszuschläge, die bisher in Höhe von 50 Prozent gezahlt wurden, wollen die Kapitalisten nur noch dann zahlen, wenn länger als 40 Stunden gearbeitet wurde.



Einsatz der Nationalgarde gegen den Streik

– bleibt die Höhe der Zahlungen der Kapitalisten an den Zusatzfonds der Renten- und Krankenversicherung an die Produktion gebunden. Jeder Rückgang der Produktion, jede Krise gefährdet die Sozialversicherung der Arbeiter und drückt die Renten. Deren Höhe ist weiter von der Zahl der Jahre abhängig, die der Bergarbeiter gearbeitet hat. Bisher schon wurde ein Arbeitsjahr nur bei mindestens 1000 Arbeitsstunden anerkannt, in Zukunft bei mindestens 1450 Stunden.

– werden die Löhne innerhalb der nächsten drei Jahre um 2,35 Dollar erhöht.

Der UMW-Führer Miller droht den streikenden Bergarbeitern: „Eine Stimme gegen diesen vorgeschlagenen Vertrag wird im Ergebnis eine Stimme für die Zerstörung der UMW sein.“ Die Stimmung in allen Gewerkschaftslokalen ist eindeutig: „Diesen Vertrag werden wir nicht annehmen.“

12. Februar

Die Große Tarifkommission lehnt den ausgehandelten Vertrag mit 30:6 Stimmen ab. Nicht nur die Kohlebarone, die ganze US-Kapitalistenklasse ist von der Ablehnung des Vertrags, von der Fortführung des Streiks schwer getroffen. Die Kohlevorräte sind bis auf ein Minimum geschmolzen, die Energieversorgung ist in einigen Bundesstaaten ernsthaft gefährdet. Chrysler und Ford kündigen an, die Produktion in Ohio ab 1. März teilweise einzuschränken. Die Bourgeoispresse droht mit Massenarbeitslosigkeit und versucht die amerikanische Arbeiterklasse gegen die streikenden Kohlebergarbeiter aufzuhetzen. Miller bietet den Kapitalisten eilfertig neue Verhandlungen an, die Bituminous Coal Operators Association (BCOA), der Verband von 130 Companies, die zusammen über die Hälfte der US-Kohle fördern lassen, lehnt ab. Immer mehr Bourgeoispolitiker, darunter die Kongreßabgeordneten von Ohio und Senator Goldwater, fordern von Carter die Anwendung des Taft-Hardley-Gesetzes. Dieses Gesetz sieht vor, daß der Streik unter Einsatz der Nationalgarde 80 Tage „zur Abkühlung“ ausgesetzt wird.

15. Februar

Präsident Carter greift offen ein: „Der Streik darf nicht fortgesetzt werden.“ Er droht ultimativ mit der Anwendung des Taft-Hardley-Gesetzes, wenn der Streik nicht binnen zwei Tagen abgebrochen wird.

In Indiana wird Nationalgarde zum Schutz von Kohletransporten eingesetzt. Den Bergarbeitern gelingt es immer wieder, solche Transporte zu verhindern. In Illinois zerstören sie Eisenbahngleise und verbrennen die Schwellen.

16. Februar

In der Nacht zum 16. finden auf „Einladung“ Carters Verhandlungen zwischen den Kohlekapitalisten und der Gewerkschaftsführung statt. Sie verlaufen ohne Ergebnis. Carter versucht, die Bedingungen für seine bewaffnete Schlichtung zu schaffen. Er trommelt die Gouverneure von 12 Bundesstaaten zusammen, um Maßnahmen zu beraten.

19./20. Februar

Die Gewerkschaftsführung und die P&M Coals Co., eine Tochtergesellschaft der Gulf Oil Corp., die 800 bis 1000 Kohlebergarbeiter ausbeutet und der BCOA nicht angeschlossen ist, schließen ein Abkommen, das „ein Zeichen setzen kann“. (International Herald Tribune, 21.2.) Gegenüber dem von den Bergarbeitern abgelehnten Abkommen sieht das jetzt ausgehandelte laut Presseberichten vor: Eine Lohnerhöhung von 2,40 Dollar, den Wegfall der 30tägigen Probezeit und den Verzicht darauf, zukünftige Lohnerhöhungen an Produktionssteigerungen zu binden. Die anderen bekämpften Bestimmungen sollen darin enthalten sein.

Obwohl die Verbesserungen unwesentlich sind, wird dennoch deutlich, daß die Front der Kapitalisten nicht fest steht und der Streik, bleiben die Bergarbeiter standhaft, gewonnen werden kann. Die Konkurrenz unter den Kohlekapitalisten verschärft sich, die P&M Coals Co. wittert die Möglichkeit, ihre Marktanteile zu vergrößern.

Der Streik der Bergarbeiter steht auch in der elften und zu Beginn der zwölften Woche. Carters Ultimatum ist verstrichen. Er zögert. Jetzt „testet“ er die „Stimmung im Kongreß“ für Maßnahmen, den Streik zu beenden und schlägt vor: das Taft-Hardley-Gesetz in Anwendung zu bringen; ein Gesetz zu verabschieden, das die zeitweilige Beschlagnahmung der Minen durch den Bund ermöglicht, und ein weiteres Gesetz, nach dem ein bindender „Schiedsspruch“ gefällt werden kann. Alle drei Maßnahmen laufen darauf hinaus, den „Notstand“ zu erklären und den Streik der Bergarbeiter bewaffnet niederzuschlagen.

23. Februar

Die Große Tarifkommission stimmt dem Abkommen mit P&M, dem sich inzwischen eine weitere unabhängige Company angeschlossen hat, zu. Die BCOA lehnt alle weiteren Verhandlungen darüber ab. Sie will Carter ins Spiel bringen.

Da das abgeschlossene Einzelabkommen die wesentlichen Absichten der Kapitalisten bei einem, wenn auch kleinen Teil der Arbeiter durchsetzt, wird die Lage des Streiks schwierig. Am 24. Februar kündigt Carter an, daß er am Wochenende endgültig seine Entscheidung über die bewaffnete Schlichtung fällen wolle.

In der folgenden Nacht geben die Kohlekapitalisten in diesem abgekarteten Spiel ihre „Verhandlungsunwilligkeit“ auf und stimmen dem „Mustervertrag“ zwischen P&M und der UMW zu.

Die Entscheidung liegt jetzt bei den 160000 Bergarbeitern. – (Z-Red)

Die Kämpfe der Energiearbeiter in den USA und der OPEC-Staaten unterstützen sich gegenseitig

Während Carter den streikenden Arbeitern der Kohlegruben noch eine Woche Bedenkzeit gab, bevor er sie mit staatlichen Gewaltmitteln wieder an die Arbeit treiben werde, richtete er auf einer Versammlung in Maine folgende „feierliche Warnung“ an die in der OPEC zusammengeschlossenen Entwicklungsländer: „Sollten die erdölexportierenden Ländern ein neues Embargo gegen die Vereinigten Staaten verhängen, werde ich sofort alle Lieferungen amerikanischer Produkte in diese Länder stoppen lassen, insbesondere Nahrungsmittel, Waffen und Ersatzteile.“ Die OPEC-Staaten müßten sich klarmachen, daß die USA aufgrund verschiedener bereits eingeleiteter Maßnahmen seines Energieprogrammes, wie der Anlage großer strategischer Reserven, auf diesen Fall jetzt in ganz anderer Weise vorbereitet seien als vor vier Jahren. (Libre Belgique, 21.2.78)

Mit solchen Kriegsreden versucht Carter angesichts des Bergarbeiterstreiks eine Notgemeinschaft im Inneren zu schmieden, die er für einen Feldzug gegen die OPEC braucht. Schon vor einem Jahr hat die Central Intelligence Agency (CIA) in einem Bericht die Katze aus dem Sack gelassen. Demzufolge melden die USA angesichts „knapper“ werdender eigener Ressourcen ihren Bedarf (man würde richtiger sagen: Appetit) auf nicht weniger als 19 – 23 Milliarden Barrel (Faß) guten Erdöls pro Tag allein aus Saudi-Arabien für das Jahr 1985 an. Der CIA geht davon aus, daß um dieses Öl ein gnadenloser Kampf zwischen den imperialistischen Mächten ausbrechen werde, einschließlich der Sozialimperialisten, deren Quellen auch „knapp“ würden. Knapp heißt im einen wie im anderen Fall: ungleich weniger profitabel ausbeutbar als die Ölquellen der OPEC-Länder, aus denen die imperialistischen Monopole, die den Weltmarkt beherrschen, weiterhin immense Gewinne herauspumpen.

Tatsache ist aber, daß diese „Bedürfnisse“ der Imperialisten mit den nationalen Entwicklungsinteressen der betreffenden Länder absolut immer unvereinbarer werden. Hinsichtlich Saudi-Arabiens kann man diese Unvereinbarkeit in Zahlen fassen: die Entwicklungsziele der Regierung in Riad sehen vor, keinesfalls mehr als 14 Mio. Barrel pro Tag zu produzieren (gegenüber 9 gegenwärtig), um die nationalen Reserven für die Zukunft zu schonen und um die Einheit der OPEC zu stärken. Die vormalige US-Monopolgesellschaft in Saudi-Arabien, die Aramco, wird in diesem Jahr zu 100% nationalisiert werden (bisher 60% Anteil des saudi-arabischen Staates). Und die OPEC-Staaten sind nicht mehr länger bereit, die weitgehend wertlosen Papier-Petrodollar für ihren wertvollen Rohstoff zu nehmen, sondern verlangen in Zukunft Bezahlung in einer neuen, kombinierten Verrechnungseinheit, mit der sie auch in allen imperialistischen Ländern einkaufen können. Daß die Außenminister verschiedener arabischer Staaten kürzlich konkrete Pläne für die Schaffung einer gemeinsamen Waffenproduktion geschmiedet haben, muß die US-Imperialisten vollends rappelig machen.

Carter hat in seinem Energieprogramm die Reduktion der amerikanischen Importe bis 1985 auf 8 Mio. Barrel pro Tag vorgesehen. Natürlich will der Gauner 23 Mio. und nicht 8 Mio. Faß am Tag. Aber daß die US-Imperialisten sich darauf einrichten, gegebenenfalls auch mit 8 Mio. Faß pro Tag zumindest eine Zeitlang durchhalten zu können, ist die Voraussetzung, um an die 23 Mio. zu kommen. Soviel Dialektik beherrscht der Pfaffe.

Dazu müssen die Energiequellen in den USA selbst zu einem Produktionspreis ausgebeutet werden, der den betreffenden Monopolen auch bei Neuerschließung zumindest einen durchschnittlichen Profit sichert. Da die Kapitalanlagen notgedrungen nicht niedrig sein können, muß die Ausbeutung der Arbeiter um so höher sein, die die Kohle, das Öl oder Gas zutagefördern.

Das geht nur über die Zerschlagung der Arbeiterbewegung, die sich vor allem in den Kohlerevieren von neuem gebildet hat. In den frühen fünfziger und sechziger Jahren hatten es die Kohlekapitalisten geschafft, den hohen Stand der Kriegs- und Nachkriegsproduktion an Kohle mit einer Arbeiterarmee aufrechtzuerhalten, die binnen 10 bis 15 Jahren auf zwei Drittel verkleinert wurde, während die pro-Mann-pro-Schicht gebrochene Kohle entsprechend verdreifacht wurde. Was dies für die Arbeiter bedeutete, kann man an dem industriellen Schlachtbulletin der offiziellen Statistik entnehmen: mehrere Tausend zerquetscht, erschlagen, verbrannt oder erstickt. Mehrere Zehntausend (in steigender jährlicher Proportion) durch Unfall verstümmelt oder dauerhaft in ihrer Gesundheit beschädigt. Buchstäblich Hunderttausende, die nach einem 1969 von den Arbeitern endlich durchgekämpften Gesetz als durch „schwarze Lunge“ (Silikose) dauerhaft geschädigt anerkannt werden, sei es erst nach ihrem Tode, so daß wenigstens die Witwe oder die Kinder eine schäbige Rente dafür gezahlt erhalten.

Man sieht aus der Tabelle, daß es die Kohlebergarbeiter verstanden haben, der geometrisch wachsenden Ausbeutungsrate in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre einen Riegel vorzuschieben, und die mörderischen Arbeitsbedingungen sogar zeitweise und teilweise zu mildern, während sie ihren Lohnniveau in etwa verteidigen konnten. Leider sind in den amtlichen Statistiken der USA die Zahlen über die letzten drei Jahre noch nicht enthalten.

Carters Energieprogramm ist schon das dritte in einer Reihe seit Nixons „Projekt Unabhängigkeit“ 1974, nach dem Ölembargo der OPEC-Staaten gegen die USA. Sie sind eins ums andere gescheitert. Stets war der Kern eine Steigerung der Produktion im Inneren zu radikal gesenkten Kosten für die Kapitalisten, d.h. auf den Knochen der Arbeiter. Gescheitert sind sie an den Kämpfen dieser Arbeiter. Heute müssen die Imperialisten an zwei Fronten kämpfen. Das ist gut für die Arbeiter in den imperialistischen Ländern und gut für die unterdrückten Völker. Ihre Kämpfe unterstützen sich gegenseitig. – (Z-Red)

Löhne und Arbeitsbedingungen der Kohle- und Energiearbeiter in den USA

	1950	1960	1965	1968	1970	1973	1974	1976
Steinkohleproduktion (in Millionen Tonnen)	560	434	527	557	613	599	–	–
Wert (in Millionen Dollar)	2893	2098	2398	2644	2874	5140	–	–
Zahl der Kohlegruben	9429	7865	7228	5327	5601	4744	–	–
Beschäftigte (in Tsd.) (1)	416	169	134	128	140	148	–	–
Tonnen pro Mann und pro Tag	6,77	12,83	17,52	19,37	19,84	17,56	–	–
tödliche Arbeitsunfälle	–	325	259	–	260	156 (2)	–	–
weitere Arbeitsunfälle	–	11902	11138	–	11552	12332 (2)	–	–
Bezieher von Renten wegen Arbeitsunfähigkeit durch Silikose (3)	–	–	–	–	112000	461500	–	–
durchschnittliche Bruttostundenlöhne in der Fabrikindustrie	1,44	2,26	2,61	3,01	3,36	4,08	4,41	5,19
durchschnittliche Bruttostundenlöhne im Kohlebergbau	2,21 (4)	–	–	–	4,54	5,70	6,20	7,80
durchschnittliche Bruttostundenlöhne in der Öl- und Erdgasförderung	1,98 (4)	–	–	–	3,57	4,29	4,82	–

Quellen: Statistical Abstracts of the USA, 1976, hrsg. vom Bureau of Census; Monthly Labour Review, hrsg. vom Labour Department, August 1977

(1) Gemeint sind hier offenbar ausschließlich die unmittelbar in den Gruben selbst Arbeitenden, und zwar abzüglich aller Ausfälle durch Krankheit, Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit usw. Die Zahl der tatsächlich in den Bergwerksbetrieben Beschäftigten ist erheblich höher.

(2) Zahlen für 1972

(3) Hierunter sind alle verrenteten Bergarbeiter sowie ihre Witwen und sonstigen Angehörigen gefaßt, die Anspruch auf Zahlung einer Silikose-Rente haben wegen totaler Arbeitsunfähigkeit infolge Silikose. Die Zahl der noch lebenden Bergarbeiter, die die Rente bezogen, betrug im Jahr 1973 159800.

(4) Zahlen für 1951

Bourgeois-„Urlaub“

Kapitalisten und Urlaub ist so eine Sache. Laut Brockhaus ist der Urlaub arbeitsfreie Zeit. Demnach machen die Kapitalisten das ganze Jahr über Urlaub, denn sie arbeiten *nicht.* Da sie aber das Aneignen des von der Arbeiterklasse geschaffenen Mehrwerts in erheblichem Ausmaß anspannt und die zu tragende „Verantwortung“ sie sehr mitnimmt, wollen wir uns das anschauen, was sie selbst als ihren Urlaub bezeichnen. Nehmen wir eine mittlere Aktionärsfamilie. Oberhaupt der Sippe blaublütigen Ursprungs: die Tante. Sie lebt von der Beteiligung an der Ausbeutung der Arbeiter, von den Dividenden ihrer Aktien. Sie wohnt auf verschiedenen Burgen und Landhäusern, von denen sie mehrere in Westdeutschland und der Schweiz besitzt. Zuerst ihre Strapazen, von denen sie sich dann in mehrwöchigen Urlauben erholt: Ihre Landhäuser müssen natürlich stilgerecht ausgestattet sein. Das ist die reinste Schinderei. Da fährt sie nach Zürich, um die passenden Gardinen zu finden, und besucht ein Landhaus einer Bekannten im Tessin, um sich die fachmännische Dekkenrenovierung anzuschauen und eine „Adresse“ eines würdigen Restaurators zu beschaffen. Zwischendurch ein Abstecher zum Bodensee, wo die Tochter im Internat Salem zusammen mit Königskindern und anderen Bourgeoissprößlingen weilt. Von da aus weiter nach Südbayern, wo sie ein Landhaus und einen „guten Bekannten“ hat. Nach so viel Geschäftigkeit ist Erholung dringend erforderlich. Also für zwei Wochen nach Paris, um Freunde zu treffen. Natürlich muß die ganze Garderobe mit. Vormittags, oder besser gesagt nach ausgiebigem Frühstück und langdauernder Morgentoilette gegen 13 Uhr besucht sie Antiquitätengeschäfte und Pelzhandlungen, speist in teuren Restaurants. Danach Mittagsruhe, um am Abend für die Freunde fit zu sein. Abends vielleicht in die Oper und dann eine Partie mit geladenen Gästen im Hotel. Da trifft sich dann der eine oder andere Generaldirektor, auch Bankiers und einige Barone, die sich auf diese Art und Weise durchschlagen, weil die Tante sie wegen ihrer Blaublütigkeit aushält.

Die Schwester, ledig geblieben, Einkünfte aus Aktien und Erbe, besucht Freunde von Freunden in Südafrika auf einer Farm, wo sie im Herrenhaus wohnt: Hin mit dem Flugzeug, zurück mit dem Schiff, um sich von den Strapazen der Safaris in den Nationalparks zu erholen. Vier Wochen Japan, fünf Wochen zu den Kulturstätten Griechenlands, aber auch mal mit engeren Freunden in die stillen Fjorde Nordnorwegens.

Der Neffe, Leiter der Niederlassung eines westdeutschen Konzerns in Brasilien, rühmt sich heute noch der großen Urlaubstaten aus seiner Jugendzeit. Zum Beispiel mit Freunden per Hubschrauber
Beispiel mit Freunden per Hubschrauber
auf einen Gletscher in den Schweizer Alpen transportieren lassen zum Sektfrühstück und Skilaufen.

Überhaupt ist unsere Bourgeoissippe sehr dynamisch. Der Schwager des Oberhaupts, Chefarzt einer privaten Frauenklinik, hat es dem Patenonkel nachgemacht und sich in Nepal von Trägern auf den Himalaya befördern lassen, während die Angetraute mit Freunden gerade Urlaub von der Familie im Landhaus am Lagò Maggiore macht.

Im Winter fährt der Herr Chefarzt mit dem Kollegen von der Uniklinik in Heidelberg zur Luxuswohnung am Arlberg, wo weniger das Skifahren als das Nachtleben von Interesse ist. Man macht dort Bekanntschaften, z.B. mit einer Redakteurin eines seriösen Bourgeoisblattes, die ausschließlich zum Zwecke solcher Bekanntschaften in den Nachtlokalen verkehrt. Für spontane Einfälle, die viel Geld kosten und Abwechslung in die Strapazen des Bourgeoislebens bringen, ist die gesamte Sippe immer zu haben. Als begeisterter Sportflieger reist der Onkel, selbst noch „unternehmerisch tätig“ und daher besonders dynamisch, für zwei Tage schnell mal nach Sardinien, wobei er sich ab und zu mal „verfliegt“.

Es gibt aber auch Schattenseiten der bourgeoisen „Erholung“. So fragt sich die Tante, wie lange sie noch das Vergnügen haben wird, bei Freunden von Freunden auf einer Farm in Südafrika Urlaub zu machen und von dort aus auf Safari zu gehen. Auch das Oberhaupt der Sippe muß sich bei ihren Parties und Essen in Paris, der Schweiz oder sonstwo immer häufiger über die „Faulheit“ der Arbeiter beklagen, was ihr richtig an die Gesundheit geht. Sie haben's schon schwer, die Bourgeois, wegen der Strapazen, die aus dem Nichtstun entstehen. Sie können beruhigt sein, diese Sorte Strapazen wird die Arbeiterklasse ihnen abnehmen. – (Z-Red.)

Gegen die Verlängerung und Intensivierung des Arbeitstages ist allein mit mehr Urlaub wenig auszurichten

Hört man Gewerkschaftssozialdemokraten davon reden, wie gut es den Arbeitern heute doch geht, dann fehlt der Hinweis auf die gestiegene Anzahl der Urlaubstage so gut wie nie. Die Jahresarbeitszeit sei gewaltig verkürzt worden. Natürlich enthält solch sozialdemokratische Rede immer den geschichtlichen Vergleich mit dem „Frühkapitalismus“, um die „sozialen Leistungen für den Arbeitnehmer“ auch richtig zu würdigen. Mehr Urlaub ist stets durch Kampf der Arbeiterklasse gegen die Kapitalistenklasse durchgesetzt worden. Bahnbrechend waren nicht die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, sondern der Kampf der Arbeiter, die in den zwanziger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts gewaltsam einen Urlaubstag durchsetzten, als die Kapitalisten die wöchentliche Arbeitszeit auf den Sonntag ausgedehnt hatten, um keinen Tag für die Ausbeutung zu verlieren.

Mit dem „blauen Montag“, an dem die Arbeiter teils Montagvormittag, teils den ganzen Montag nicht arbeiten, setzen sie der Ausbeutung an sieben Tagen in der Woche durch einen erzwungenen freien Arbeitstag Schranken.

Die ersten Tarifverträge über Urlaub und Lohnfortzahlung während des Urlaubs erkämpft die Arbeiterklasse um die Jahrhundertwende. „Jedem Beschäftigten werden nach ununterbrochener fünfjähriger Tätigkeit drei und nach ununterbrochener zehnjähriger Tätigkeit in demselben Betriebe sechs Tage Urlaub unter Fortzahlung des Lohns gewährt“, heißt es in einem Tarifvertrag, den Brauereiarbeiter Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts durchsetzten. 1906 mußten die Zeiss-Kapitalisten in dem Statut ihrer Stiftung den über 18jährigen Arbeitern und Angestellten zwölf Tage bezahlten Urlaub im Jahr zugestehen.

Auch Arbeiter und Angestellte in staatlichen Verwaltungs- und Dienstleistungsbetrieben hatten um 1900 Tarifverträge über die Bezahlung von Urlaub erkämpft. So mußten den Schwestern der Krankenpflegevereine „alljährlich zu einer im Einverständnis mit dem Oberarzt zu bestimmenden Zeit ein Erholungsurlaub von zwei Wochen im ersten und drei Wochen im zweiten Jahr unter Fortzahlung des Honorars“ zugestanden werden. Seit 1902 erhielten die Arbeiter der Stadt Karlsruhe acht Tage bezahlten Urlaub, und die Stadt Frankfurt mußte 1897 zum ersten Mal allen Lohnabhängigen Lohnfortzahlung während des Urlaubs zubilligen.

Auch um die tarifvertragliche und

Auch um die tarifvertragliche und die gesetzliche Regelung des Urlaubs für die *ganze Klasse* hat die Arbeiterbewegung frühzeitig den Kampf aufgenommen. Findet man in den im Jahre 1911 geltenden Tarifverträgen für die Metallindustrie erst 18 Bestimmungen über den Urlaub, so wurden 1916 bereits 73 Gesamtvereinbarungen für 249 Betriebe, die 10955 Arbeiter umfaßten, zwischen Arbeitern und Kapitalisten getroffen. 1919 stieg die Zahl auf 573 Vereinbarungen in Tarifverträgen, die für 15372 Betriebe mit 1251200 Arbeitern galten. „Die Arbeitnehmerschaft war nunmehr in der Lage, ihre sozialpolitischen Forderungen, und unter diesen insbesondere die auf Gewährung von Urlaub, wenigstens in der Form durchzusetzen, daß die Aufnahme des Erholungsurlaubs in die allgemeinen Arbeitsbedingungen der Tarifverträge nicht mehr verweigert werden konnte“, beschreiben die bürgerlichen Rechtsgelehrten 1930 die weitgehende Durchsetzung des bezahlten Urlaubs, den die Arbeiterklasse 1918 gegen die Kapitalistenklasse erkämpft.

Selbst die Faschisten konnten die bestehenden Urlaubsregelungen bis zu Beginn des Krieges nicht liquidieren, verwandelten aber den Urlaub in „Arbeitseinsätze auf dem Land“ und in „Lager für Gefolgschaftsmitglieder“.

Den Kampf um ausreichende Reproduktionszeiten über die tägliche Reproduktionszeit hinaus hat die Arbeiterbewegung von Anfang an geführt. Der geschichtliche Verweis der Sozialdemokraten bestätigt das nur. Wir wollen ihnen aber gerne zugestehen, daß die Arbeiterklasse heute *zahlenmäßig* mehr Urlaub hat als je zuvor. In der Metallindustrie sind es heute z.B. bei Arbeitern zwischen 18 und 25 Jahren 21 Werktage, zwischen 25 und 30 Jahren 24 Werktage und bei Arbeitern über 30 Jahren 27 Werktage.

Mehr Urlaubstage, von der Arbeiterklasse erkämpft, haben die Kapitalisten oft schon durch Ausdehnung des Arbeitstages wettgemacht, wobei sie immer danach streben, gleichzeitig die Arbeit zu intensivieren. Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts zum Beispiel, als die ersten tarifvertraglichen Vereinbarungen über den Urlaub getroffen wurden, setzen die Kapitalisten eine gewaltige Steigerung der von allen Lohnabhängigen geleisteten Jahresarbeitsstunden durch. Die Zahl der Lohnabhängigen steigt zu dieser Zeit zwar absolut, im Verhältnis zur Anzahl der Arbeitsstunden aller Lohnabhängigen aber wesentlich geringer (siehe Schaubild 2, 1907 – 1913). Dieselbe Ausdehnung der Arbeitszeit setzen die Kapitalisten z.B. von 1950 bis 1960 durch.

Bei der Berechnung der jährlich geleisteten Arbeitsstunden aller Lohnabhängigen haben wir die Urlaubstage bereits abgerechnet. Die jährliche Arbeitszeit der Lohnabhängigen ist also trotz gestiegener Urlaubszeit ausgedehnt worden.

Aber selbst wenn die jährliche Arbeitszeit der Lohnabhängigen bei gestiegener Zahl der Urlaubstage sinkt, heißt das noch lange nicht, daß der Grad der Ausbeutung der Arbeiter ebenfalls gesunken ist, oder wie die Sozialdemokraten sagen, es dem Arbeiter besser geht.

Setzen die Arbeiter der Ausdehnung der Arbeitszeit Schranken, dann stürzen sich die Kapitalisten erst recht auf die intensivere Ausbeutung der Arbeitskraft und füllen alle Poren des Arbeitstages dichter auf. Möglich ist das, weil innerhalb gewisser Grenzen an Grad der Kraftäußerung gewonnen wird, was an ihrer Dauer verloren geht. Daß der Arbeiter aber auch wirklich mehr Arbeitskraft flüssig macht, dafür sorgt das Kapital durch die Methode der Bezahlung. Hauptmittel zur Durchsetzung der Intensivierung der Ausbeutung ist der Akkordlohn und alle akkordähnlichen Lohnsysteme, die den Arbeiter zwingen, mehr Arbeitskraft in geringerer Zeit zu verausgaben, wenn er keine Lohnkürzung hinnehmen will; wenn er nicht ins absolute Elend gedrückt werden will. So haben die Kapitalisten gerade in den zwanziger Jahren zahlreiche Bestimmungen über den Akkordlohn in Tarifverträgen durchgesetzt, also zu der Zeit, wo die Arbeiter der Ausdehnung des Arbeitstages Schranken gesetzt hatten.

Die Steigerung der Intensität der Arbeit haben wir am Beispiel des Kohlebergbaus in Form der geförderten
lebergbaus in Form der geförderten
Tonnen Kohle pro Arbeiter pro Stunden im Schaubild 1 aufgezeichnet. Von 1923 bis 1933 haben die Bergbaukapitalisten wie alle Kapitalisten die Arbeit gewaltig intensiviert. Diese verschärfte Ausbeutung der Arbeitskraft bei kürzerem Arbeitstag ist aber geradezu dilletantisch gegenüber der Kunst, die die westdeutschen Kapitalisten nach 1960 in der Verdichtung und Intensivierung des Arbeitstages herausgebildet haben. Von 1953 bis 1974 ist die geförderte Kohle im Steinkohlen- und Braunkohlebergbau pro Arbeiter pro Stunde von 0,204 auf 0,734 Tonnen, also um 360% gestiegen. Diese gewaltige Steigerung der Ausbeutung durch Intensivierung der Arbeit ruiniert die Gesundheit der Arbeiter und führt zu rascherem Verschleiß der Arbeitskraft. Die 9 bis 11 Tage mehr Urlaub im Jahr wiegen diese Überarbeit bei weitem nicht auf.

Die Sozialdemokraten mögen noch so viel von gesteigerter Lebensqualität daherreden und davon, daß es Überarbeit nur im „Frühkapitalismus“ gab, die Tatsachen beweisen das Gegenteil. Sie beweisen auch, daß die sozialdemokratische Ideologie der Unterwerfung unter die Profitinteressen und Konkurrenzschlachten der Kapitalisten die Arbeiter ins absolute Elend stürzen. Gerade in den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts und nach 1960 haben die deutschen und westdeutschen Imperialisten die größten Konkurrenzschlachten mit den imperialistischen Gegnern ausgetragen. Und gerade zu diesen Zeiten hat das für die Arbeiterklasse zu gewaltiger Verschärfung der Ausbeutung geführt, zum genauen Gegenteil dessen, was nach sozialdemokratischer Ideologie eintreten muß, wenn „unsere“ Kapitalisten erst einmal die Konkurrenz ausgebootet haben.

Wenn Vetter letzte Woche in einer Rede auf der Landesbezirkskonferenz des DGB in Bremen davon gesprochen hat, die Grenzen der „Leistung der Arbeitnehmer“ seien erreicht, ja sogar teilweise überschritten, und eine Verkürzung des Arbeitstages sei über kurz oder lang notwendig, gleichzeitig aber von der „grundsätzlichen Leistungsbereitschaft der Arbeitnehmer“ gesprochen hat, was kann das anderes bedeuten, als eine Einladung an die Kapitalisten, die Ausbeutung durch weitere Intensivierung der Arbeit zu verschärfen und die Akkord-, Nacht- und Schichtarbeit auszudehnen?

Vetter hat die Betriebsräte aufgerufen, eine weitere „Leistungssteigerung“ nicht hinzunehmen. Man muß ihn beim Wort nehmen. Trotz gegenteiliger Absicht: Der Ausbeutung Schranken setzen, den Kampf für den 7-Stundennormalarbeitstag und 8 Wochen bezahlten Urlaub mit dem Kampf gegen die Intensivierung der Arbeit durch Akkordhetze und Nacht- und Schichtarbeit verbinden. – (Z-Red.)

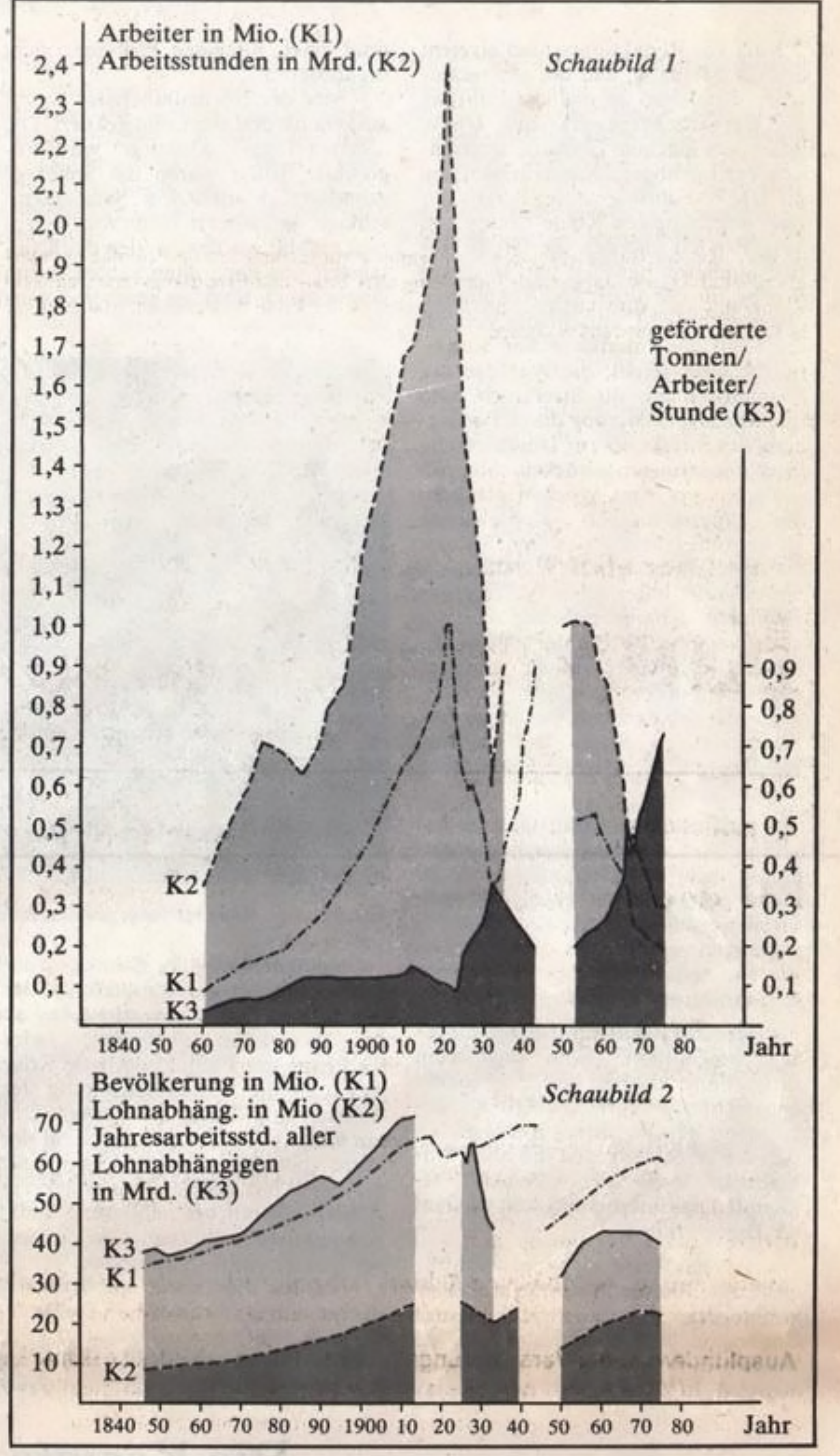


Schaubild 1: Entwicklung der Intensivierung der Arbeit im Kohlebergbau von 1860-1975

Schaubild 2: Entwicklung der Jahresarbeitszeit aller Lohnabhängigen von 1846-1975

Quelle: Berechnet nach Statistischen Angaben aus Statistischen Jahrbüchern des Deutschen Reichs, Statistische Jahrbücher der Bundesrepublik Deutschland. R. Meinert, Die Entwicklung der Arbeitszeit in der deutschen Industrie 1820-1956. W.G. Hoffmann, Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts.

der Mitte des 19. Jahrhunderts.

Das Bundesurlaubsgesetz von 1974 – eine weitere Akkordpeitsche

Das Gesetz spiegelt den hartnäckigen Kampf wider, den die Lohnabhängigen seit Anfang dieses Jahrhunderts geführt haben. Festgelegt ist, daß jeder Lohnabhängige Anspruch auf 18 Werktage Urlaub hat, daß der Urlaub bezahlt werden muß, daß bei Erkrankung während des Urlaubs dieser nachgeholt werden muß, daß im Falle einer Kündigung der Urlaub nicht verfällt, sondern pro Monat ein Zwölftel des Urlaubs gegeben oder entsprechend bezahlt werden muß.

Aber schon die geringe Anzahl von 18 garantierten Werktagen zeigt, daß die Lohnabhängigen nur einen geringen Teil des eigentlich notwendigen Urlaubs von 8 Wochen im Jahr gesetzlich abgesichert haben.

Praktisch können die Kapitalisten bestimmen, wann der Urlaub genommen werden muß. Die „Urlaubswünsche des Arbeitnehmers“ sind lediglich zu „berücksichtigen“. Der Urlaub verfällt, wenn er nicht im gleichen Jahr genommen wird, bei Ausnahmeregelungen besteht der Zwang, ihn innerhalb der ersten drei Monate des nächsten Jahres, also im Winter, nehmen zu müssen.

Für die Kapitalisten entscheidend ist der § 8: „Während des Urlaubs darf der Arbeitnehmer keine dem Urlaubszweck widersprechende Erwerbstätigkeit leisten.“ Der Zweck ist Reproduktion der Arbeitskraft, die der Kapitalist für die Konkurrenzschlachten um den Höchstprofit hernach intensiver vernutzen will. Der Kapitalist kann nicht zulassen, daß ein anderer sich an der von ihm gekauften Arbeitskraft mästet.

Durch die Regelung der Bezahlung des Urlaubs wird das Gesetz zu einer wahren Akkordpeitsche (§ 11): „Das Urlaubsentgelt bemißt sich nach dem durchschnittlichen Arbeitsverdienst, das der Arbeitnehmer in den letzten dreizehn Wochen vor dem Beginn des Urlaubs erhalten hat.“ Das heißt für den Arbeiter ranklotzen drei Monate vor Urlaubsbeginn, das Letzte aus sich herausholen, um den Lohn aufzubessern. Daß sich das für die Kapitalisten auszahlt, läßt sich am Index des Produktionsergebnisses je Arbeiterstunde in der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie 1976 auf Basis von 1970 gleich 100 ablesen (Wirtschaft und Statistik 4/77):

Jan.	138,6	Juli	*152,0*
Febr.	143,0	Aug.	149,3
März	148,6	Sept.	150,8
April	*150,3*	Okt.	149,5
Mai	*151,9*	Nov.	144,3
Juni	*153,2*	Dez.	140,1

Die Monate April bis Juni liegen im Produktionsergebnis je Arbeiterstunde deutlich über den anderen. Es sind die Monate, die dem Urlaub vorangehen. – (Z-Red.)

7000 Teilnehmer auf der Demonstration gegen die Grohnde-Prozesse, für die Einstellung aller Straf- und Ermittlungsverfahren in Hannover

Über 7000 Arbeiter, Bauern, Schüler und Studenten haben heute in Hannover für die Einstellung aller Ermittlungs- und Strafverfahren demonstriert. Es hatten 60 Bürgerinitiativen im Bundesgebiet zu dieser Demonstration aufgerufen. Der KBW hat die Demonstration unterstützt.
Diese Demonstration war ein Schlag gegen die Bourgeoisie und alle politischen Kräfte, die gegen die Demonstration gearbeitet hatten, mit dem Argument; daß sowieso keiner kommen würde, und man es deshalb lieber gleich lassen solle. Demgegenüber waren sich die Teilnehmer der Demonstration einig über die Forderungen, daß das Urteil gegen Linda Engelbert aus Bremen, die am Freitag wegen Landesfriedensbruch vom Amtsgericht Hameln zu 300 DM Geldstrafe verurteilt worden war, weg muß. Sie waren sich weiter einig darüber, daß der Haftbefehl gegen Karl Winter zurückgenommen werden muß und darüber, daß die Forderungen nach Einstellung aller Straf- und Ermittlungsverfahren, kein Kernkraftwerk in Brokdorf, Grohnde und anderswo und keine Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben erfüllt werden müssen.

Die Bourgeoisie versuchte die Demonstration zu spalten, dadurch, daß drei Teilnehmer der Demonstration festgenommen wurden. Die Spaltung ist nicht gelungen. Es wurde beschlossen, zum Polizeirevier zu gehen, wenn die Demonstranten nicht freigelassen werden sollten. Die Polizei ließ die Demonstranten dann schnell frei.
Die Demonstration war ein Fortschritt im Kampf gegen das Energieprogramm der Bundesregierung und hat gezeigt, daß Arbeiter, Bauern, Schüler und Studenten es nicht zulassen, daß die Bourgeoisie einzelne vor das Gericht schleppt und aburteilen lassen will!



Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

4. Juni 1978: **Landtagswahlen Niedersachsen** **Bürgerschaftswahlen Hamburg**

Für den Aufbau der Kommunistischen Partei – Stimmt revolutionär – Wählt KBW!

Die großen bürgerlichen Parteien SPD, CDU und FDP sind Interessenverbände der herrschenden Kapitalistenklasse. Sie gehen von den gleichen Interessen aus und verfolgen dieselben Ziele. Höchstens der Kurs, auf dem sie steuern, ist verschieden.

Die Hauptzielpunkte sind gleich und lauten gegenwärtig:

Senkung der Löhne Nur mit dauernden Lohnsenkungen können die westdeutschen Kapitalisten die anderen Kapitalisten mit Schleuderpreisen unterbieten, in deren Märkte einbrechen und während der gegenwärtigen kapitalistischen Überproduktionskrise auch noch dicke Extraprofite machen.

Rationalisierung, Nacht- und Schichtarbeit Ihre dicken Extraprofite wollen die Kapitalisten nur dann in neuen Maschinen anlegen, wenn gesichert ist, daß diese Maschinen auch Tag und Nacht, jedenfalls aber schichtweise laufen. Nicht nur, daß die neue Maschine sowieso in kürzerer Zeit mehr Arbeitskraft von weniger Arbeitern einsaugt; damit der Profit stimmt, muß das auch noch Tag und Nacht geschehen. Der Verstärkung dieser Schinderei dient auch das imperialistische Energieprogramm.

Intensivierung der Arbeit und Akkord Überall, wo besonders altes Maschinengelumpe steht, blüht nackte Antreiberei und das Akkordsystem. Die Arbeiter werden angetrieben, das dazuzulegen, was die alte Maschinerie nicht leisten kann.

Ausplünderung der Versicherungskassen Für verschiedene riskante Unternehmungen ist den Kapitalisten ihr Eigentum zu schade. Dafür benutzen sie lieber das Eigentum der Arbeiter. Die Versicherungskassen sind Ziel ihres Zugriffs. Sie wollen die Einlagen der Arbeiter als Risikokapital benutzen. Dazu werden die Beiträge erhöht und die Leistungen zusammengestrichen.

Steuertreiberei gegen Arbeiter und Bauern Die Kapitalisten brauchen den Staatsapparat, um ihr Privateigentum zu schützen. Sie wuchten den Arbeitern, Bauern, Handwerkern die Unterhaltslasten für den Staatsapparat auf. Sie folgen der Devise „Der Krieg muß den Krieg ernähren" und wenden sie für den Klassenkampf im Inneren des Landes an. Je größer die Unterdrückung wird, um so größer werden die Kosten für Unterdrückung und um so größer wird danach die Steuerlast auf den Arbeitern und Bauern.

Enteignung der Bauern von Grund und Boden Solange noch ein Bauer auf seinem Grund und Boden für sich selber arbeitet, anstatt als bezahlter Lohnarbeiter Profite für die Kapitalisten zu schaffen, ruhen diese nicht; auch dann nicht, wenn der Bauer wie heute zumeist ohnehin nicht mehr für sich selber arbeitet, sondern für das Zinsgeschäft der Banken.
sondern für das Zinsgeschäft der Banken.

Kapitalexport und Fabrikstillegung In dem Maße, wie die westdeutschen Kapitalisten bei der Ausbeutung ihre Spießgesellen in anderen Ländern überflügeln, haben sie überschüssiges Kapital. Das investieren sie in anderen Ländern, um sich auch dort unbezahlte Mehrarbeit und Profite zu sichern. Investitionen in Ländern, in denen die Löhne noch niedriger gedrückt und die natürlichen Hilfsquellen noch nicht so ausgeraubt sind wie hierzulande der Fall, ermöglichen besonders hohe Profite, und ganze Produktionen werden dahin ausgelagert. Die Arbeiter in solchen Ländern werden schamlos unterdrückt und die Bauern millionenweise von ihrem Land vertrieben, um billige Lohnsklaven zu stellen.

Kriegsvorbereitung und Verfeinerung der Unterdrückung Die Maßnahmen, die die Kapitalisten ergreifen, um im Handelskrieg mit den anderen imperialistischen Ländern zu bestehen, schließen die Vorbereitung des Krieges mit ein. Der Handelskrieg verlangt die Verwandlung der kapitalistischen Gesellschaft in ein Arbeitshaus, in dem die Arbeitslosigkeit bloß ein Durchgangsstadium zur Zwangsarbeit bildet. Zwang gegen die Arbeiter und Bauern und gewaltsame Unterdrückung ihrer Kämpfe ist da schon das Normale. Ihren Höhepunkt findet die imperialistische Konkurrenz aber erst dort, wo die Kapitalisten die Arbeiter zwingen, einander umzubringen. Auf diesen Punkt steuert die Entwicklung der kapitalistischen Welt zu.

Mit dieser Entwicklung sind bereits heute Millionen nicht einverstanden. Aber gegen die Kapitalistenklasse, die mit reaktionärer Verbissenheit ihre Interessen verfolgt, genügt passiver Widerstand nicht. Ohne revolutionäres Ziel hat der Widerstand der arbeitenden Klassen, der Arbeiter und Angestellten. Bauern und Handwerker, und ihres Nachwuchses, der Schüler und Studenten, keine Aussicht. Vor ihnen liegt die Aufgabe, unter Führung der Arbeiterklasse die proletarische Revolution durchzuführen, den Staatsapparat zu zerschlagen und anstelle des Privateigentums der Kapitalisten die Leitung und Kontrolle der Produktion durch die Produzenten selber zu setzen.

Der Sieg im Kampf für den Sozialismus verlangt, daß sich die Arbeiter und Bauern über die Ziele des Kampfes einigen. Die Kapitalistenklasse arbeitet mit Unsummen und Horden bezahlter Propagandisten dagegen.

Aber bereits heute ist es für den Ausgang jeder Auseinandersetzung zwischen Arbeitern und Kapitalisten, zwischen den Volksmassen und dem Staatsapparat von Bedeutung: Machen die Revolutionäre bei ihren Bemühungen Fortschritte, eine einheitliche Partei aufzubauen, oder erleiden sie Rückschläge? Haben die Versuche der bürgerlichen Politiker, die Spaltung zu vertiefen, Erfolg oder nimmt die Kraft und der Einfluß der revolutionären Bewegung zu, wie das in den letzten zehn Jahren der Fall war?

Obgleich Wahlstimmen zum bürgerlichen Parlament zunächst nicht viel bedeuten, die Kapitalistenklasse und ihre Politiker werden die Stimmen für die Revolution genau zählen, und die Arbeiter und Bauern werden sie auch genau zählen. Obgleich sich noch nicht viele revolutionär entscheiden werden, wird ihre Entscheidung politisches Gewicht haben.

Für den Aufbau der Kommunistischen Partei – stimmt revolutionär – wählt KBW!



Kommunistischer Bund Westdeutschland

Die Liberalität der FDP: Hubschrauber, größere Pistolen, mehr Planstellen für die Landespolizei

„Der Bund Deutscher Kriminalbeamter schlägt Alarm: 1977 sei die Kriminalität in den Bundesländern um 10 bis 15% angestiegen ... gleichzeitig sei die Aufklärungsquote unter 45% gesunken ... Er plädiert für eine Verdoppelung des Personals der Kriminalpolizei ... Wesentlich sei ... eine bessere Ausbildung sowie eine bundesweite Vereinheitlichung des Polizeirechts, der Organisation der Kriminalpolizei, der sachlichen Zuständigkeit und der Ausrüstung." Dies erfuhr man am 21.2.1978 aus der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung" (HAZ). Vier Tage früher hatte die „Bild" herausgefunden: „Verbrechen steigen seit Beginn der Grohnde-Prozesse ... Bedrohung und Anschläge von politisch motivierten Straftätern nehmen immer mehr zu ... besonders seit Beginn der Grohnde-Prozesse müssen hannoversche Richter mit Bombendrohungen und Schmähbriefen leben."

Daß die „Kriminalität" im letzten Jahr gestiegen ist, wollen wir der Bourgeoisie glauben, ohne daß uns die neuesten Statsitiken vorliegen. Verwunderlich ist das überhaupt nicht, wo die bürgerliche Klasse die Verelendung der Massen vorantreibt und die Unterdrückung enorm verschärft. Es ist auch eine Antwort auf den Terror der bürgerlichen Klasse. Der Alarmruf über die Steigerung der „Verbrechen" seit Beginn der Grohnde-Prozesse bezeugt die Unruhe in der Bourgeoisie, ihre Angst, und signalisiert ihre Absicht, die politischen Bewegungen der Volksmassen künftig noch heftiger zu unterdrücken. Seit der Demonstration vom 21.1. werden ihr die Prozesse immer mehr zu Querschlägern. Sie können genutzt werden zum Angriff auf das imperialistische Energieprogramm und zur Festigung des Zusammenschlusses unter den Massen. Am Samstag ist in Hannover erneut demonstriert worden.

Daher jetzt die Rufe nach mehr Polizei. Zudem: gerade waren Haushaltsberatungen im niedersächsischen Landtag. Propagandistische Unterstützung für den Haushalt des liberalen Innenministers Groß kann da nur von Nutzen sein. 706938000 DM sind dort allein für die Landespolizei eingeplant, ca. 60% des gesamten Haushaltsvolumens. 536 Planstellen mehr als im letzten Jahr soll es geben, davon 329 für Kriminalbeamte. Schon am 11.1.78 hat Groß kugelsichere Westen für alle niedersächsischen Polizeireviere und eine neue Pistole mit größerem Kaliber, womit der „erste Schuß schneller abgegeben werden kann" (HAZ), angekündigt. Im Haushalt 1978 sind 2450000 DM für Neuankauf von Luftfahrzeugen eingeplant. Groß ist bekannt als energischer Verfechter des imperialistischen Enrgieprogramms. Grad letzte Woche ist er in Bonn gewesen zusammen mit Albrecht. Einige Tage später vermeldete die bürgerliche Presse, Niedersachsen brauche noch mindestens sechs Kernkraftwerke. Der Innenminister kennt aber auch die Ent-
Innenminister kennt aber auch die Ent-
schlossenheit des Volkes, den Kraftwerksbau zu verhindern. Über Grohnde hat er's aus der Nähe erlebt. Er setzt auf Hubschrauber.

Jetzt hat er im Ministerialblatt den Erlaß über „Die Organisation der Schutzpolizei des Landes Niedersachsen" veröffentlichen lassen. Sie wird neu gegliedert nach Polizeiinspektionen, Polizeiabschnitten, Polizeirevieren und Polizeistationen. Die Inspektionen umfassen das Gebiet mehrerer Landkreise oder kreisfreier Städte, die Abschnitte sind mit den Grenzen eines Landkreises deckungsgleich. Die Umorganisierung ist exakt nachvollzogen der soeben durchgesetzten Gebietsreform mit der Reduzierung der Regierungsbezirke auf vier. Zentralisierung, Straffung und Erhöhung der Schlagkraft des Unterdrückungsapparates ist das Ziel: „der geschlossene Einsatz mit zusammengefaßten Kräften" (MBl.Nr.7, S.175). Neben Polizeiabschnitten mit Polizeirevieren sind auch solche ohne Polizeireviere geplant, also Einheiten beauftragt mit speziellen Unterdrückungsaufgaben wie „Leitung und Koordinierung des Einsatzes von Zivilstreifen und Beamten mit Sonderausbildung sowie von Polizeireitern und Diensthundeführern." (ebenda)

Die Abtrennung der Polizisten von kontinuierlichen Kontakten mit den Volksmassen, ihre Zusammenfassung in isolierten Spezialeinheiten soll die mögliche Solidarisierung mit den Kämpfen der Massen und die Zersetzung unter den einfachen Polizisten verhindern helfen. Als „Kontaktbereichsbeamte" (KOBs), die als Blockwarte in den größeren Städten eingesetzt werden, sollen nur „erfahrene und in der Regel um die 50 Jahre alte" Bluthunde eingesetzt werden (Groß). Der Oberpolizist weiß warum.

„Mehr Freiheit für den Menschen", unter diesem Motto will der liberale FDP-Landesvorsitzende seine Partei in den Wahlkampf führen. Seine Politik als Innenminister zeigt, wer für ihn *Mensch* ist: der *Bourgeois*. – (N-Red)

Da, wo die Druckkapitalisten hart sind, neigt die Gewerkschaftssozialdemokratie zum Kompromiß

Beim Kampf um den Lohn und für Verkürzung der Arbeitszeit können die Druckarbeiter auf keinen Fall nachgeben

„Im gegenwärtigen Tarifkonflikt geht es nicht in erster Linie ums Geld, sondern um die Folgen, die durch die weitreichenden Änderungen in der Technik der Satzherstellung seit der Erfindung des Buchdrucks durch Gutenberg ausgelöst worden sind," stellt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" am 11.2.78 zur Tarifauseinandersetzung um die Neue Technik fest. „Nicht ums Geld"?

Die IG Druck und Papier forderte im Rastertarifvertragsentwurf die Bezahlung nach Maschinensetzerlohn für jedwede Arbeit an Bildschirmgeräten und gegen die Intensivierung der Arbeit die Verkürzung der

»Großvater war immer sehr sensibel!«
„Szene aus »Paul Temple«
Sonnabend, 11. Februar, 18.00, 2. Programm

»Wir mußten uns damals alle umschulen lassen – man brauchte plötzlich keine Setzer mehr!«
Martin Landau in »Mondbasis Alpha 1«
Sonntag, 12. Februar, 18.15, 2. Programm

wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden

wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden und die Begrenzung der täglichen Arbeit an Bildschirmterminals auf vier Stunden, zusätzlich die Besetzungsregelungen für Setzer und Journalisten, das ist sattsam bekannt.

Was paßt den Kapitalisten nicht ins Konzept? „Sie (die Forderungen der Gewerkschaft, d.Red.) würden generell die Modernisierung und Wettbewerbsfähigkeit auch gegenüber dem Ausland erschweren und Strukturveränderungen unangemessen problematisieren", heißt es über die Kapitalisten-Meinung im „Handelsblatt" (7.12.77).

Welche Forderungen aus dem Bündel sind das? „Außerdem fordere die IG Druck und Papier die Bezahlung für diese Arbeitsplätze (an Bildschirmterminals, d.Red.) in Höhe des Maschinensetzertarifs mit allen Zuschlägen der Druckindustrie, was dem Anforderungsprofil dieses Arbeitsplatzes an vielen Stellen, besonders bei den mit der Einführung rechnungsgesteuerter Textsysteme angestrebten Rationalisierungseffekt zunichte machen, das heißt, daß der Texteingabe, nicht entspreche", zitiert das „Handelsblatt" (7.12.77) einen Kapitalistensprecher. „Die Arbeit an diesen Geräten (Bildschirme, d.Red.) ist für die Verleger jedoch eine ‚einfache Angestelltentätigkeit'. Der Lohntarifvertrag, so argumentieren sie, findet auf diese Arbeitnehmer keine Anwendung. Deshalb weisen sie den Anspruch der Gewerkschaft grundsätzlich zurück, die Tätigkeit an Bildschirmen Setzern und Metteuren, den Fachleuten also, vorzubehalten." Denn: „Die Durchsetzung der Forderungen der Gewerkschaft würde diese Forderungen für den Arbeitgeber völlig unannehmbar sind, betont ein Sprecher der Zeitungsverleger" (Handelsblatt, 27.12.77).

Der „angestrebte Rationalisierungseffekt" wird nicht durch die Besetzung an den Bildschirmen zunichte" gemacht, man kann sicher sein, daß hier Kapitalisten und Gewerkschaftssozialdemokraten noch ihre Gemeinsamkeiten entdecken werden. Verlegerpräsident Binkowski hat schon mit dem Zaunpfahl gewedelt: „Es sei immer eine Tragödie, wenn die technische Entwicklung einen traditionsreichen Berufsstand überhole" (Hannoversche Allgemeine Zeitung, 10.2.78) und kein Setzer solle arbeitslos werden. Denn, was schert es den Kapitalisten , ob er einen ehemaligen Setzer oder eine ungelernte Maschinenschreiberin an die Bildschirmgeräte setzt – wenn der Lohn gedrückt werden kann, weg vom Maschinensetzertarif. Und wenn der Lohn eines Teils der Arbeiter gedrückt werden kann – leichter ist es dann für die Kapitalisten, den Lohn auch für die übrigen Arbeiter zu senken – dann läßt man sich das schon einiges kosten:

„Sutter (Vizepräsident des Bundesverbandes Druck, d.Red.) verwies darauf, daß die Arbeitgeber während der Verhandlungen unter anderem den vollen Lohnausgleich nach einer Umschulung im Rahmen der neuen Technologie angeboten hätten" (Kieler Nachrichten), das war schon am 30.11.77. Bis zu den „Leitsätzen" boten die Kapitalisten Mobilitätszulagen, Umzugskostenerstattung zu 150%, Zahlung von 20% des bisherigen Lohns als Zuschuß bei einer Zweitausbildung, Zahlung der Differenz des neuen Lohns zum alten Lohn für ein

des bisherigen Lohns als Zuschuß bei einer Zweitausbildung, Zahlung der Differenz des neuen Lohns zum alten Lohn für ein Jahr, wenn der Arbeiter einen anderen Arbeitsplatz findet. Alles niedergelegt in den „Leitsätzen". Und Mack, Vorsitzender des Bundesverbandes Druck, konnte zu diesen „Leitsätzen" sagen: „Insgesamt bin ich mit dem Kompromiß zufrieden" (Kieler Nachrichten, 23.1.78), weil massive Lohnsenkungen bis zu 1233 DM festgelegt waren.

„Der Vorsitzende der IG Druck und Papier Mahlein äußerte sich befriedigt darüber, daß die ‚Bezahlung und die Pausen geregelt und die Arbeitsplätze gesichert' seien" (Kieler Nachrichten, 23.1.78). „In dieser Regelung (liegt) sicherlich ein Durchbruch" (Druck und Papier 3/78) heißt es zu den „Leitsätzen". Kein Ausrutscher! „Druck und Papier" Nr. 4/78: „Dagegen lautet nach wie vor unsere Forderung: Für die Arbeiten der Texterfassung ist der Facharbeiterecklohn, für die Arbeiten der Textgestaltung der Maschinensetzerlohn zu zahlen". „Nach wie vor" – erinnern wir uns: Vorher war es *nur* der Maschinensetzerlohn.

In einem Interview der Nachrichtensendung „Heute" vom 24.2.78 antwortet Mahlein auf die Frage: „Sie rechnen mit der härtesten Lohnrunde der Nachkriegszeit. Hängt diese Einschätzung mit dem Konflikt zusammen, der derzeit zwischen der Druckindustrie und der Gewerkschaft besteht?" „Nein. Ich glaube, wir haben zwei Dinge zu trennen. Auf der einen Seite dreht es sich um die Tarifierung der neuen Technologie und zum anderen um die Lohnfrage. Beide Dinge kann man nicht miteinander in Verbindung bringen, sondern sie sind gesondert zu betrachten." Da nimmt es sich nur noch als hohle Phrase, ja Zynismus, aus, wenn dieser Tage in dem „Druck und Papier Extra" steht: „Und um unseren Besitzstand werden wir mit Zähnen und Klauen kämpfen".

„Wir haben Kompromißbereitschaft gezeigt bis zur Grenze des Zumutbaren", schreibt der IG Druck-Hauptvorstand. So „kompromißbereit", daß die einzige Forderung, für die alle Druckarbeiter, alle Arbeiter kämpfen können und müssen, die Vereinheitlichung gebracht hat – die Verkürzung der Arbeitszeit auf 35 Stunden in der Woche – nicht mehr zur Durchsetzung anstehen soll: „(4) Die vereinbarte tägliche Arbeitszeit wird durch die Regelung gemäß Abs. 1 bis 3 nicht berührt" (Überarbeitete Fassung des Tarifvertragsentwurfs zur Neuen Technik).

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" gibt am 24.2.78 als Richtlinie aus: „Erweiterte Sozialgarantien für die Setzer, dafür wären wahrscheinlich viele Verleger noch zu gewinnen. Aber den ewigen Facharbeiterlohn für Herrn Jedermann, den eine mitgliederhungrige Gewerkschaft als Arbeitnehmer verordnet: das geht zu weit." Also geht es doch ums Geld. Ums Geld in Kapital- und Profitgestalt und ums Geld als Lohn. Wenn die Kapitalisten die enge, handwerksmäßige Produktion der Satzherstellung mit der Einführung der rechnungsgesteuerten Textsysteme industrialisieren, dann aus den handfesten Gründen, die Kapital- und Profitmasse zu erhöhen und die Lohnmasse zu senken. – (N-Red.)

Umsatz pro Beschäftigten in Betrieben über 1000
Umsatz pro Beschäftigten in Betrieben von 200 bis 999
Umsatz pro Beschäftigten in Betrieben von 1 bis 199
90000 80000 70000 60000 50000 40000 30000 20000
1965 1967 1969 1971 1973 1975

Beschäftigte in Betrieben über 1000
Beschäftigte in Betrieben von 200 bis 999
Beschäftigte in Betrieben von 1 bis 199 Arbeitern
Beschäftigte in Tausend
240 200 160 120 80 40
1965 1967 1969 1971 1973 1975

Was von der Taktik der Gewerkschaftssozialdemokraten zu halten ist, Urabstimmung mit Streik in „ausgewählten" Betrieben – was die zwölf mit über 1000 Beschäftigten sein werden – durchzuführen, zeigt das linke Schaubild: 90 Prozent der Druckarbeiter aus den kleinen und mittleren Betrieben werden außen vor gelassen. Gerade sie werden aber in besonderem Maße von der Konzentrationswelle, die die Industrialisierung der Druckbranche mit sich bringt, betroffen werden: Der Umsatz pro Arbeiter kann hier in entscheidendem Maße nur durch die Intensivierung der Arbeit durch die Anwendung der neuen Maschinerie gesteigert werden. Dafür haben die kleinen Kapitalisten nicht das notwendige Kapital, 60 Betriebe dieser Größenordnung sind 1977 Pleite gegangen.

Die Steigerung des Profits ist für die Kapitalisten der Antrieb zur Umstellung der Produktion: Der Anteil der Lohnsumme am Umsatz in der Druckindustrie liegt, obwohl er mit 33% 1977 schon unter den Stand von 1966 gedrückt worden ist, immer noch 10 Prozent über dem der Gesamtindustrie. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" empfiehlt, aus diesen Gründen Betriebsvereinbarungen abzuschließen: „Auch ein solcher Schritt ist nicht ohne Wenn und Aber, aber er hätte wenigstens den Vorteil, daß betriebsindividuelle ‚Maßanzüge' geschaffen werden können." (24.2.78) „Maßanzüge" für dieses Konzept.

Der Lohnkampf ist grundlegend für die Herstellung der Aktionseinheit ge-

Der Lohnkampf ist grundlegend für die Herstellung der Aktionseinheit gegen die Kapitalisten und für die Durchsetzung des Siebenstundentages

Am 24.2.1978 hat der Hauptvorstand der IG Druck und Papier 7,5 Prozent als Lohnforderung bekanntgegeben. Das entspricht nicht den Vorschlägen der Druckarbeiter, die Lohnforderungen um 200 DM oder um 9 und 10 Prozent verabschiedet hatten. 7,5 Prozent ist wenig: Gerade 130 DM auf den Ecklohn, 158 DM auf den Maschinensetzerlohn.

Der Gewerkschaftsvorsitzende Mahlein will die derzeitige Auseinandersetzung um die Durchsetzung der Forderung nach der 35-Stundenwoche, Begrenzung der Arbeitszeit an Bildschirmgeräten auf vier Stunden und Bezahlung von Maschinensetzerlohn für Bildschirmarbeiten abtrennen vom Lohnkampf. Das geht nicht. Die Durchsetzung der Intensivierung der Arbeit hat ihre Grundlage im zu geringen Lohn. Weswegen grundlegend der Lohnkampf ist, auch um die Forderungen nach dem Normalarbeitstag, dem Siebenstundentag, durchzusetzen.

Das zeigt auch die Auseinandersetzung auf der IG Druck und Papier-Mitgliederversammlung beim Bauer-Verlag in Hamburg:

Am Freitag, den 24.2., entscheidet der Hauptvorstand der IG Druck über die konkreten Streikmaßnahmen für alle Bezirke.

Zur Vorbereitung der Kampfmaßnahmen fand bei Bauer eine gewerkschaftliche MV statt. Ca. 50 Beschäftigte, davon ca. 20 Angestellte, waren gekommen. Vor allem die Angestellten sollten mit dieser MV gewonnen werden für den Streik. Diskutiert wurde die technische Entwicklung insgesamt und die Auswirkungen auf die Arbeiter und die Forderungen zur Arbeit an den Bildschirmen. Als grundlegend festgehalten wurde die Forderung nach der 35-Stundenwoche für alle. Geklärt werden konnte in der Diskussion die Vorstellung, die technische Entwicklung sei ein einziges Greuelmärchen, gegen dessen Auswirkungen man am Ende doch machtlos bliebe. Ursache von Rationalisierung und Arbeitslosigkeit ist aber nicht die technische Entwicklung, sondern das Profitstreben der Kapitalisten.

Eine Auseinandersetzung gab es noch über Überstunden, die vom Betriebsrat für das Wochenende am 4.3., 11.3. und 18.3. genehmigt wurden. Zurückzuführen war das auf eine Abstimmung im Fotosatz, wo ein großer Teil der Beschäftigten meinte, wenn sie die Überstunden nicht machen würden, würde das die Arbeitsplätze gefährden, weil dann nach Köln ausgelagert würde. Geklärt werden konnte die Frage nicht mehr. Diese Haltung der Beschäftigten, die ja gerade direkt von der technischen Entwicklung betroffen sind, wurde von den anderen Beschäftigten so nicht akzeptiert.

Keinen Kapitalisten mehr zu finden, egal unter welchen Bedingungen er die lebendige Arbeitskraft einkauft, das soll den Druck-Arbeitern als das schlimmste Übel erscheinen – und das mit der Rationalisierungswelle, die erst anläuft, vor Augen. So hätten es die Kapitalisten gern. Die Druckarbeiter werden ihre gesamte Klassenkampferfahrung und ihr Klassenbewußtsein nutzen müssen, um diese Widersprüche unter sich zu überwinden und den unüberwindlichen Gegensatz zwischen Kapitalistenklasse und Arbeiterklasse gegen die Kapitalistenklasse zu wenden, um den Lohnkampf als politischen Kampf zu führen. Dann gibt es Aussicht auf Erfolg.

Die Druckarbeiter haben Erfahrung im Lohnkampf, sie wissen um die vereinheitlichende Wirkung von Festgeldbeträgen, aufgestellt im Kampf als Mindestforderung. Wenn die 7,5 Prozent nicht zu kippen sind, dann darf wenigstens kein Druckarbeiter unter 130 bis 150 DM bekommen. Daß der Zusammenschluß dafür möglich ist, zeigen die Aktionen der Druckarbeiter in diesen Tagen: Die Anzeigen gegen die Forderungen der Druckarbeiter von den drei Druck-Kapitalistenverbänden sind in mehreren Zeitungen verhindert worden. Unter anderem in Kassel bei der „Hessisch-Niedersächsischen Allgemeinen" und in Lübeck haben die Setzer mit Streiks das Erscheinen verhindert.

Aktionstag der § 218-Komitees



Westberlin. Gegen den verschärften Paragrafen 218 führten am Samstag, den 25.2.78, Arbeiter, Angestellte, Schüler und Studenten einen Propaganda- und Autokorso durch. 70 Wagen beteiligten sich daran. An vier Plätzen in der Stadt wurden Kundgebungen gemacht, das Schwarzbuch des Komitee „Volksentscheid gegen den § 218" und andere revolutionäre Literatur verkauft.

Am 25.2., dem 3. Jahrestag des BVG-Urteils zur Verewigung des § 218, führten die Arbeitsgruppen des § 218-Komitees Südostniedersachsen Aktionen in Braunschweig, Wolfenbüttel, Dransfeld und Hann. Münden durch. Die Forderungen der § 218-Komitees wurden durch einen Autokorso auch in den ländlicheren Gebieten verbreitet. In Wolfenbüttel fand ein Propagandaumzug zur örtlichen Beratungsstelle von „pro familia" statt, an der man im Anschluß an die Aktion ebenso wie am Rathaus die Forderungen lesen konnte „Weg mit dem § 218 – Volksentscheid". Die Polizei nahm diese deutlich sichtbar gemachten Forderungen zum Anlaß, um zu versuchen, die Personalien aller Teilnehmer des Autokorsos festzustellen. Ihr Versuch mißlang gründlich, trotz eingesetzter ziviler und uniformierter Schläger. Sie handelten sich die Empörung der Passanten ein, die die Forderungen des Komitees für richtig hielten und mußten die § 218-Gegner geschlossen abfahren lassen, ohne die Personalien der Mehrheit zu haben (nur vier konnten sie aufnehmen). Eingebüßt haben sie stattdessen eine Polizeimütze, die auf der gemeinsamen Veranstaltung des § 218-Komitees Südostniedersachsen am Abend des 25.2. in Braunschweig für die Ausrüstung einer Kompanie der ZANLA versteigert wurde.

Aufweichung der Ladenschlußzeiten

Die Horten AG will noch in diesem Jahr im Bahnhof Wuppertal-Elberfeld ein Kaufhaus eröffnen. Sie hat vor, das Kaufhaus bis 21 Uhr oder länger geöffnet zu halten. Die Nahverkehrspendler sollen dort ihren täglichen Bedarf decken, das ist Hortens Ziel.

Lange wälzen die Kaufhaus-Kapitalisten das Problem mit den Ladenöffnungszeiten. 14 1/2 Stunden täglich stehen ihre Kaufhäuser nur da und werden nicht genutzt, um Profit zu machen, am Wochenende bis zu 43 Stunden. Die Kaufhof AG hat von 1976 auf 1977 ihre Verkaufsfläche um 3,3% auf 945000 qm erweitert, Horten AG um 1,9% auf 595700 qm, Karstadt AG um 21,6% auf 992700 qm und hat elf neue Warenhäuser eröffnet. Dieses fixe Kapital wollen die Kaufhaus-Kapitalisten möglichst profitträchtig einsetzen.

Einerseits tun sie dies, imdem die vergrößerte Verkaufsfläche von immer weniger Beschäftigten bewältigt werden muß (Kaufhof minus 1%, Hertie minus 5%), auf der anderen Seite versuchen sie, den Arbeitstag auf verschiedene Weise auszudehnen. Früher wurden die Kunden beispielsweise aus anderen Abteilungen ab 18.30 Uhr nicht mehr in die Lebensmittelabteilungen gelassen. Heute gibt es freien Zutritt. Lebensmittel-Kassiererinnen werden bei Karstadt Hamburg-Mönckebergstraße zu einem Vertrag eingestellt, nach dem sie so lange kassieren müssen, wie Kunden da sind. Am liebsten wollen die Kaufhaus-Kapitalisten die Kaufhäuser rund um die Uhr geöffnet haben; das lohnt sich aber nur, wenn sie die Beschäftigtenzahlen in drastischer Weise senken. Das hat sich Horten mit dem Bahnhof-Kaufhaus vorgenommen. 700 qm Verkaufsfläche sind geplant; die sollen mit zehn Mann Personal geführt werden. 1977 war bei der Horten AG die Verkaufsfläche pro Beschäftigten 20,8 qm, 70 qm soll sie in dem Bahnhof-Kaufhaus betragen. Bei solchen Zahlen ist eine Ausdehnung der Ladenschlußzeiten lohnend für die Horten-Kapitalisten.

Sie haben schon 100 weitere Bahnhöfe ins Auge gefaßt, unter anderem den Hauptbahnhof Hamburg. Der Kaufhof eröffnet im neuen Bahnhof Hamburg-Altona 1979 ein Warenhaus. Sind die Ladenschlußzeiten durch solche Bahnhof-Kaufhäuser aufgeweicht, gebietet es die Konkurrenz, sie überall auszudehnen. Womit sie zu rechnen haben, ist allerdings der Kampf der Beschäftigten im Einzelhandel.

Eine DAG-Umfrage 1977 zum Ladenschlußgesetz hat ein eindeutiges Ergebnis gebracht: 81243 Beschäftigte im Einzelhandel nahmen an der Fragebogenaktion teil, 97,51% lehnten jede Ausdehnung der Ladenschlußzeiten ab, weil es für sie Überstunden und Schichtarbeit bedeutet.

Der Hamburger Landesvorstand der FDP tritt frech gegen den Kampf der Beschäftigten im Einzelhandel auf und fordert Öffnung der Läden donnerstags und freitags bis 20.30 Uhr „im Interesse von Millionen von Berufstätigen", für die das geltende Ladenschlußgesetz mit seinen „verbraucherunfreundlichen Regelungen zum Streß der Arbeit den Streß des Einkaufs" bringe. Aber wer kauft denn so spät noch ein, das sind diejenigen, die Überstunden und Spätschicht arbeiten müssen. Die Kapitalistenklasse, die die enorme Ausdehnung des Arbeitstages betreibt, will alle Unterschiede zwischen Tag und Nacht – wie z.B. Ladenöffnungszeiten – verwischen, um Widerstände gegen Nacht- und Schichtarbeit zu brechen. Dagegen können sich die Beschäftigten im Einzelhandel mit den Beschäftigten in der Industrie zusammenschließen im Kampf für den Siebenstunden-Normalarbeitstag bei ausreichendem Lohn und für das Verbot von Nacht- und Schichtarbeit. – (Bezirk Hamburg-Unterelbe)

Mit dem 4%-Stahlabschluß soll die Exportoffensive verstärkt werden

Das ist der Grund für die Zustimmung der Gewerkschaftssozialdemokratie

Wir haben nach den Argumenten gesucht, die die verantwortlichen sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer vorbringen, um den 4%-Abschluß in der Stahlindustrie zu rechtfertigen. Sie haben keine oder wagen es nicht, diese Argumente schwarz auf weiß niederzuschreiben.

Die entscheidenden Gründe dafür, daß die Stahlkapitalisten überhaupt von ihrer ultimativen Forderung nach 6 Monaten Lohnpause und 3,5% für die restlichen 6 Monate abgerückt sind, die Warnstreiks der Stahlarbeiter und der 7%-Abschluß der Hafenarbeiter nach einwöchigem Streik, werden nicht erwähnt. Das ist verständlich. Dann würde gleich in die Augen springen, daß die Behauptung, mehr als 4% sei nicht „drin" gewesen, natürlich nicht stimmt.

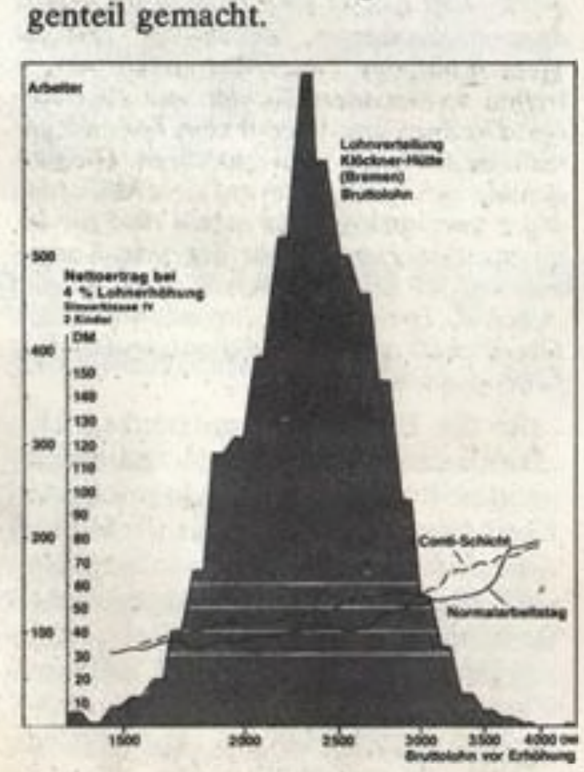
In den Tarifinformationen 4 für die Beschäftigten der Eisen- und Stahlindustrie Nordrhein-Westfalens schreiben die Bezirksleiter Kurt Herb (Essen), Werner Schmidt (Hagen), Karl Heinz Bräuer (Köln) und Bernhard Koks (Münster) von einem „akzeptablen Tarifabschluß", für den sich die Tarifkommission bei Minister Farthmann bedankt hätte. Das steht in der Überschrift und dann kommt kein einziges Argument, inwiefern die vier Prozent akzeptabel sein sollen. Vielmehr wird die Behauptung im Text einfach mehrmals wiederholt. Ein „annehmbares Tarifergebnis" hätte erzielt werden können. „Dieses kam zustande, nachdem die Große Tarifkommission der IG Metall beim Vorstand die Urabstimmung beantragt hatte und kurz danach der nordrhein-westfälische Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Professor Friedhelm Farthmann, ein Vermittlungsgespräch angeboten hatte."

Die Bezirksleiter führen dann die Ergebnisse der Verhandlungen und des Vermittlungsgespräches auf. Das sind neben den 4% die sogenannte Lohn- und Gehaltssicherung, die Übernahme des Altersklassenschlüssels aus dem Lohnrahmentarifvertrag in das jeweilige Lohnabkommen und der Monatslohn. Sodann würdigen die Bezirksleiter das Ergebnis. Es hätte „drei materiell bedeutsame Teile". Die 4% werden unter diesen drei materiell bedeutsamen Teilen" nicht erwähnt. So kommen die Bezirksleiter aber auch statt der angekündigten drei nur auf zwei „materiell bedeutsame Teile": „Allein die Lohn- und Gehaltssicherung ist ein tarifpolitischer Meilenstein, denn erstmalig wurden überhaupt Löhne und Gehälter bei betrieblichen Maßnahmen über einen längeren Zeitraum gesichert. Dies hat vor allem wegen der noch nicht abgeschlossenen Umstrukturierungsmaßnahmen in der Eisen- und Stahlindustrie erhebliche Bedeutung. Die Einführung des Monatslohns ist ebenfalls in der Tarifgeschichte ein bislang einmaliger Abschluß. Denn mit der Einführung des Monatslohns werden die Unterschiede zwischen Arbeitern und Angestellten im Arbeitsleben abgebaut. Das macht diese Vereinbarung zu einem sozialpolitisch wichtigen Instrumentarium. Damit wurde die Grundlage dafür geschaffen, einen gemeinsamen Entgelttarifvertrag für Arbeiter und Angestellte zu erreichen."

Nachdem die Bezirksleiter also nur zwei „materiell bedeutsame Teile" herausgefunden haben und darauf spekulieren, man würde über ihren Schönrednereien das Einmaleins vergessen, kommen sie zu dem Schluß: „Insgesamt wurde somit durch die Vermittlung von Minister Farthmann ein optimales Ergebnis erzielt, was die Tarifkommission auch in einem Dank an Farthmann aussprach." Das Kunststück ist vollendet: zwar sind statt drei nur zwei „materiell bedeutsame Teile" herausgekommen, aber aus dem „akzeptablen Tarifabschluß", der in der Überschrift behauptet worden ist, haben die Bezirksleiter inzwischen ein „optimales Ergebnis" gemacht, das dem Regierungssozialdemokraten Farthmann zu danken ist.

Daß die vier Prozent „materiell bedeutsam" seien, wagen die Bezirksleiter nicht zu behaupten, kommt doch für kaum einen Stahlarbeiter bei diesem Abschluß selbst bei Berechnung aller Zulagen mehr als 50 DM netto im Monat heraus. Das reicht noch nicht einmal, die letzte Mieterhöhung auszugleichen. Von „Inflationsausgleich" in diesem Zusammenhang zu reden, wäre der reine Hohn. Nichts wird ausgeglichen. Jede Preiserhöhung wird direkt an die Substanz des Lohns gehen, d.h. mit einer direkten Verschlechterung der Existenzbedingungen verbunden sein. Das Ergebnis des wachsenden Verschleißes der Arbeitskraft verschafft sich der Kapitalist sowieso gratis.

Materiell bedeutsam sei die Lohn- und Gehaltssicherung. Dabei haben die Verhandlungsführer den Kapitalisten gegenüber x-mal versichert, die Lohn- und Gehaltssicherung sei „kostenneutral". Das stimmt. Sie wäre selbst dann „kostenneutral", wenn es eine wirkliche Lohn- und Gehaltssicherung wäre. Davon kann jedoch keine Rede sein. Gesichert wird der bisherige Lohn oder das Gehalt bei Versetzung auf einen schlechter bezahlten Arbeitsplatz für 7 Monate, bei Veränderung des Arbeitsinhalts oder „Wegfall des Arbeitsplatzes" auf 12 Monate. Erstens gibt es vielfach entsprechende betriebliche Vereinbarungen, zweitens basiert das ganze Abkommen auf der kapitalistischen Lohntheorie, der Kapitalist würde die Arbeit bezahlen: auf einem schlechter bezahlten Arbeitsplatz würde eben weniger gearbeitet, weshalb die schlechtere Bezahlung gerechtfertigt sei. Tatsächlich werden die Reproduktionskosten der Arbeitskraft, die der Kapitalist dem Arbeiter höchstens bezahlt, durch innerbetriebliche Versetzungen nicht geringer. Bei all diesen Versetzungen handelt es sich um Mittel der Kapitalisten, den Preis der Ware Arbeitskraft unter ihren Wert zu drücken. Diesen Absichten können die Arbeiter am ehesten noch mit einem ausreichenden Tariflohn und durch Streichung der unteren Lohngruppen einen Riegel vorschieben. Mit ihrem 4%-Abschluß hat die Gewerkschaftssozialdemokratie aber gerade das Gegenteil gemacht.



Der Monatslohn besteht darin, daß die Arbeiter ihren Lohn jeden Monat auf 174 Stunden ausbezahlt bekommen, basierend auf den „wiederkehrenden Lohnbestandteilen". „Materiell bedeutsam" an diesem Vertrag ist, daß den Kapitalisten jetzt tarifvertraglich das Recht zugestanden wird, die „variablen Lohnbestandteile" zusammen mit dem gleichmäßigen Monatslohn desselben *oder* des folgenden Monats auszubezahlen. Mit seiner Arbeit kreditiert der Arbeiter den Kapitalisten ohnehin. Der Arbeiter gibt seine Arbeitskraft einen ganzen Monat lang her und kriegt sie erst am Monatsende bezahlt. Einen Teil der Lohngelder kann der Kapitalist jetzt zwei Monate behalten und für sich „arbeiten" lassen. „Materiell bedeutsam", freilich, fragt sich, für wen.

Mit diesem Abschluß ist die Gewerkschaftssozialdemokratie nicht nur den westdeutschen Stahlarbeitern in den Rücken gefallen, sondern den Stahlarbeitern und damit den Arbeitern der Welt, die überall in harten Abwehrkämpfen gegen die Angriffe der Stahlkapitalisten und der Monopolbourgeoisie stehen. Jetzt können die Stahlkapitalisten so richtig darangehen, auf dem Weltmarkt ihren Konkurrenten an den Hals zu fahren. Die wiederum werden den Druck der Konkurrenz in noch schärferen Lohndruck umsetzen. Schon reden die Kapitalisten von „Belebungstendenzen" der Stahlkonjunktur. Belebt haben sich die Hoffnungen der Stahlkapitalisten mit diesem Abschluß, der ihnen nach der tatsächlichen Lohnpause von November bis Februar die weitere Ausbeutung billiger Arbeitskraft sichert, ihren Konkurrenten Weltmarktanteile abzujagen. Die Voraussetzung dafür ist allemal, daß sie erst den Arbeitern Lohnteile abjagen. Dem hat die Gewerkschaftssozialdemokratie jetzt wieder zugestimmt. Ihr eigentliches Argument für den Abschluß wagen sie nicht zu nennen, denn es ist kapitalistisch: den Konkurrenzvorteilen der westdeutschen Imperialisten zuliebe sollen die Arbeiter wachsender Ausbeutung unterworfen werden.

Die Bourgeoisie vergleicht den Abschluß mit dem Abschluß 1967/68. Betrübt stellt sie fest, daß es ihr damals schlankweg gelungen ist, eine Verlängerung des Tarifvertrages durchzusetzen. Tatsächlich bedeutet der jetzige Abschluß einen schlimmeren Betrug an der Arbeiterklasse als die damalige Tarifvertragsverlängerung. Verschärfung der Ausbeutung, Inflation und staatliche Ausplünderung bewirken, daß die jetzigen vier Prozent weniger sind als damals null. Aber man soll auch nicht vergessen, daß die Arbeiter auf den damaligen Betrug mit den Septemberstreiks geantwortet haben. Eine entsprechende Antwort setzt heute mehr politische Vorbereitung, mehr Organisation und höheres Klassenbewußtsein voraus. Eine Kampfpause gibt es nicht. Noch im Verlauf der jetzigen Tarifkämpfe kann sich für die Stahlarbeiter die Gelegenheit für die passende Antwort ergeben. Wenn die Automobilarbeiter von VW, von Daimler, Opel, Ford und BMW in der Metallindustrie die Mechanik der Lohnraubabschlüsse durchbrechen, dann werden die Stahlarbeiter sicher nicht bloß zusehen. Trotz Abschluß, die Rechnung bleibt offen. – (Z-Red.)

HDW Kiel Warnstreik

Kiel. Am Donnerstag, den 23.2.78, hat auf der Werft ein Warnstreik stattgefunden. Im Werk Süd, wo U-Boote gebaut werden, soll der Betrieb vollständig zum Erliegen gekommen sein. Auch im Werk Dietrichsdorf wurde in den meisten Betrieben gestreikt. Im Werk Gaarden ruhte die Arbeit in den Hallen 3,4,5,6 und 7. Auch in den neuen Werkstätten im Molengebäude wurde ab 10 Uhr 30 nicht mehr gearbeitet. 50 Kollegen von Bord des in Dock 8 liegenden Containerschiffes machten einen Zug zur Unfallstation.

Warnstreik auf der Jadewerft Wilhelmshaven

Wilhelmshaven. Am 23.2. streikten die Werftarbeiter der Wilhelmshavener Jadewerft im Anschluß an die Frühstückspause für ca. 20 Minuten. Ca. 80 Arbeiter gingen vor das Verwaltungsgebäude.

Warnstreik gegen 3%-Provokation

Hamburg. Am 23.2. legten 1.200 Kollegen der ersten Schicht der Blohm & Voss AG Hamburg die Arbeit für über eine halbe Stunde nieder und demonstrierten zum Verwaltungsgebäude gegen die 3%-Provokation der Kapitalisten. Spruchbänder wie „Volle Durchsetzung der 8%, mindestens 111 DM" wurden getragen.

200 Kollegen der Maihak legten die Arbeit nieder

Hamburg. Gegen die 3%-Provokation der Kapitalisten streikten am 23.2. bei der Firma Maihak 200 Kollegen (das ist die ganze Fertigung und Teile der Angestellten). Sie bekräftigten damit die Forderung „volle Durchsetzung der 8%, mindestens 111 DM".

Warnstreik bei C.H.F. Müller

Hamburg. Bei C.H.F. Müller (Röntgenmüller) legten die Arbeiter für 20 Minuten die Arbeit nieder zur Unterstützung der Verhandlungskommission und der Forderungen der IGM. Der Warnstreik richtete sich gegen die 3%-Provokation der Kapitalisten.

Tarifverhandlungen IGM-Nordverbund am 23.2. abgebrochen

Hamburg. Am 23.2. wurden die Verhandlungen seitens der IGM-Delegation abgebrochen. Die Kapitalisten unter ihrem Verhandlungsführer Detlefsen (Verband schleswig-holsteiner Metallindustrie) legten kein neues Angebot außer 3% vor. Telegramme, die die Forderung der IGM nach 8%, mindestens 111 DM und 50 DM für die Auszubildenden unterstützen, wurden u.a. von Betriebsrat und Vertrauensleutekörper der Siemens Hamburg gesandt.

Die große Tarifkommission soll am 1.3. über das Scheitern der Verhandlungen entscheiden.

Lehrlinge beteiligen sich am Warnstreik

Hannover. Sämtliche Lehrlinge bei VAW-Leichtmetall haben sich am Warnstreik am Donnerstag letzter Woche beteiligt. Die Lehrlinge in der Lehrwerkstatt waren in letzter Zeit hauptsächlich damit beschäftigt, für den Chef Kader eine Werkbank für zu hause zu bauen.

Tarifverhandlungen in Westberlin abgebrochen

Westberlin. Am 17.2. fand die zweite Tarifverhandlung in Westberlin statt. Die Metallkapitalisten boten 3% an, woraufhin die IGM-Tarifkommission die Verhandlungen abbrach. Die IGM-Tarifkommission bezeichnete das 3%-Angebot der Metallkapitalisten als Lohndiktat, der Metallkapitalistenverband wirft der IGM „Provokation" vor. Die Tarifkommission der IGM Westberlin hat beim Hauptvorstand das Scheitern der Verhandlungen beantragt.

IGM Hessen: Tarifverhandlungen gescheitert

Darmstadt. Am 20.2. hat die große Tarifkommission Hessen das Scheitern der Tarifverhandlungen beim Hauptvorstand der IG Metall beantragt. Die IG Metall fordert 8% und einen Vertrag zur Besitzstandssicherung, die Metallkapitalisten bieten 3%.

Warnstreik bei BBC

Eberbach. BBC-Eberbach. Warnstreik 21.2., 9.15 bis 10 Uhr. Die Beteiligung der Kollegen war unterschiedlich je nach Information. Manche Kollegen sagten, es sei schlecht organisiert worden seitens der IGM.

Mannheim. 2500 von 9400 Arbeiter streikten am 21.2. bei BBC-Käfertal eine halbe Stunde.

Streik bei Bopp & Reuther

Mannheim. Zum zweiten Mal legten die Arbeiter von Bopp & Reuther in diesem Tarifkampf die Arbeit nieder. Am 21.2. streikten 2600 von 2700 Beschäftigten.

Warnstreik Porsche Zuffenhausen am 23.2.78

Stuttgart. Am Donnerstag, den 23.2.78, legten 2500 Arbeiter bei Porsche für eine halbe Stunde die Arbeit nieder. Ca. 300 Arbeiter gingen dabei raus und zogen vor das Personalbüro.

BRD-Werften ergattern fetten Flottenauftrag

Mit Lohnsenkungen für die Werftarbeiter und zusätzlichen Subventionsprogrammen der Länderregierungen wollen die Werftkapitalisten in der Konkurrenz nach vorn

Laut „Kieler Nachrichten" stehen die westdeutschen Werften kurz vor Abschluß eines Kriegsflotten-Auftrags für den Iran, der die Vollbeschäftigung sichern soll. Denn sind doch zugleich etliche der großen Werften sowieso schon für 1978 voll ausgelastet mit hochwertigen Handelsschiffen. Allgemein wird das Gegenteil behauptet.

Die Bourgeoisie hat ein großes Interesse daran, den Tatbestand, daß ihre Werften international eine Spitzenposition einnehmen, zu verschleiern. Das liegt auf der Hand, wenn man sich entsinnt, daß noch jedes ihrer Flottenbauprogramme vor den imperialistischen Weltkriegen auf den heftigsten Kampf der Arbeiterbewegung gestoßen ist. Heute ermöglicht die Aufrechterhaltung des Scheins der „armen", „kränkelnden" und „von den wettbewerbsverzerrenden Maßnahmen der Konkurrenten hart bedrängten" Werftindustrie unter dem Motto der Arbeitsplatzsicherung die Durchsetzung des erneuten Flottenbaus möglichst ohne Widerstand der Arbeiterbewegung und damit zugleich die Durchsetzung von Gefängnisordnungen und schärfster Ausbeutung auf den Werften.

Die BRD sei „Schlußlicht beim Subventionswettlauf", lassen sie schreiben, um noch Steuergelder locker zu machen. Den wahren Kern sprach treffend der schleswig-holsteinische Verkehrsminister Westphal im Mai 1976 auf dem Deutschen Schiffbautag aus: „Im Ringen um Marktanteile und die längerfristige Sicherung der Arbeitsplätze sind zwar der erreichte Leistungsstandard, die Programmflexibilität und die bekannte Termintreue unserer Werften wichtige Aktivposten. Aber diese *langfristig* wirkenden Faktoren werden heute durch Kampfpreise insbesonder der japanischen Werften und dem Währungsgefälle aufgehoben. Eine Revision der deutschen Schiffbaupolitik ist unter diesen Umständen unumgänglich."

Dabei hatte der Bund schon immer subventioniert. Aber jetzt richtig: Seit 1977 17,5% der Neubaukosten als Zuschüsse, was jetzt für das laufende Jahr verlängert wurde. Die Länder vervollständigen gegenwärtig dies Subventionsprogramm. Bremen mit 100 Mio. DM als Investitionshilfen an die Werften. Hamburg mit 35 Mio. DM für Investitionen und Strukturverbesserungen. Niedersachsen mit 6,5 Mio. DM für Strukturverbesserungen und einem zusätzlichen Zuschuß in Höhe von 2% der Neubaukosten.

Dennoch, „Subventionsschlußlicht" im internationalen Reigen stimmt vollkommen nach unserer Durchsicht der entsprechenden Fördermaßnahmen auf dem Schiffbaumarkt. Alle Hauptkonkurrenten subventionieren ihre Werften in größerem Maße als die BRD. Nur, *trotzdem* haben die BRD-Werften im wesentlichen ihre internationale Spitzenposition nicht nur erhalten, sondern noch ausbauen können.

Es liegt daran, daß niemand den westdeutschen Werftkapitalisten in puncto gründlicher Ausbeutung ihrer Arbeiter etwas vormachen kann. Dieser Vorsprung wirkt nicht sofort, sondern – wie Westphal richtig sagt – langfristig. Die Konkurrenz zwischen den nationalen Werftindustrien kann nicht einfach frei herrschen. Alle Imperialisten müßten danach trachten, ihre Werften kriegsfähig zu erhalten. Aber die Konkurrenten der BRD sind im Nachteil, müssen höher subventionieren und das wirkt langfristig. Beginnen tut diese Wirkung jetzt schon: Bezüglich hochwertiger Stückgutfrachter, Container, Kühlcontainer und

RoRo-Schiffe sind die Werften der BRD derzeit dabei, ihre internationalen Konkurrenten Zug um Zug aus dem Rennen zu werfen. In London wurden jetzt als „bemerkenswerteste Schiffe des Jahres 77" die beiden Containerschiffe der dritten Generation „Table Bay" und „Resolution Bay" der AG Weser bzw. des Vulkan gewählt, weil sie in puncto Automatisierung, Fassungsvermögen und Schnelligkeit – worauf es beim Stückgutumschlag ja gerade geht – neue Maßstäbe setzten.

Die derzeitigen weiteren Subventionen der BRD zeigen, daß sie die Gunst der Stunde nutzen wollen. Haben auch einzelne Konkurrenten niedrigere Löhne, so doch keine derartige Auspressung der Arbeiter wie sie. Und an die Löhne wollen sie auch rankommen, wie das 3%-Angebot in der Tarifrunde zeigt. Das Werftensterben bei der Konkurrenz beginnt sich anzukündigen, wogegen die BRD-Werften jetzt mit dem iranischen Flottenbau „voll" ausgelastet seien. Mag sein, daß die eine oder andere westdeutsche Werft auch auf der Strecke bleibt – auch dazu dienen die staatlichen Suventionen – der Kern der Werftindustrie wird schlagkräftiger: Die Produktionsanlagen werden weiter umgewälzt

und die Ausbeutung weiter verschärft – nahezu alle Großwerften lassen inzwischen die Arbeiter im Programmlohn, dem perfektionierten Akkordsystem, schanzen – und überall wird an den Vorgabezeiten gekürzt und kurzfristige Kurzarbeitsperioden zur Steigerung der Arbeitsintensität genutzt.

Helmut Schmidt soll den Iran-Auftrag vermittelt haben. Mag sein, daß der Schah den Schmidt mag, aber sein eigenes Geld gewiß lieber. So heißt es in den „Kieler Nachrichten" denn auch gleich, die Löhne müssen ja niedrig bleiben, um den Flottenauftrag nicht noch an Holland oder Frankreich zu verlieren. Bei den Lohnverhandlungen haben die gleichen Kapitalisten 3% zwecks Ausbau ihrer Spitzenposition geboten. Bei HDW-Kiel, Blohm & Voss und auf der Jade-Werft haben die Werftarbeiter zur gleichen Zeit gestreikt. Die Lage ist danach. Am 1. März tagt die große Tarifkommission der IGM im Nordverbund. – (Zelle Bremer Vulkan)

Tarifverhandlungen werden weiter herausgezögert

Wolfsburg. Am 24.2. auf der zweiten Verhandlungsrunde wird verhandelt über Bezahlung der Mehrstellenarbeit und „Strukturbereinigung der Arbeitsbewertung". Hierzu wird ein Referent des Hauptvorstandes der IGM sprechen. Erst auf der dritten Sitzung am 2.3. wird über die Forderung insgesamt verhandelt, so daß offiziell der Vorstand auch erst hier ein Angebot vorlegen wird.

VW-Arbeiter gegen 4%-Abschluß in der Stahlindustrie

Salzgitter. Folgendes Telegramm wurde von neun Arbeitern aus dem VW-Werk Salzgitter an die Tarifkommission Stahl für Nordrhein-Westfalen geschickt: „Kollegen, bleibt hart. 4% auf den Bruttolohn sind Lohnsenkung. Macht es wie die Hafenarbeiter. 7% habt Ihr dann bestimmt auch nach einer Woche. Das nützt auch uns. Ohne Stahl wird kein Auto."

Streik zur Unterstützung der Hafenarbeiter war vorbereitet

Emden. Während des Hafenarbeiterstreiks – so berichtete uns ein Arbeiter – wollten sich die VW-Arbeiter dem Streik anschließen. In einer Schicht standen die Arbeiter vom Rohbau bereits fertig zur Demonstration, andere Abteilungen waren bereit, sich anzuschließen. Die Geschäftsleitung griff ein mit Flugblättern, in denen allen, die den Streik praktisch unterstützen, zum Streik aufrufen oder begünstigen würden, mit Entlassung gedroht wurde. Die Streikbereitschaft konnte damit zersetzt werden. Die andere Schicht hatte kurzerhand die Bänder abgestellt und wollte losmarschieren. Nach fünf Minuten haben die Meister die Bänder wieder in Gang gesetzt und ebenfalls gedroht: Über die fünf Minuten werde man hinwegsehen, aber wer jetzt nicht an die Arbeit gehe, werde entlassen.

„Im Kfz-Handwerk werden wir den Hund rauslassen"

Hamburg. Am letzten Donnerstag verließ die Tarif- und Verhandlungskommission der IG Metall für das Kfz-Handwerk Hamburg die Verhandlung. Die Kapitalisten, die zur Zeit volle Werkstätten haben und Überstunden schieben lassen (Opel-Dello, VW-Köster, Deutsche Renault), boten frech nur 50 Pfennig die Stunde an. Die Forderung der IG Metall ist: 9%, mindestens 76 Pfennig die Stunde, sowie Zuschläge, so daß es im Durchschnitt auf 1 DM mehr kommt. Von den 50 Pfennig wollten die Kapitalisten nicht runter. Auf der anschließenden Sitzung wurde die Stimmung der Kollegen klar: „Im Kfz-Handwerk lassen wir den Hund raus – volle Durchsetzung unserer Forderungen!". Anfang März findet eine Branchenversammlung der IG Metall statt (alle Mitglieder und Funktionäre), auf der beschlossen werden soll, ob die Tarifkommission das Scheitern erklärt und beim Hauptvorstand der IG Metall Urabstimmung für das Kfz-Handwerk beantragt. Die Sitzung findet am 1. März um 17.30 Uhr im DGB-Haus statt. Anschließend beschließt die Tarifkommission.

beim Hauptvorstand der IG Metall Urabstimmung für das Kfz-Handwerk beantragt. Die Sitzung findet am 1. März um 17.30 Uhr im DGB-Haus statt. Anschließend beschließt die Tarifkommission.

Beseitigung von Hemmnissen bei der Ausbeutung jugendlicher Arbeitskraft

Hamburg. In ihrem neuesten Jahresbericht 1977 stellt die Handelskammer Hamburg fest, daß die Zahl der Ausbildungsverträge in ihrem Bereich um 15% (gleich 1300) gestiegen ist. Nach ihren Berechnungen wird bis 1984 die Zahl der freiwerdenden Ausbildungsplätze geringer als die Zahl der Schulabgänger sein. Damit die jugendliche Arbeitskraft nicht durch Arbeitslosigkeit vergeudet wird, sondern frühzeitig der Ausbeutung durch die Kapitalisten zur Verfügung steht, fordert die Handelskammer: „ ... ausbildungshemmende Vorschriften müssen korrigiert werden ... In diesem Zusammenhang sind vor allem einige Bestimmungen des neuen Jugendarbeitsschutzgesetzes (hier sind Einschränkungen der Nacht- und Schichtarbeit für Jugendliche gemeint), des Schwerbehindertengesetzes sowie der Anrechnungsverordnung für das Berufsgrundbildungsjahr zu nennen. Auch die in den letzten Jahren stark gestiegenen Ausbildungsvergütungen" müßten gesenkt werden.

Arbeiter von SEL, Rastatt, ITT demonstrierten gegen geplante Werksstillegung

Rastatt. Durch die Innenstadt demonstrierten am Dienstag, den 21.2., dem Tag, an dem die ITT-Konzernleitung in Brüssel über die Stillegung des Werks beschließen wollte, achthundert Arbeiter von SEL zum Rathaus. Über ein Jahr lang wurde bis vor kurzem Kurzarbeit geschafft. 450 Arbeiter und Angestellte wurden seit Anfang 1976 herausrationalisiert. Gleichzeitig gingen im Mai letzten Jahres Jubelmeldungen durch die Wirtschaftspresse der Bourgeoisie: „SEL hat Musik in den Zahlen". Bei einem um 7,5% gesteigerten Umsatz und um 5% verminderter Belegschaft (fast 13% Erhöhung des Umsatzes pro Beschäftigten), schütteten sich die Aktionäre von SEL 1977 21% Dividende in ihre Taschen (von 73 Millionen Bilanzgewinn).

Anerkennung der Patriotischen Front durch die Bundesregierung!

Braunschweig. Auch die „interne Lösung", die die Imperialisten und das rhodesische Siedlerregime betreiben, kann nicht verhindern, daß der Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe und seine Vorhut, die ZANU, große Unterstützung bei den Massen finden. So wie hier in Braunschweig bei Aktionen gegen eine Kundgebung der Faschisten von der NPD und gegen eine Polizeiausstellung, die die ganze Woche im Kaufhaus Horten lief, wurden im Bezirk Aktionen zur Unterstützung des Aufrufs der ZANLA und für die Anerkennung der Patriotischen Front durch die Bundesregierung durchgeführt. Insgesamt wurden in der vergangenen Woche im Bezirk Südostniedersachsen 1118,62 DM gesammelt. Auch in den Betrieben, Schulen und Hochschulen wurde die Unterstützung des Aufrufs organisiert. So führten die Germanistikzellen des KSB in Göttingen ebenfalls in der letzten Woche eine Veranstaltung durch, die von 15 Kommilitonen besucht war, und auf der 250 DM gespendet wurden.



Jugendzentrum Posthornstraße

„Damla Genc" oder „Junger Tropfen" steht als Name auf der roten Fahne über der Tür des Jugendzentrums in der Posthornstraße in Hannover-Linden. Doch mit junger Tropfen hat sich was. Das Bier, das auf der Bar im vorderen Raum zu finden ist, stammt von der Bude nebenan. Auch mit der roten Fahne kann etwas nicht in Ordnung sein. Schon am Eingang hängen Zettel, wo auf deutsch und türkisch geschrieben steht: „Bist du 16, dann tritt ein, bis du's nicht, dann laß es sein." Drinnen hängen einige für's Rauchen, Dreck u.ä., die von den städtischen Sozialarbeitern stammen. Doch daran hält sich kaum wer von den meist türkischen Jugendlichen mit ihren deutschen Freundinnen. Es wird behauptet, was wirklich zieht, seien das zeitweilige oder dauernde Hausverbot und die willkürlichen Schließungen des Jugendzentrums. Die meisten haben kein eigenes Zimmer und hocken mit mehreren den Eltern auf der Pelle. Abends ist das Zentrum fast immer und am Wochenende immer zu. Im Sozialarbeiterraum, wo schwarz-rot-gold und türkische Fahne traut nebeneinanderhängen, kann man die Begründung hören: „Die meisten sind sowieso arbeitslos und hängen schon den ganzen Tag hier rum!" Für die Polizei Grund genug, um regelmäßig, insbesondere nach Fußballspielen der Jugendzentrumsmannschaft, auf dem Platz gegenüber dem Jugendzentrum zu kontrollieren und zu schikanieren. „Schlägereien" sind der Vorwand für diese Einsätze ebenso wie für die Einstellung des Bierverkaufs und die Hausverbote. Und es gibt kein Jugendzentrum in Hannover, wo nicht gerade aus diesem Anlaß versucht wurde und versucht wird, die polizeiliche und be-

Hausverbote. Und es gibt kein Jugendzentrum in Hannover, wo nicht gerade aus diesem Anlaß versucht wurde und versucht wird, die polizeiliche und be-

hördliche Kontrolle über die Jugend zu verschärfen. So ist das Jugendzentrum „Feuerwache" wegen einer Schlägerei bis zum 28.2. geschlossen und wurde aus demselben Grund die Kündigung einer Sozialarbeiterin aus dem „Glocksee" zum Jahreswechsel erzwungen. Als Grund für diese Auseinandersetzungen wird fast immer der „übermäßige Alkoholkonsum" angegeben. Dem hat Antje Huber jetzt den Kampf angesagt. Auf 200000 Broschüren, vertrieben über Brauereien, Kneipen und Discotheken, sollen Jugendliche die Frage beantworten: „Welcher Trinkertyp bis du?" „Verhaltensmuster und Einstellungen" sollen erkennbar gemacht werden. Doch wer seine „Einstellung" nicht ändern will, dem kann auch gegen den Willen seiner Eltern ein Erziehungsbeistand gestellt werden. Den „Säufer" ins Entzugsheim, der gemeinsamen Rebellion das Kreuz brechen, darum geht es. Deshalb ist Antje Huber auch nur gegen das unkontrollierte Trinken, kontrolliert schon und „junger Tropfen" auch. Oft verschwimmt der Feind und dann bekommt aus Wut der Kumpel eins vors Maul. Wut nicht nur über das auf der Straße liegen ohne Geld, die Öde von Billard, Krökeln oder Fernsehen unter Aufsicht im Jugendzentrum, oder die ganze Woche, inclusive Wochenende, Schneiderarbeit für ungefähr 100 DM und dann vielleicht kein Auftrag. Wut über die Schichtarbeit bei Telefunken und den Beschiß, den die Kapitalisten unter Ausnutzung der Sprachschwierigkeiten mit den Zulagen versucht haben. Doch häufig bekommen die Staatsorgane die Wut und die richtige Erkenntnis der Jugendlichen auch zu spüren. Mehrmals hat die Polizei schon vergeblich versucht, sich im unabhängigen Jugendzentrum Kornstraße einzumischen. – (KJB Hannover)

Sozialdemokraten kommen zur Sache

Neue Jugendpolitische Leitsätze der SPD Niedersachsen

„In der modernen technisierten Massengesellschaft gibt es eine Fülle von Gefährdungserscheinungen, denen der einzelne Mensch ausgesetzt ist. Diese Gefährdungen treffen insbesondere Kinder und Jugendliche. Die Familien sind nur zum Teil oder gar nicht in der Lage, sie abzuwehren. Die jungen Menschen mit ihrem auf viele Milliarden Mark geschätzten Taschengeld sind für Industrie und Handel sehr begehrte Konsumenten ... Eine besondere Rolle spielen Alkohol, Drogen und Jugendkriminalität. Gesellschaft und Staat sind aufgerufen, hier helfend einzuwirken".

So die Einleitung von Punkt VII – „Besondere Gefährdungssituationen" in der von dem Sozialdemokraten Kreibohm rechtzeitig zur Eröffnung des Landtagswahlkampfes in Hamburg und Niedersachsen herausgegebenen Broschüre „Jugendpolitische Leitsätze" der SPD. Unter Punkt I. „Grundlagen" ist die Absicht angedeutet:

„Darüberhinaus wird Jugendpolitik immer dann mitgestaltend wirksam, wenn in anderen Sachzusammenhängen die Situation oder die Interessen junger Menschen zu berücksichtigen sind. Die jungen Menschen ... (sollen ... in die Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft hineinwachsen", „die staatsbürgerlichen Pflichten verstehen".

Im weiteren kommen Kreibohm und der „Arbeitskreis Jugend und Sport, der viel Zeit und Mühe geopfert hat" dann zur Sache. Den milliardenschweren Jugendlichen muß „geholfen" werden, dazu sind sie zu befreien von ihren für die „fortschrittlichen jugendpolitischen Maßnahmen" einer verrotteten Klasse unfähigen Familien, die noch zu gut in Erinnerung haben, daß auf das Anschwellen des Arbeitslosenheeres die nächste Antwort der Bourgeoisie vor und erst recht nach 1933 der Arbeitsdienst und das Pflichtjahr waren; daß die Hitlerfaschisten den Kampf um das Recht auf gewerkschaftliche und politische Organisierung umgebogen haben in die Zwangsmitgliedschaft bei der Hitlerjugend und dem BdM. Die Jugend muß zur Räson gebracht werden, dazu ist Isolierung erforderlich von den Kampferfahrungen der alten Arbeiter, wie sie auch getrennt werden müssen von den jüngeren Arbeiterfamilien, die noch teilgenommen haben an den großen wirtschaftlichen und politischen Kämpfen nach dem Krieg. Per Beschluß und Verordnung läßt sich das in großem Maßstab gegenwärtig nicht durchführen. Per „Beratung", „Hilfe und Schutz", mit geheucheltem „Verständnis für die Probleme der jungen Menschen" sollen die erforderlichen Maßnahmen eingeleitet werden. Um die Jugend zu zwingen, Probleme „auf eine gesellschaftlich anerkannte Weise zu lösen", wollen die Sozialdemokraten eine „unnötige" Kriminalisierung der Jugend vermeiden; Modelle entwickeln ..., die dem Jugendrichter ermöglichen, pädagogisch sinnvolle Entscheidungen zu treffen", z.B. „Ausbau des sozialen Hilfsdienstes; Aufbau eines Netzes von Jugendberatungsstellen".

„Besondere Aufmerksamkeit ist dem Ausbau der Erziehungsbeistandschaft als einer besonders intensiven Form sozialpädagogischer Beratung und Unterstützung zu widmen ... zum Wohle des Kindes in das elterliche Erziehungsrecht eingreifen" und „... fällt es in die besondere Verantwortung von Staat und Gesellschaft, Erziehungsmängel, Verhaltensstörungen und Behinderungen frühzeitig zu erkennen; je jünger das Kind ist, desto nachdrücklicher ist der Aufbau einer neuen Familienbindung anzustreben ... den bisherigen Eltern dürfen weitere Kontakte zum Kind nur gestattet werden, wenn seine Entwicklung dadurch nicht gestört wird; neben der Erziehung in der Familie hat auch die Erziehung im Heim oder Internat ihre Bedeutung."

Dies sind nur Auszüge aus dem durch und durch abgefeimten und reaktionären Programm der Sozialdemokraten, für die Kreibohm und die niedersächsische Landtagsfraktion zeichnen.

Gut kann sein, daß die Sozialdemokraten nicht nur über die Veröffentlichung ihrer kühnen und zutiefst finsteren Absichten nicht hinauskommen, sondern auch eine ganze Reihe von Mitgliedern in ihren Reihen gezwungen sein werden, sich von diesem Programm zur vollständigen Entrechtung der Jugend und der Arbeiterklasse insgesamt zu distanzieren. – (N-Red.)

Gewaltiger Propagandarummel für und gegen die kooperativen Gesamtschulen

Gewaltiger Propagandarummel für und gegen die kooperativen Gesamtschulen

Der verlogene Streit wird genutzt für den Kampf um die Einheitsschule

Münster. Seit dem 16.2. läuft das von der CDU angekurbelte Volksbegehren gegen die Kooperative Schule. Am 28.2. soll es abgeschlossen werden. 2,4 Mio. Stimmen braucht die CDU, soll das Volksbegehren durchkommen. Trotz Jubelmeldungen in den „Westfälischen Nachrichten", fragt man einzelne Wahlhelfer von der CDU, sind selbst die skeptisch, ob die notwendige 20%-Marke erreicht wird. Bisher haben sich laut Schätzung 1,4 Mio. in die Listen eingetragen. Das genaue Ergebnis ist nicht bekannt. Zwischenbilanzen werden vom Innenminister (NRW) untersagt, da „im Falle des Volksbegehrens anders als bei Wahlen Mitteilungen über die Höhe der Beteiligung identisch sind mit der Mitteilung über inhaltliche Entscheidungen einer bestimmten Anzahl von Bürgern "

Die SPD hat allen Grund, die Bekanntgabe der Stimmen zu fürchten. Sie weiß, daß ihre imperialistische Bildungsreform unter den Massen verhaßt ist. Kultusminister Girgensohn (SPD) zu den Plänen, die die SPD mit der Koop verfolgt: „Wir haben die ländlichen Schulen aus ihrer provinziellen geistigen Enge geholt, die Unterrichtsinhalte modernisiert und gelehrt, wie unser rohstoffarmes Land mit seinen Fachkräften andere Völker tolerant und verständnisvoll zu nehmen hat." (Auf einer Veranstaltung in Münster) Dieses Programm läßt sich den Massen nicht als Fortschritt verkaufen, sie haben damit bereits Erfahrungen. Die Mehrzahl der Stimmen gegen die Koop sind deshalb Stimmen gegen die bürokratische Bevormundung und Unterdrückung, gegen Spaltung und Schikane, der die Jugend der Lohnabhängigen in den Schulen unterworfen wird und die mit Einrichtung von sogenannten „kooperativen Schulzentren" verschärft werden soll. Fragt man nach den Gründen, warum gegen die Einrichtung von Koop-Schulen gestimmt wird, bekommt man Antworten wie: „Weil wir Eltern dann überhaupt nichts mehr zu sagen haben. Die Kinder werden auf irgendeine Schule aussortiert, und damit basta." „Zwei Jahre lang Tests in der Orientierungsstufe, möglichst jede Woche, und dann noch die Aufteilung in Kurse, das sollen unsere Kinder nicht mitmachen." Noch teurer wird die Koop-Schule kommen, und die Unterdrükkung wird verschärft. Das ist die Meinung der meisten. „Schon jetzt sind die Schulwege zu lang, jährlich müssen neue Schulbücher angeschafft werden, und lernen tun die Kinder immer weniger, das ist doch jetzt schon schlimm genug."

Die CDU greift die Empörung unter den Massen über die staatliche Bevormundung und Unterdrückung der Jugend, über die gnadenlose Konkurrenz, in die die Jugendlichen getrieben werden, mit dem Volksbegehren gegen die Koop auf. So hat z.B. die Bürgeraktion „Stop Koop" in einer ihrer Propagandaschriften einen Postboten abgebildet, den sie sagen läßt: „Und ich kann wieder massenhaft Blaue Briefe schleppen. Für mich ist klar, einschreiben in die Liste." Die CDU tritt auf als Anwalt der Massen. Gegen „Schulfabriken". „Die Hauptschule darf nicht zur Nebensache werden", mit diesen Parolen gehen die CDU-Politiker auf die Straße.

Nur, die Debatte über die Koop-Schule entwickelt sich in eine andere Richtung, als den Bourgeois-Politikern lieb sein kann. Trotz dem enormen Propagandarummel, den die CDU entfaltet – der Zustrom zu den Eintragungslokalen ist nicht wie erwartet und muß häufig genug mit Tricks erzwungen werden. Stoßzeiten, berichten die „Westfälischen Nachrichten", sind z.B. sonntags nach dem Kirchgang. Aus verschiedenen Krankenhäusern im Umkreis von Münster, z.B. aus dem Krankenhaus in Greven, wird berichtet, daß den Patienten die Urnen quasi ans Bett geschleppt werden, damit sie sich ja eintragen. In der täglichen Anzeigen-Kampagne in der „Münsterschen Zeitung" von der Bürgeraktion „Stop Koop" sind wohl die Namen von Richtern, Professoren, Ärzten, Schulleitern und Pfaffen vertreten, Arbeiter finden sich dort kaum, die ihren Namen für die Kampagne hergeben wollen. Wenn sie sich in die Listen eintragen, dann aus anderen Beweggründen, als das ganze Bourgeoispack, das unter der Fahne „Das Bewährte sichern" für die Erhaltung des dreigliedrigen Schulsystems trommelt. Ändern, das wissen die Arbeiter, will die CDU nichts an der Schulunterdrückung. Überall dort, wo in den Debatten das Schulsystem insgesamt angegriffen worden ist, wo das Zensurensystem als Mittel zur Spaltung und zur Aussiebung der Jugendlichen als billige Lohnsklaven angegriffen wurde, haben sich auf der Straße rasch Trauben gebildet.

Der einzige Weg aus der „Schulsackgasse" besteht im Angriff auf das herrschende Schulsystem und dem Kampf für die Einheitsschule. – (Bezirk Münsterland/Emsland)

Westeuropäische Chemiekapitalisten einigen sich auf Kapazitätenabbau von 15% in der Chemiefaserproduktion

Die westeuropäischen Chemiekapitalisten haben sich Mitte Februar in Brüssel geeinigt, die Chemiefaserkapazitäten um 15% abzubauen. Geeinigt haben sie sich, daß die italienischen Monopole auf den weiteren Aufbau ihrer Kapazitäten von gegenwärtig 600000 jato (Maßeinheit zur Kapazitätsangabe) auf 900000 jato verzichten sollen. „Basis für den vorgesehenen Kapazitätenabbau sind die jetzt vorhandenen Anlagen. Alle an dem Plan Beteiligten sollen für die kommenden vier Jahre auf den Bau neuer Anlagen verzichten, lediglich die bestehenden Anlagen sollen modernisiert werden.“ (FAZ, 15.2.1978)

Dieses Modell ist Ausdruck der Überproduktionskrise des Kapitals in der Chemiefaserproduktion. Es ist gleichzeitig die Kennzeichnung der Ausgangslage in der Schlacht um den Weltmarkt und die Errichtung der Vorherrschaft in Westeuropa. Die großen Monopole haben im vergangenen Jahr mit einer gewaltigen Vernichtung von Kapital auf diese Überproduktionskrise reagiert. Die westdeutschen Monopole wie Hoechst und Bayer waren dabei führend. Die Einigung von Brüssel ist die Ankündigung der Chemiemonopole an die westeuropäischen Chemiearbeiter, eine gewaltige Entlassungs- und Ausbeutungswelle in Gang zu setzen.

Meldeten die Kapitalisten noch im vorigen Jahr den weiteren Aufbau von 1976 gleich 4,3 Mio.Tonnen auf 5 Mio. Tonnen bis Ende 1979 an, so lag die tatsächliche Produktion schon 1975 mit 2,6 Mio. Tonnen weit unter der vorhandenen Kapazität. 1976 sind 3,2 Mio. Tonnen gegenüber einer Kapazität von 4,3 Mio: Tonnen produziert worden. Die Kapitalisten geben für die Jahre 1975 und 1976 einen Verlust von 4,5 Mrd. DM, für 1977 von 2,5 Mrd. DM an. Diese Verluste wollten sie durch rigorose Vernichtung von brachliegendem Kapital wieder ausgleichen. Allein für die Produktionskette Fasern–Textilien–Bekleidung geben sie die Reduzierung der Belegschaften mit einer halben Million von 1971 bis 1976 an. In der Bundesrepublik und Westberlin wurde die Zahl der Beschäftigten im gleichen Zeitraum – nur für Faserproduktion – von 48700 auf 40200 reduziert bei gleichzeitiger Steigerung der Produktion von 785000 Tonnen auf 902000 Tonnen, was einen Anteil von 28% an der westeuropäischen Chemiefaserproduktion bedeutet. 1977 wurde die Produktion weltweit um 6% oder 700000 Tonnen gesteigert, wobei die US-Monopole einen Zuwachs von 9% oder 320000 Tonnen, die japanischen Imperialisten von 6% oder 90000 Tonnen und die westeuropäischen Monopole einen weiteren Rückgang von 5% oder 170000 Tonnen auf 3 Mio. Tonnen zu verzeichnen hatten.

Die Kapitalisten kommen zu dem Schluß, daß „die Chemiefaserproduktion wächst – aber auf Kosten der Europäer“.

Diese ungünstige Entwicklung soll dadurch geändert werden, „daß die Zahl der Arbeitsplätze bis 1985 in der Chemiefaserindustrie noch um 45,7% zurückgehen muß, in der gesamten Textilkette um ein Drittel.“ (Europa Chemie)

Seefelder, Vorsitzender des Kapitalistenverbandes der Chemischen Industrie, hat am 27.1.1978 auf dem traditionellen „Dämmerschoppen“ in seinem Referat zur Lage der westdeutschen Chemieindustrie gesagt: „Wir stehen mit dem Rücken an der Wand und beginnen Wirkung zu zeigen.“ Die Einigung von Brüssel ist ein Sanierungskompromiß zwischen den westeuropäischen Chemiemonopolen, um die Bedingungen für eine erneute Exportoffensive gegen die US- und japanischen Monopole sowie gegen den Aufbau einer nationalen Faserindustrie der Länder der Dritten Welt zu schaffen. Direkt nach dieser Einigung gehen sich diese Wölfe schon gegenseitig an die Gurgel. Die westdeutschen Monopole sind da besonders gierig. So bescheinigt die „FAZ“ den italienischen Monopolen „durch ihre auf Subventionen auf Steuergelder gestützte Preispolitik zu der Verlustsituation am europäischen Markt maßgeblich mitbeigetragen zu haben. Sie haben in jüngster Zeit Polyester zu Preisen nicht nur unterhalb der Gestehungskosten der übrigen europäischen Produzenten, sondern auch unterhalb der eigenen Gestehungskosten verkauft.“ Deshalb sei es nur recht und billig, wenn sie ebenfalls ihre gegenwärtige Kapazität um 15% abbauen.

Die Vorherrschaft in Westeuropa werden die Monopole errichten, die die Sanierung am kraftvollsten durchführen. „Unser Erfindergeist war in der Vergangenheit fruchtbar, und es gibt keinen Anlaß, für die Zukunft zu zweifeln.“ (Seefelder). Rigorose Vernichtung von brachliegendem Kapital, Lohnpause für die Arbeiter, Erneuerung des Produktionsapparates zur verschärften Aubeutung, das ist der Schlachtruf der Chemiekapitalisten gegen die Arbeiter, um eine große Exportoffensive starten zu können. Nur der Klassenkampf der westeuropäischen Chemiearbeiter kann diesen Plan einschränken. – (Bezirk Westberlin)

Für 220 Mark mehr

München. Bisher 36 Beschäftigte bei Hertie und Kaufhof in München, davon die Mehrheit einer Abteilung im Kaufhof, unterstützen die Forderungen: 220 DM mehr Lohn für alle gleich! Keine Anrechnung auf die Effektivzulage! Streichung der Lohngruppe 1! 7-Stundentag bei vollem Lohnausgleich! 1500 DM Steuerfreibetrag! mit ihrer Unterschrift und fordern die Fachgruppe Einzelhandel der Gewerschaft Handel, Banken und Versicherungen auf, noch im Februar zu tagen, diese Forderungen zu beschließen und Kampfschritte zur Durchsetzung einzuleiten.

Überstundenvergütung gestrichen

Krefeld. Als Maßnahme, den Lohn der Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu senken und die Rationalisierungen voranzutreiben, wurden den Stationsschwestern der städtischen Krankenanstalten Krefeld die 300 DM mehr, die sie bis jetzt als Überstundenvergütung im Monat bekamen, ersatzlos gestrichen.

Teilnehmer eines ÖTV-Seminars für die Selbstverwaltung der Krankenversicherungen

Göttingen. 12 Teilnehmer eines Wochenendseminars der ÖTV zum Gesundheitswesen haben einstimmig verabschiedet:

„Das Seminar vom 17.-19.2. bei zwölf Teilnehmern lehnt das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz insgesamt ab und fordert entsprechend dem im ÖTV-Magazin 11/77 abgedruckten Antrag an den Gewerkschaftstag 1976 Nr. 536 aus Westberlin die völlige Selbstverwaltung der Krankenversicherungen durch die Versicherten.“

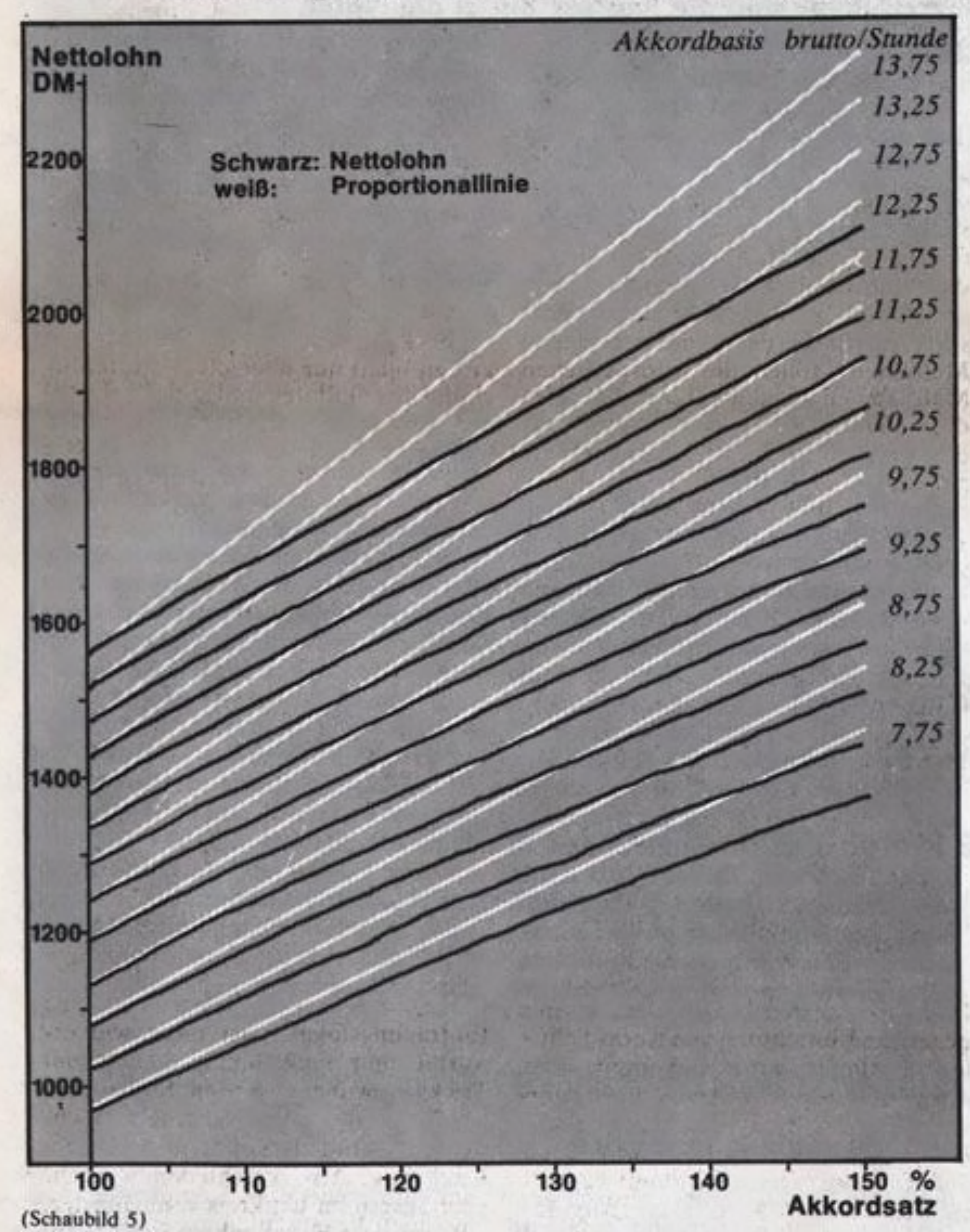
durch die Versicherten.“

Steuerprogression erzwingt Akkordprogression

Wie das Steuersystem das Akkordsystem schärft

Netto-Ertrag des Akkords für verschiedene Basislöhne

Netto-Ertrag des Akkords für verschiedene Basislöhne



(Schaubild 5)

Der sinkende Lohnstandard treibt nicht nur die Arbeiter, die ohnehin schon Akkord arbeiten müssen, zu höherer Akkordleistung, sondern er bietet den Kapitalisten auch die Basis, die Akkordarbeit auszudehnen. Zwar sind statistische Angaben über den Umfang der Akkordarbeit wohlweislich dürftig gehalten, aber soweit es sie gibt, weisen sie für alle die letzten Jahre eine Ausdehnung aus.

Es sind die dem Stücklohn eigenen Eigentümlichkeiten, die den Kapitalisten, wo immer möglich, zur Akkordentlohnung greifen lassen. Die Lohnform selbst zwingt den Arbeiter, seine Arbeitskraft möglichst intensiv anzuspannen. Dem Kapitalisten erleichtert dies, aus dem Arbeiter ein Maximum an Arbeitskraft herauszupressen und, indem dies für alle Arbeiter gilt, den Normalgrad der Intensität der Arbeit beständig nach oben zu schrauben. Bringen die Arbeiter einen höheren Akkordsatz, schon steht der Stopper da und die Akkordzeiten werden gekürzt. Der Arbeiter muß sich erneut mehr anspannen, will er eine Lohnsenkung verhindern. Der Arbeiter wird in seinen eigenen Antreiber verwandelt, und dem Kapitalisten wird Arbeitsaufsicht erspart. Die Konkurrenz der Arbeiter wird aufs äußerste geschärft; schindet sich der eine mehr, so kann er – zunächst – einen höheren Lohn bekommen, wohl wissend, daß die Akkordzeit verschlechtert wird, sobald der andere seinen Akkordsatz ebenfalls erhöhen kann. Es ist klar, daß diese Konkurrenzpeitsche um so mehr zur Wirkung kommt, je niedriger der Lohnstandard ohnehin.

All dies ist so, seit die Kapitalisten den Stücklohn entdeckt haben. Relativ neu sind demgegenüber die Ergänzungen dieses an sich schon widerwärtigen Entlohnungssystems durch Lohnabzugsverfahren und Steuerprogression. Treibt das bloße Akkordsystem den Arbeiter schon zu äußerster Intensität der Arbeit an, so treibt die Steuerprogression im Verbund mit dem Akkordsystem im Verhältnis zum notwendigen (Netto-)Lohn zur progressiven Zunahme dieser Intensität.

Trotz Erhöhung der Akkordschinderei bleibt die Steigerung des Nettolohns hinter dem Akkordsatz zurück (vgl. Schaubild 1). Um den Nettolohn um sagen wir 10 Prozent zu steigern, müssen nicht 10, sondern etwa 17 Prozent mehr an Akkordleistungen aufgebracht werden (Schaubild 2). Und bei

höherem Akkord-Basislohn ist die verlangte Differenz noch größer. Die 7

höherem Akkord-Basislohn ist die verlangte Differenz noch größer. Die 7 Prozent mehr an Akkordleistung steckt der Staatsapparat ein – und der Kapitalist hat auch seine Freude daran, denn der Arbeiter liefert ihm ja 7% mehr an Akkord, als er ihm ohne Dazutun des Staatsapparates abzwingen könnte. Der einzelne Kapitalist und der Staatsapparat seiner Klasse ergänzen sich so aufs Herzlichste. In die Staatskasse fließt höhere Steuer, und dem Kapitalisten bringen die 7 Prozent zusätzlichen Profit. Im Verhältnis zu seinem konstanten Kapital kann er mehr lebendige Arbeit auspressen und also sich mehr Mehrarbeit aneignen.

Für den Arbeiter ist die Wirkung umgekehrt. Ohnehin reicht das, was der Arbeiter durch den Zusatz von Akkordprozenten an Lohn gewinnt, nicht aus, seine überbeanspruchte Arbeitskraft in ausreichender Weise wiederherzustellen. Man kann nicht einfach ein Mehr an Arbeitskraft verausgaben und dies durch ein Mehr an Essen etwa wieder ausgleichen. Der Arbeiter setzt von seiner Lebenskraft zu. Und nun erst das Ganze, wenn mehr an Akkordprozenten verlangt wird als an Lohnprozenten herausspringt!

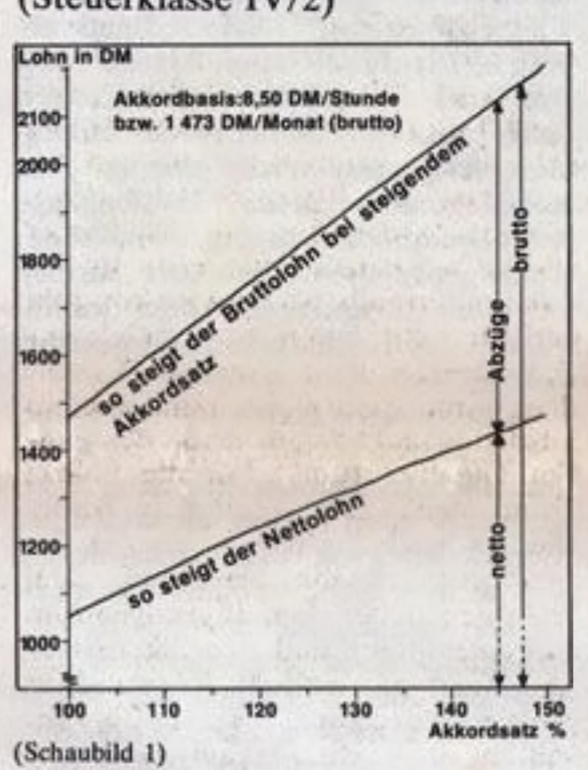
Schaubild 3 zeigt den Vorgang graphisch. „Proportionallinie“ haben wir die Linie genannt, die zeigt, wie der Nettolohn steigen müßte, würde er auch nur in gleichem Maße steigen wie der Akkordsatz. In Wirklichkeit steigt er langsamer. Der senkrechte Pfeil verdeutlicht den mit dem Akkordsatz steigenden Lohnabzug, der waagrechte Pfeil zeigt an, was an Akkordprozenten zugesetzt werden muß, um die staatlichen Lohnabzüge abzugelten. Mit jedem Akkordprozent mehr verausgabt der Arbeiter in *wachsendem Maße* Arbeitskraft, die dem Kapitalisten zusätzlichen Profit und der Staatskasse Steuergelder bringt. Dem Arbeiter aber bringt sie nur näher ans Grab.

Im Schaubild 5 läßt sich ablesen, wie sich die Sache bei verschiedenen Basislöhnen verhält – immer für Steuerklasse IV, zwei Kinder. Die Kurven zeigen einen jeweils um 50 Pfennig erhöhten Bruttostundenlohn. Man erkennt daran auch, wieviel man an Akkordprozenten zulegen muß, um denselben Nettolohn zu erhalten, wie er bei höherem Basislohn schon bei geringerem Akkordsatz ausmachen würde. Dieser Fall wird unweigerlich eintreten, wenn es den Kapitalisten gelingt, in den anderen Produktionszweigen Lohnabschlüsse entsprechend dem 4-Prozent-Abschluß in der Stahlindustrie durchzusetzen.

Natürlich würden solche Abschlüsse den Zwang zu höherer Akkordleistung verschärfen, und zwar erheblich. Denn es reicht nicht: für ein Prozent verweigerte Lohnerhöhung muß ein Prozent mehr Akkord zugesetzt werden. Nein, es steigt ja wiederum die Tributleistung an den Staatsapparat. So erzwingt die Steuerprogression die Akkordprogression. – (Z-Red.)

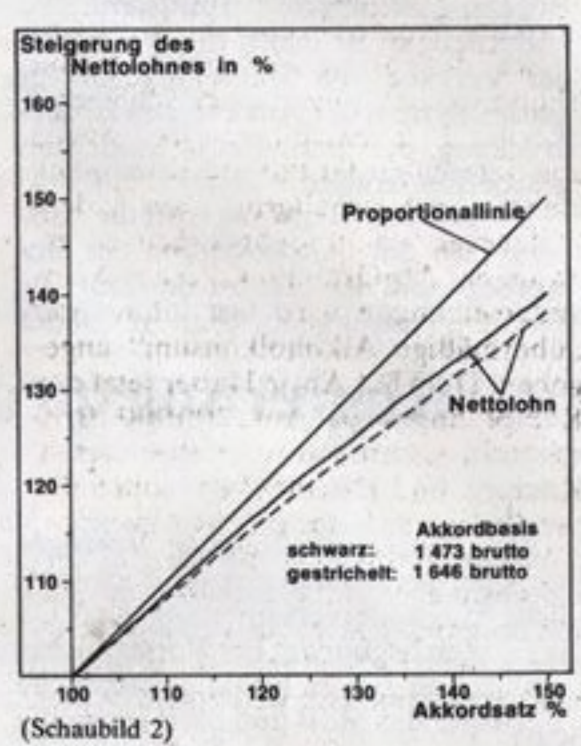
Brutto und netto beim Akkordlohn

Brutto und netto beim Akkordlohn
(Steuerklasse IV/2)



(Schaubild 1)

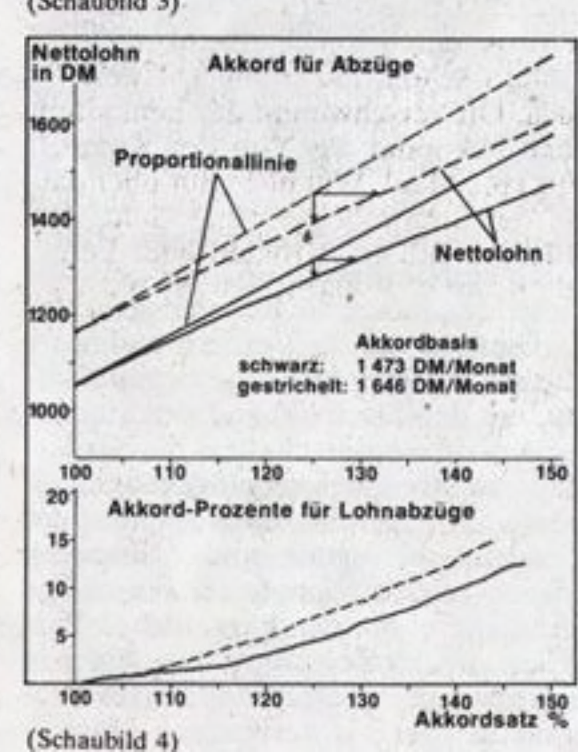
Immer mehr Akkordleistung für weniger Lohn-Prozente



(Schaubild 2)

Steuerprogression erzwingt Akkordprogression

(Schaubild 3)



(Schaubild 4)

... und soviel Akkordprozente sind den Lohnabzügen geschuldet.

Erzielung von Extraprofiten durch Ausbeutung von Behinderten

Herne. Nachdem die Schraubenfabrik Dorn im Januar mehr als 130 Arbeiter und Angestellte entlassen hat, „weil die Auftragslage zu schlecht und die Erträge gesunken seien“, wurde im Februar die Endkontrolle für zwei Schraubentypen in die Werkstatt für Behinderte in der Lanforthstraße verlegt. Die behinderten Arbeiter erhalten einen an der Stückzahl orientierten Lohn, der zwischen 12 und 20 Pfg./Std. liegt. Die Herner Kapitalisten, die Aufträge an die Behindertenwerkstatt vergeben, zahlen an den Landschaftsverband Westfalen-Lippe, den Träger der Werkstatt, wenn es hoch kommt, eine Mark Stundenlohn. Mit dem Extraprofit aus der Ausbeutung der behinderten Arbeiter halten sie sich konkurrenzfähig.

30%ige Erhöhung der Preise im Altersheim: Ein Beitrag zum „kostendeckenden“ Prinzip

Achim. Im „Modellseniorenzentrum“ Achim, das erst vor einem Jahr von Bundesminister Ravens eingeweiht wurde, wurden die Preise erhöht.

Ein-Zimmer-Wohnung: von 1350 DM auf 1500 DM gleich 11,1%; Zwei-Zimmer-Wohnung: von 2100 DM auf 2700 DM gleich 28,6%; Behindertenzimmer: von 1800 DM auf 2100 DM gleich 16.6%; Zimmer auf Pflegestation: von 2350 DM auf 2700 DM gleich 14,9%; Zimmer für leichtere und mittlere Pflegefälle: von 2150 DM auf 2400 DM gleich 11,6%.

Ein Vertreter der „Gesellschaft für paritätische Sozialarbeit“ Braunschweig, Träger des Seniorenzentrums, erklärte: „Die Zwei-Zimmer-Appartements waren in den letzten Monaten nur zu rund 40% belegt. Wir machen zwar als gemeinnützige Gesellschaft keinen Gewinn, aber wir müssen kostendeckend arbeiten. Deshalb bleibt uns nichts anderes übrig, als unsere Preise zu erhöhen.“

§ 218-Beratung: Gegenüber Wohlfahrtsverbänden vertrauensseeliger?

Holstein. Im August 1976 gab es in Schleswig-Holstein 17 anerkannte Beratungsstellen in den Kreisen und kreisfreien Städten, davon 2 Modellberatungsstellen in Rendsburg (Träger: Diakonisches Werk) und in Flensburg (Träger: Pro Familia). Hierzu sagte Sozialminister Claussen am 27.8.1976 in der schleswigholsteinischen „Landeszeitung“: „Es werden jedoch künftig mehr offiziell zugelassene Beratungsstellen im Land nötig sein“. „Dazu erklärte Claussen, besonders die Wohlfahrtsverbände sollten ‚ermuntert werden‘, ihre Zulassung als Beratungsstelle zu beantragen. Es habe sich gezeigt, daß hilfesuchende Frauen die amtlichen Stellen ‚nicht so gerne‘ aufsuchten“.

November 1977: die Gesamtzahl der Spitzelstellen beträgt 60, davon 43 amtliche und 17 von Trägern wie „Pro Familia“, Diakonisches Werk, Sozialdienst Katholischer Frauen, Arbeiterwohlfahrt, Humanistische Union, Mütterbildungswerk.

Mietstreik in Westberliner Studentenwohnheimen

Zum 1.1.78 hat das Studentenwerk Berlin die Mieten um 5 bis 10% in den Westberliner Studentenwohnheimen erhöht. Im Wirtschaftsplan 1978 des Studentenwerks, 5. Entwurf (Haushaltsantrag), sind aus dieser Mieterhöhung 502450 DM eingeplant. Das sind durchschnittlich 9,5% auf die bisherige Miete.

Gegen diese Mieterhöhungen haben sich sieben Selbstverwaltungen der größten Studentenwohnheime zur Zentralen Selbstverwaltung zusammengeschlossen und den Mietstreik organisiert. Im Januar haben sich von 3707 gezählten Mietern 1710 an diesem Mietstreik beteiligt. 860 haben überhaupt keine Miete bezahlt, 850 keine Mieterhöhung.

In den 19 Studentenwohnheimen des Studentenwerks wohnen 4579 Studenten, das sind 5,7% der Westberliner Studenten. Die Zimmer sind durchschnittlich 12 Quadratmeter groß und kosten durchschnittlich 7,50 DM pro Quadratmeter. 4400 der 5300 Studenten, die in Wohnheimen wohnen (außer dem Studentenwerk unterhalten Wohnheime: SPD, CDU, ev. Kirche, Hartmannbund), haben unter 500 DM monatlich zur Verfügung, davon 42% unter 400 DM (Rechenschaftsbericht des Vorstandes des Studentenwerks Berlin 1974/75).

Das Studentenwerk dient, solange es nicht von der Studentenschaft selbstverwaltet wird, der Ausplünderung und Unterdrückung der Studenten und der Mästung des Finanzkapitals. 9,8% der bisherigen Miete sind für Tilgung und Zinsen für Fremdkapital, Grundsteuern, Gerichts- und Anwaltskosten infolge von Mietstreitigkeiten und Berufsspesen.

Das Studentenwerk setzt auf die Armut der Studenten und hofft, mit Gebühren, Kündigungen und Prozessen die Einheit



gegen die Mieterhöhungen zu zerbrechen. Als eine Maßnahme dagegen und zur Festigung der Streikfront wollen einige Selbstverwaltungen jetzt in der Zentralen Selbstverwaltung durchsetzen, daß die vom Studentenwerk per Gericht erhobenen Mahngebühren von der nächsten Miete wieder abgezogen werden. In den Wohnheimen wird diskutiert, daß die Nichtbezahlung der Reproduktionskosten der Studenten grundsätzlich gelöst werden muß. Der Sprecher der Zentralen Selbstverwaltung ist auf Beschluß seiner SV zur VDS-MV nach Gießen gefahren zwecks Durchsetzung eines VDS-Beschlusses auf bundesweiten Streik im Sommersemester für 100 DM mehr für alle BAFöG-Bezieher, 1500 DM Elternfreibetrag, rückwirkend ab 1.10.76, uneingeschränktes Streikrecht, Anerkennung der Verfaßten Studentenschaft mit politischem Mandat, Satzungs- und Finanzhoheit.

Aus zahlreichen Studentenwohnheimen werden Telegramme an die VDS-MV abgeschickt, um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen. – (KHG Westberlin)

Prüflinge schließen sich gegen Prüfungsverschärfung zusammen

Heidelberg. Am Erziehungswissenschaftlichen Seminar der Universität wollen die Professoren die Prüfungsschraube weiter anziehen. Nachdem sie kurz vor Weihnachten einen Aushang rausließen, wo der Prüfungstermin vorgezogen wurde und die Bibliothek drei Wochen „wegen Umzug" geschlossen sein sollte, unterschrieben von etwa 35 bis 40 Prüflingen 28 (alle, die erreichbar waren) eine Erklärung, wo die Verlegung des Prüfungstermins gefordert wurde. Die Erklärung wurde per Einschreiben dem verantwortlichen Professor zugestellt und ihm ein Ultimatum gesetzt. Pünktlich zum Ultimatum hängte er eine Erklärung ans Schwarze Brett, daß er den Abgabetermin für die Magisterarbeiten um 14 Tage verlegen werde, die anderen Prüfungstermine entsprechend. Heraus kam dann, daß der Prüfungsausschuß den Termin selber schon verlegt hatte und der Professor jetzt um fünf Tage verlängerte. Darauf zogen sechs der Prüflinge zu ihm und stellten erneut die Forderung nach der Verlegung um die volle Zeit der Bibliotheksschließung. Ergebnis: offizieller Abgabetermin ist jetzt der 7. April und inoffiziell der 14. April.

Staatsvertrag über Vergabe von Studienplätzen

Auslese auf Einstellung zum Eigentum und Haltung zum imperialistischen Staatsapparat

Am 15. Februar hat die Kultusministerkonferenz der Länder einen Entwurf eines Staatsvertrages über die Vergabe von Studienplätzen verabschiedet. Der Entwurf ist den Ministerpräsidenten der Länder zur Beschlußfassung zugeleitet worden und soll mit dem Wintersemester 1979/80 in Kraft treten.

Was wird geändert? Seit den 60er Jahren bestehen die Zulassungsbeschränkungen zum Studium. Der Numerus Clausus ist bloß Ausdruck eines umfassenden Systems der Auslese. Auf der Grundlage des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 18.7.1972 wurde am 20. Oktober 1972 der bislang geltende Staatsvertrag über die Vergabe von Studienplätzen in Kraft gesetzt.

Das Bundesverfassungsgericht hat die Marschrichtung des Finanzkapitals zur Auslese seiner Unteroffiziere und Offiziere zwecks Antreiberei der Arbeiterheere angegeben und gesetzliche Regelung verlangt. „Die sonach grundsätzlich zulässigen Einschränkungen des Zulassungsrechts sind nur nur durch ein Gesetz verfassungsrechtlich statthaft" (Neue Juristische Wochenschrift 1972, S. 1564).

Die *bisherige* Regelung nach dem Staatsvertrag von 1972 hat eine Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen in Dortmund eingerichtet. Diese Zentralstelle bleibt beibehalten, ihre Befugnisse werden jedoch erweitert.

Der Numerus Clausus wird eingeführt, „wenn in einem Studiengang die Zahl der höchstens aufzunehmenden Bewerber festgesetzt und zu erwarten ist, daß die Zahl der Bewerber die Gesamtzahl der zur Verfügung stehenden Plätze übersteigt" (Art. 8 Staatsvertrag 1972). Eine Generalklausel sieht vor, daß Zulassungsbeschränkungen auch „aus Gründen der Hochschulplanung festgesetzt werden können", um beispielsweise „neue Studiengänge oder -methoden zu erproben" oder „den geordneten Aus- oder Aufbau oder die Sicherung der Funktionsfähigkeit der Hochschulen" zu gewährleisten.

All dies steht auch in dem Entwurf 1978, ebenso wie die Festlegung, daß die Höchstzahlen „nicht geringer angesetzt werden dürfen, als dies unter Berücksichtigung der personellen, räumlichen, sächlichen und fachspezifischen Gegebenheiten zur Aufrechterhaltung einer geordneten Wahrnehmung der Vorhaben der Hochschule in Forschung, Lehre und Studium unbedingt erforderlich ist." (Art. 9) Ist also bereits diese Regelung äußerst *flexibel* in der Möglichkeit, Studiengänge in die Numerus-Clausus-Regelung einzubeziehen und daraus zu entfernen, so ist durch das *Verfahren* der Vergabe von Studienplätzen ein ganzes System der Auslese und Unterdrückung der besitzlosen Studenten geschaffen worden.

Die *geltende* Regelung trifft die Auslese nach der „Qualifikation der Bewerber" und der „Dauer der Zeit, die seit dem Abitur verstrichen ist". Jeder weiß, wie die Notenschraube angedreht worden ist. War im Wintersemester 1975/76 bereits ein Notendurchschnitt von 1,6 für das Studium der Medizin erforderlich, so müssen die Studenten im Wintersemester 1977/78 einen Notendurchschnitt von 1,3 haben, um überhaupt als „Bewerber" um einen Studienplatz antreten zu können; bei Psychologie war es 1975/76 2,0, heute ist der Notendurchschnitt 1,7. Weiter ist im Staatsvertrag festgelegt, daß die Studenten grundsätzlich keinen Anspruch auf einen Studienplatz am Ort ihrer Wahl haben, sondern ihre Arbeitskraft an jedem beliebigen Hochschulort in der Bundesrepublik, der ihnen vorgeschrieben wird, vernutzen lassen müssen.

Nach dem Entwurf des Staatsvertrages 1978 wird all das *bleiben.* Bleiben wird auch, daß denjenigen Studenten, die durch Erpressung und weil sie sonst keine Aussicht auf Reproduktion sehen, sich haben zwangsverpflichten lassen, eine „größere Chance" auf einen Studienplatz zugestanden wird. „Diejenigen Beweber, die eine Dienstpflicht nach Artikel 12a GG (Zwangsverpflichtung in der Bundeswehr, Bundesgrenzschutz oder Zivilschutz, die Red.) erfüllt haben ... oder das freiwillige soziale Jahr geleistet haben, haben Vorrang." (Art. 11 Staatsvertrag)

Die *Änderungen* betreffen vor allem das *Ausleseverfahren.* Danach wird zwischen einem besonderen Verteilungsverfahren, einem allgemeinen Auswahlverfahren und einem besonderen Auswahlverfahren unterschieden. Das besondere Verteilungsverfahren läßt sich im wesentlichen damit zusammenfassen, daß, obwohl ausreichend Studienplätze vorhanden sind, das Bewerbungsverfahren durchgeführt wird, um hernach einen Studienplatz zu „garantieren". Es ist Betrug unter Beibehaltung der alten Schikane.

Das „allgemeine Auswahlverfahren" beläßt es bei der jetzt geltenden Regel, es ändert sich also nichts an dem Leistungsnachweis und Aussiebeverfahren. Das *„besondere* Auswahlverfahren" sieht „anstelle der bisherigen Wartezeit ein Feststellungsverfahren (vor), d.h. ein Verfahren, in dem die besondere Eignung der Bewerber für den gewählten Studiengang überprüft wird" (Presseerklärung der Kultusministerkonferenz). „Im Festellungsverfahren sollen grundsätzlich nicht die Kenntnisse festgestellt werden, die bereits Gegenstand der Bewertung in der Hochschulzugangsberechtigung sind; es soll dem Bewerber insbesondere Gelegenheit geben, in den bisherigen Abschlüssen nicht *ausgewiesene Fähigkeiten* und Kenntnisse nachzuweisen, die für den Studienerfolg von Bedeutung sein *können* ... Zu diesem Zweck können entsprechende Testverfahren durchgeführt und auf das Studium ausgerichtete, mit Leistungsnachweisen verbundene praktische Tätigkeiten bewertet werden." (Art. 16 Entwurf) Was sollen das für „Tests" sein?

„Die Teilnehmer am Feststellungsverfahren sind verpflichtet, die für die Erprobung und Weiterentwicklung des Feststellungsverfahrens erforderlichen Angaben über ihren Bildungsgang und ihre persönlichen und sozialen Verhältnisse zu machen ... Soweit erforderlich, sind weitere Angaben über den individuellen Studienverlauf ... zu machen." (Ebenda)

Versteht sich, daß diese Art von Auslese sich keineswegs auf die Auslese irgendwelcher wissenschaftlicher Fertigkeiten bezieht, sondern diese Auslese muß auf die rechte Einstellung zum Eigentum und die rechte Haltung zum imperialistischen Staatsapparat, der dieses Eigentum garantiert, gerichtet sein. Daneben will die Bourgeoisie die Studenten, versteht sich ohne Bezahlung, in einen Arbeitsdienst zur Begutachtung ihrer „praktischen Tätigkeiten" zwängen. Um nun die „wahrheitsgemäßen" Angaben der Bewerber zu erlangen, ist sowohl im Staatsvertrag 1972 als auch im Entwurf 1978 ein Bußgeld bis zu 1000 DM und der Entzug des Studienplatzes festgelegt. Der *neue* Entwurf sieht außerdem vor, daß die Studenten ihre Bewerbungsangaben eidesstattlich versichern sollen, das heißt, daß ein Strafverfahren wegen falscher Aussage gegen jeden Studenten eingeleitet werden kann. – (Z-Red.)

Steigerung des Notendrucks an den Hochschulen

Mit der Forderung nach Einspruchsrecht durch ihre gewählten Vertreter kämpfen die Studenten gegen die Prüfungsschikane und die Auslese durch die Noten

„Öffnung der Hochschulen" – das ist das Schlagwort, mit dem die Bourgeoisie in den letzten Jahren die zweite Welle der Hochschulreform eingeleitet hat. Nicht einfach mehr Studenten will sie an die Hochschulen – sondern mittels Verschärfung der Unterdrückung und der Konkurrenz unter den Studenten, bessere Auslese. Keiner von der Masse der besitzlosen Studenten wird freiwillig Antreiber, die Bourgeoisie versucht es durch Verschärfung der Prüfungen und Notenterror zu erreichen. An allen Fachbereichen der Universität Kiel und der Fachhochschule wurden in den letzten Jahren neue Studienordnungen eingeführt; mehr Pflichtveranstaltungen, benotete, statt vorher unbenotete Scheine, Anwesenheitspflicht.

An der Fachhochschule studieren die Studenten sechs Semester, drei im Grund- und drei im Hauptstudium. Aus der Zwischenprüfung vom Wintersemester 76/77 sind folgende Zahlen bekannt geworden:

In Pädagogik haben von 55 Teilnehmern neun eine Fünf erhalten, in Psychologie von 88 sieben eine Fünf und in Soziologie von 60 acht eine Fünf. Das Staatsexamen erreichten von 100 Studenten, die 1973/74 angefangen haben nur 68 im Jahre 1976/77. Der Rest ist vorher auf der Strecke geblieben, bzw. ist in den Prüfungsmühlen hängen geblieben.

In den letzten Jahren ist die Durchfallquote, die zur Grundlage die Fünfen und Sechsen hat, gewaltig angestiegen. Am Fachbereich Sozialwesen sind 1977 erstmalig sieben Studenten durch das Examen gefallen, vorher waren es höchstens ein bis zwei.

20 bis 30 Prüfungen müssen die Studenten im Maschinenbau im Hauptstudium ablegen, das sind zehn pro Semester. Am Fachbereich Sozialwesen hat man am Schluß des Semesters eine ganze Woche Prüfungen von morgens bis abends, bei unverschämten Schikanen: Taschen- und Ausweiskontrolle, Losverfahren, wer von den 90 Studenten auf welchem der 300 Plätze sitzen darf.

Unter dem Druck dieser Prüfungen und schlechten Noten soll den Studenten von Beginn des Studiums an das Genick gebrochen werden. Gibt es Diskussionen in den Lehrveranstaltungen, verweist der Dozent gleich auf die nächste Prüfung und daß mit den ewigen Debatten der Stoff nicht zu bewältigen sei. Der Druck der Noten und der Prüfung spaltet natürlich, obwohl der Wunsch nach Debatte und Kritik des Lehrstoffs groß ist. Zusätzlich wirkt der Notendruck als politisches Druckmittel. Wer nicht der herrschenden Lehrmeinung auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung entspricht, kriegt eine Fünf, von drei Examensarbeiten ist das in diesem Semester bekannt geworden.

Die Wirkung der Noten, auch wenn man nicht gleich durchfällt, kann man ermessen, wenn man sich die Arbeitslosenzahlen ansieht: von den beim Arbeitsamt arbeitslos gemeldeten Sozialpädagogen kamen auf 74 ganze 13 offene Stellen, auf 21 Sozialarbeiter kamen fünf offene Stellen. Die Planung sieht nicht viel anders aus: in fünf Jahren soll es 403 arbeitslose Sozialpädagogen geben. Auffüllen der industriellen Reservearmee, Zwang der Hochschulabsolventen, jede beliebige Arbeit zu jedem niedrigen Lohn anzunehmen, ist der Zweck.

Stingl, Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, hat das deutlich im „Uni-Berufswahl-Magazin" gesagt: „Wie andere Berufsangehörige auch, sind auch Akademiker bestrebt, zunächst eine ihren Fachkenntnissen entsprechende Stelle zu finden. Mit zunehmender Arbeitslosigkeit wird auch der Akademiker flexibler reagieren." Es liegt auf der Hand, daß die Forderung nach Abschaffung des Notensystems und der Fünfen und Sechsen, die an den Schulen immer stärker erhoben wird, auch beim Kampf der Studenten gegen die Absichten und Maßnahmen der Bourgeoisie eine wichtige Rolle spielt. – (Bezirk Holstein)

Regierungsprogramm oder Kampfprogramm gegen die Regierung

3. ordentliche VDS-Mitgliederversammlung in Gießen

Mit nahezu 30stündiger Verzögerung hat am Donnerstag die 3. ordentliche Mitgliederversammlung der VDS in Gießen begonnen. Per Vorstandsbeschluß und später bestätigt durch die Vertreter des MSB und SHB sowie die Mehrheit der von den Jusos getragenen ASten-Vertretern wurde dem neugewählten AStA der Universität Bremen die Stimmführung aberkannt und dem abgewählten revisionistischen AStA angedient. Der AStA der Universität Göttingen ließ sich seine Legitimität gar durch den Rektor per Telegramm bestätigen, nachdem die AStA-Koalition – bestehend aus KB Nord, Jusos, Sozialistischem Büro, SHB und Basisgruppe – ihm das Politische Mandat vor die Füße gelegt hatte.

Dies war nur die Vordergrundmusik für die Absicht der bürgerlichen Kräfte, die den Dachverband der Studentenschaften besetzt halten, die Niederlage im Streik des vergangenen Semesters, herbeigeführt durch Spaltung der Studentenbewegung und Mißbrauch dieser großen Kämpfe für botmäßige Andienerei bei den bürgerlichen Parteien und der Regierung, umzulügen in „großartige Erfolge" und dieses Programm der Unterwerfung fortzuschreiben und auszubauen.

Nichts zu zahlen und dennoch 877000 junge und gesunde Arbeitskräfte zur Verfügung zu haben, die man der mörderischen Konkurrenz und Auslese eines Hochschulstudiums aussetzen kann, Finanzierung der Ausbildung durch Plünderung der Eltern, das war die Absicht der Regierung, der durch den Streik Schranken gezogen wurden, die er aber nicht brechen konnte. Dieses Regierungsprogramm in das Programm der Studentenbewegung zu verwandeln, sind insbesondere und ausdrücklich die Jungsozialisten auf dieser Mitgliederversammlung der VDS angetreten. „Bei allen Forderungen und Aktionen im Bereich der materiellen Absicherung des Studiums und der sozialen Lage der Studenten ist eine illusionslose Betrachtung dieses Problems erforderlich", schreiben sie in ihrem Hauptantrag unter „Soziales / Öffnung der Hochschulen". Diese „illusionslose Betrachtung" sollen sich die Studenten aneignen durch die Einsicht, daß „unter den Bedingungen kapitalistischer Produktionsverhältnisse der Durchsetzung studentischer Forderungen Grenzen durch die Akkumulationsfähigkeit des Kapitals gesetzt sind". Die Steigerung der Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die Kapitalistenklasse, das soll das gemeinsame Anliegen der Studentenbewegung mit der Bourgeoisie werden. Und: „Mittel, die heute für die Förderung nach dem BAFöG, dem Kindergeldgesetz und dem Einkommenssteuergesetz für Ausbildungsförderung aufgewendet werden, zusammenzufassen und ausschließlich nach den in § 1 BAFöG normierten Grundsätzen zu verteilen", so ein Papier, auf dessen Grundlage die Jusos ihre Absichten ausfeilen. Streichung der vom Staat einbehaltenen Lohngelder in Form von Kindergeld, Entziehung weiterer Teile des Lohns der Arbeiterfamilien, deren Kinder studieren, als positives Programm der Studentenbewegung.

Da angesichts der Fortschritte, die die Regierung bei der Durchsetzung ihrer Pläne gemacht hat, bereits absehbar ist, daß die Widersprüche sich verschärfen und schier unbeschreibliche Prüfungsunterdrückung durch Regelstudienzeit und materiellen Druck entfaltet werden, wogegen die Kämpfe bereits geführt werden, finden sich als Ergänzung in den Anträgen der Jusos, des LHV und der Revisionisten die Forderungen nach Studienreform und Mitarbeit in den staatlichen Studienreform-Kommissionen, denen die Aufgabe zufällt, das Prüfungssystem und die Ausrichtung der Ausbildung zur ganzen Blüte zu bringen.

Kritik dieser Programme durch einen Vertreter der PH Westberlin, der am verabschiedeten Kampfprogramm festhielt, Verabschiedung eines Dringlichkeitsantrags gegen die geplante Räumung eines selbstverwalteten Studentenwohnheims in Heidelberg am 28. Februar, Beschlußfassung gegen die Prozesse gegen Gegner des Kernenergie-Programms in Grohnde, darin hat sich bisher auf der Mitgliederversammlung der Widerstand von Teilen der ASten gegen solcherlei Regierungs-Handlangerei ausgedrückt. Gefesselt wird dieser Widerstand durch Darbietung der Kapitulation vor dem sozialdemokratischen Regierungsnachwuchs und opportunistischen Anschauungen unter den Basisgruppen, angeführt durch Ali Schmeissner, bekannt durch seine Beschwörungsrede an das Demokratieverständnis Willy Brandts während des Streiks.

Bezahlung der Arbeitskraft zu erzwingen und Anerkennung der studentischen Vertretungen durch den Staat, das Recht auf Bildung von Koalitionen und Streik oder Festlegung der VDS auf Beförderung des Regierungsprogramms und damit Öffnung von Tür und Tor für die Zerschlagung der Studentenbewegung durch die Reaktion – die Ergebnisse der Mitgliederversammlung fällen so oder so darüber eine wichtige Vorentscheidung. – (Z-Red.)

Mit Hurra Wache schieben? – Die Soldaten kämpfen

Die Soldaten müssen an den Krieg gewöhnt werden mit all seiner Schinderei und ausgefeilten Unterdrückung. Tagelang sollst du schließlich im Schützengraben liegen. Mehr Arbeit wird daher aus den Soldaten herausgepreßt und weil die Soldaten nicht im Interesse ihrer Klasse denken und handeln sollen, werden die Methoden der Spaltung und Unterdrückung vervielfacht, verfeinert und geschärft. Schließlich – ein gedrücktes und schikaniertes Vieh soll herauskommen, das mit Hurra in den Krieg zieht.

Die Zusatzdienste und die Wachverschärfung sind solche Mittel. Teilweise sind sie vom Offizierscorps bis zu einer gewissen Perfektion ausgebildet. In der Friesenkaserne in Flensburg gibt es für 24 Dienststunden am Samstag oder Sonntag gerade einen halben Tag Dienstausgleich. Geregelt wird das durch ein Punktesystem, das am 1. Januar 1978 in Kraft getreten ist. „Anspruch auf Dienstausgleich besteht aber nicht. Dienstausgleich dient zur Erledigung weitgehend persönlicher Angelegenheiten. "Wie einen Knebel versucht die Kompanieführung das Punktesystem gegen die Soldaten anzuwenden. Sie hat folgende Bewertung aufgestellt, wobei die gesammelten Punkte von der Kompanieführung wieder nach Belieben abgezogen werden können. Dienstliche Haltung, Leistung: plus 5 bis minus 5 Punkte; Fachdienst, Innendienst, wie Reparaturarbeiten usw.: plus 10 bis minus 10 Punkte; Befreiung von der Nachtausbildung: minus 5 Punkte.

Für einen Tag dienstfrei braucht man 18 Punkte. Um das zu erreichen, muß ein Soldat an zwei Wochenenden Wache schieben. Ein ähnliches Punktesystem wurde im Mai 1977 beim PzArtBtl 75 in der Roettiger-Kaserne bei Hamburg eingeführt. Jedes kleine Dienstvergehen wurde mit Punkten bemängelt. In der Pommernkaserne in Fürstenau wurde Ende 1977 die Wachzeit geändert. Statt von 9.00 bis 9.00Uhr des nächsten Tages dauert die Wache jetzt von 18.00 bis 18.00 Uhr. Bisher haben sich die Soldaten bis 9.00 Uhr auf die Wache vorbereiten können und brauchten nicht mehr am Dienst teilzunehmen. Am drauffolgenden Tag hatten die Soldaten nach Beendigung der Wache meist bis Mittag wachfrei. Nach der Umstellung fällt die wachfreie Zeit jetzt in den normalen Dienst und die Soldaten müssen am normalen Dienst teilnehmen.

Im Fernmeldebataillon 6 in Neumünster wird jetzt zusätzlich zur gewöhnlichen Wache eine „Wachbereitschaft" aufgestellt. Jede Kompanie stellt zwei Soldaten für die Wachbereitschaft ab, die insgesamt sechs Soldaten umfaßt. Während der Woche schiebt die Wachbereitschaft nachts Wache und nimmt tagsüber am normalen Dienst teil, während sich die anderen Wachsoldaten am Tag wenigstens zwischen den Streifengängen ein wenig ausruhen können. Man sieht, überall ein bißchen Spaltung, hier ein Pünktchen, da ein Pünktchen, die Nachtwache kann nicht ruhen, die Tagwache ruht. Das Offizierscorps braucht einen heillosen Krach unter den Soldaten, um sie auf die Arbeiterklasse anderer Länder zu hetzen. Das Gegenteil tritt ein. Die Soldaten kämpfen.

Nachdem 45 Soldaten der Roettiger-Kaserne einen Brief an den BtlKdr Brauer geschrieben hatten, in dem sie sich für vollen Dienstausgleich für Zusatzdienste aussprachen, mußte er das Punktesystem wieder abschaffen. Auf einer Besprechung mit Vertrauensleuten wurde Brauer erneut mit der Forderung nach vollem Dienstausgleich konfrontiert. Der Kerl taktierte, er wollte den Ausgleich willkürlich regeln: „Für besonders gute Leistungen" und meinte, dieses Recht dürfe es für Soldaten wegen ihres „Auftrags" nicht geben. Weiter soll es nur Montagmorgen Dienstausgleich für GvD und UvD-Dienst vom Samstag auf Sonntag und einen Tag Ausgleich für eine Woche Bereitschaft geben. Die Mannschaft pfiff ihm was. Auf einer Mannschaftsversammlung der 3./75 wurde die Forderung nach vollem Dienstausgleich daraufhin mit Mehrheit angenommen. In einer Kompanie des Fernmeldebataillons 6 haben die Soldaten die Forderung „Weg mit der Wachbereitschaft" und „Voller Dienstausgleich für Zusatzdienste" beraten und den Vertrauensmann beauftragt, vom KpChef die Einberufung einer Mannschaftsversammlung zu diesem Thema zu verlangen. Der KpChef meint noch, dafür sei keine Zeit, aber die Soldaten werden nicht locker lassen mit ihrer Forderung.

Der Kampf gegen die Schikane durch Wachverschärfung und Zusatzdienste geht bis in die Reihen der Unteroffiziere und Feldwebel, die zu Wachhabenden und Offizieren vom Wachdienst eingeteilt werden. Es kommt häufig zu Absprachen zwischen ihnen und den Soldaten. In einer Lingener Kaserne haben sich Soldaten mit dem OvWa abgesprochen, wie sie trotz Wachverschärfung (24 Stunden ununterbrochene Wache) abwechselnd ein bißchen schlafen können. Nach der neuen Wachvorschrift soll der OvWa mit dem Fahrrad zum 10 km entfernten Munitionsdepot fahren, um bei Herannahen von den Wachen nicht bemerkt zu werden und Wachvergehen wie Zigarettenrauchen, miteinander sprechen oder Radio hören leichter zu entdecken. Die OvWa fahren trotz Vorschrift weiter mit dem Auto zur Kontrolle.

So fördert jede Schikane nur den Kampf der Soldaten und die Zersetzung der Armee. Die Bourgeoisie ließ durch die CDU/CSU-Fraktion Generalleutnant Hillebrand nach der Dienstbelastung der Soldaten fragen. Sie wies auf eine Überlastung der Soldaten durch den Dienstherrn hin. Hillebrand solle mehr „Fürsorgepflicht" gegenüber den Soldaten erfüllen. Die Bourgeoisie kommt nicht zurecht mit dem Kampf der Soldaten. Das sind gute Bedingungen für die Arbeiterklasse und die Revolution. – (Bezirk Hannover)

Abzug aller fremden Truppen – Volksbewaffnung!



Gegenwärtig laufen in verschiedenen Gebieten der Region die Wintermanöver der Bundeswehr und der Besatzertruppen. Für die Soldaten bedeutet das üble Schinderei und kaum Schlaf. Allein beim Manöver Cardinal Point sind fünf Soldaten getötet worden. Arbeiter und Angestellte werden frühmorgens durch unerträglichen Panzerlärm aus dem Schlaf gerissen, Felder und Wiesen der Bauern werden von Panzern und Radfahrzeugen umgepflügt und sind von bis zu 1/2 Meter tiefen Fahrspuren zerrissen. Neuaussaat wird vernichtet, Landwirtschaftswege unbrauchbar gemacht.

Die abgedruckten Fotos von Verwüstungen der Besatzertruppen stammen aus der Zeitschrift „Eurarmy", herausgegeben vom Hauptquartier der US-Army in Europa. Einige Male ist es jetzt schon vorgekommen, daß Bauern Panzer auf ihren Feldern eingekeilt und an der Weiterfahrt gehindert oder sogar den Abbruch des Manövers erzwungen haben. Das beunruhigt die Militärführung und sie haben einen ausrichtenden Artikel geschrieben. „Einiger Schaden ist während einer jeden Übung unvermeidbar", läßt ein Lieutenant Colonel John Jerszensky dort verlauten, denn „Manöverschäden gibt es seit Hannibals Elefanten ihre Spuren über die Alpen setzten, Cäsars Legionen das Kopfsteinpflaster von Europas Straßen aufrissen ..." Zudem: „Einige fragen nicht zurück bei ihrer Führung, wenn sie sehen, daß sie das Ziel nur mit Schäden erreichen".

Das ist halt so, daß die Völker einige Unannehmlichkeiten haben, wenn ihnen „Zivilisation und Freiheit" gebracht wird und außerdem liegt es sowieso meist an der Dummheit der einfachen Soldaten. Etwas hilflos agiert der Herr Offizier bei der Verteidigung der ungerechten Sache der Imperialisten. Die Bauern können sich mit den Arbeitern zusammenschließen unter der Förderung nach Abzug aller fremden Truppen, Auflösung des stehenden Heeres und allgemeiner Volksbewaffnung.

Bundesverwaltungsgericht fordert Verschärfung der Gewissensprüfung der Zivildienstpflichtigen

Am 7. Dezember hat das Bundesverfassungsgericht die Wehrdienstnovelle außer Kraft gesetzt. Damit ist der alte Rechtszustand wieder gültig. Zuviele Rekruten verweigern den Wehrdienst, das war der Ausgangspunkt der Überlegung der Bundesverfassungsrichter.

Das Bundesverwaltungsgericht, oberstes Gericht bei Prüfungsverfahren von Rekruten, hat jetzt wieder eine Entscheidung gefällt, ob ein Rekrut zur Armee gehen muß oder ob er den Zivildienst ableisten muß. Das Bundesverwaltungsgericht kann als letzte Instanz nur angerufen werden, wenn die Entscheidungen von Verwaltungsgerichten bisherigen Urteilen des Bundesverwaltungsgerichts konträr stehen. Der Kläger muß sich in seiner „Beschwerde" also auf bisherige Urteile des Bundesverwaltungsgerichts beziehen. Wenig Möglichkeiten und positive Urteile werden Klägern in die Hand gegeben.

Auch in diesem Fall entschied das Gericht zugunsten der direkten bewaffneten Formation. Zivile Soldaten gibt es zur Zeit genug.

Um solche Beschwerdeverfahren ziemlich schnell vom Tisch zu putzen und gleichzeitig die unteren Prüfungsinstanzen für die Wahrnehmung ihrer „staatsbürgerlichen Pflichten" aufmerksam zu machen, wird jetzt die genaue Einhaltung des Wehrpflichtgesetzes und noch ein bißchen mehr gefordert. Im Wehrpflichtgesetz ist zu lesen.

§ 25

„Wer sich aus Gewissensgründen der Beteiligung an jeder Waffenanwendung zwischen den Staaten widersetzt und deshalb den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, hat statt des Wehrdienstes den Zivildienst außerhalb der Bundeswehr zu leisten. Er kann auf seinen Antrag zum waffenlosen Dienst in der Bundeswehr herangezogen werden.

§ 26

(Abs. 2) Der Antrag ist schriftlich oder zur Niederschrift beim Kreiswehrersatzamt zu stellen. Er soll begründet werden. Der Antrag eines ungedienten Wehrpflichtigen soll vierzehn Tage vor der Musterung eingereicht werden. Er befreit nicht von der Pflicht, sich zur Erfassung zu melden und zur Musterung vorzustellen.

(Abs. 4) Die Ausschüsse haben bei ihrer Entscheidung die gesamte Persönlichkeit des Antragstellers und sein sittliches Verhalten zu berücksichtigen. Die Mitglieder der Ausschüsse sind an Weisungen nicht gebunden."

Das Bundesverwaltungsgericht will diese Gesetzesmaßnahmen auf alle Fälle wieder durch die Prüfungsverfahren vertreten sehen, etwaige oberflächliche Behandlungen durch die Prüfungsausschüsse müssen sofort abgestellt werden.

So heißt es im Urteil: „Ein Grund für eine Aussetzung des Verfahrens von Amts wegen bis zur Verkündung einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes in der Hauptsache ist gegeben ... Eine weitere Verzögerung des Verfahrens erscheint auch im Hinblick auf die vom Bundesverfassungsgericht in der Begründung seiner einstweiligen Anordnung dargelegten Gründe nicht vertretbar." (Urteil 6 B 36.77 vom 6.2. Bundesverwaltungsgericht in Westberlin)

Jeden Soldaten braucht die Bourgeoisie. Dies müssen auch die Prüfungsausschüsse wissen: „Als Grundlage für diese Feststellung wird vor allem der persönlichen Entwicklung, der er ausgesetzt war (und noch ist) sowie der Motivation seiner Entscheidungsbildung ein wesentlicher Aussagewert zugemessen."

Die bürgerlichen Zeitungen brachten eine kurze Kommentierung auf den Seiten eins. Zufrieden waren sie über das Vorgehen des Bundesverwaltungsgerichtes. „Jede Weichheit ist fehl am Platze. Die Verteidigungsbereitschaft ..."

Die „FAZ" berichtet am gleichen Tag über den „glanzvollen Abschied für Georg Leber." Sie schreiben: „Wenn der Befehl ertönt, Helm ab zum Gebet, werde ich wehmütig", hätte er vorher gesagt. Auch die Vertreter der viele Völker umfassenden Zuschauergruppe waren ergriffen, will die „FAZ" wissen. Ein anderer Wind soll wehen in der Armee, dies ist die Absicht der Bourgeoisie. Ob das Urteil des Bundesverfassungsgerichts schon direkt von Apel angeregt wurde? – (Z-Red.)

Sanitätsakademie München: Im Krieg sollen 20% der Verletzten liegengelassen werden.

München. Oberfeldarzt Paul, der Leiter der Ausbildung für die Stabsärzte und ehemaliger Chef der NATO-Interventionstruppe AMF, hat Kategorien bekanntgegeben, wonach die Ärzte der Bundeswehr die Verletzten im Kriegsfall zu behandeln haben: Die Verwundeten sollen sortiert werden, 40% sollen als leichtverletzt eingestuft werden und wieder an die Front geschickt werden, 20% sollen hoffnungslos verletzt sein und liegengelassen werden.

Um die wehrpflichtigen Stabsärzte zu solchen Diensten für die Bourgeoisie reif zu machen, wurde das Bespitzelungssystem ausgebaut und der militärische Drill angezogen. Schießübungen und der Leistungsmarsch wurden eingeführt, die es bislang in der Ausbildung nicht gab. „Man muß aufpassen, denn in jedem Kurs sind vier bis fünf Quertreiber. Das sind die, die so oft während des Unterrichts demonstrativ den Hörsaal verlassen", ließ er gegenüber einer Gruppe von Stabsärzten heraus. Deshalb läßt er jetzt bei jedem Essen in der Kantine die wehrpflichtigen Ärzte durch Hörsaalleiter kontrollieren.

Befehlshaber des Wehrbereichs IV fordert härtere Strafen für Fahnenflucht

Mainz. Auf einem Wehrstraf-Symposium in Mainz beklagte sich der Befehlshaber des Wehrbereichs IV, General Schuwirth, vor Staatsanwälten und Richtern, unter ihnen auch den Generalstaatsanwälten von Frankfurt und Zweibrükken, über die „allzu milde Bestrafung" für Fahnenflucht, „die anregend auf andere wirken könnte." Er forderte „in ihrer Gleichmäßigkeit gerechtere Strafen." Im Zuge der Kriegsvorbereitungen des BRD-Imperialismus ist es nötig, „das Verständnis der Richter für die Belange der Streitkräfte zu fördern", meinte General Schuwirth.

Sechs Leserbriefe gegen den Wehrsold

Lingen, 4./PzBtl333. Gegen einen Artikel in der „Lingener Tagespost" vom 14.2. mit dem Titel: „Mehr als Wehrsold" haben sechs Soldaten einen Leserbrief für Lohnfortzahlung verfaßt. Am 18.2. mußte die „Lingener Tagespost" einen davon abdrucken, worin es abschließend heißt: „Was wir tatsächlich brauchen, ist der Lohn, den wir vor der Bundeswehrzeit auch erhalten haben."

Noch am selben Morgen mußte der Verfasser zum Kp-Chef. Montags mußte er gleich noch mal hin und wurde mit einem schriftlichen Protokoll verhört, wie der Artikel zustandegekommen sei. Viele Soldaten unterstützen den Leserbrief: „Was da drin steht, ist genau richtig". Am Dienstag konnte man den Leserbrief am Schwarzen Brett der Kompanie und der Kantine sehen. Ein Soldat der 1./333 wollte ihn auch bei sich aufhängen. Ein anderer will am Freitag in der Truppeninformation eine Umfrage über die materielle Lage der W-15er machen, um die Lügen der „Lingener Tagespost" von den Soldaten, die mehr als genug Geld haben, besser entlarven zu können.

besser entlarven zu können.

Überstundenschinderei und kaum Dienstausgleich

Schwanewede. Major Schulz, KpChef der Stabskompanie in Schwanewede, hat dem ersten Soldaten des Instandsetzungstrupps „eröffnet", wieviel Dienstausgleich er für in drei Wochen geleistete 53 Überstunden gibt: 2 volle Tage! Die StKp hatte „MatIn" gehabt, was für die Inst-Soldaten und die Fahrer harte Arbeit und Zusatzdienste bedeutete. Vor zwei Jahren hatte es noch vollen Dienstausgleich, d.h. 8 Überstunden gleich 1 Tag frei, gegeben, vom selben Chef.

Strafversetzung zur Vertrauensmannwahl zurückgenommen

Schwanewede. Oberst Ohm mußte der Beschwerde von einem der Vertrauensmannkandidaten der InstKp 320 stattgeben. Er war für drei Monate abkommandiert und dadurch wäre seine Kandidatur entfallen. Ohm mußte diese Versetzung zurücknehmen, weil ein Großteil der Kameraden die Meinung des Vertrauensmannkandidaten unterstützt hat. In seinem Programm tritt er für Lohnfortzahlung ein. Schon in der Grundausbildung hatte sich dieser Soldat als Interessenvertreter der Wehrpflichtigen bewährt.

„Großer Bahnhof" gestört

Preetz. Die örtliche Presse hatte die Preetzer Bevölkerung zum 11.2. zu einem großen Empfang der Patenkompanie der Stadt auf dem Bahnhof nach Rückkehr von einem Übungsschießen im Westerwald aufgerufen. Zum Empfang der 5. Kompanie des Pionierbataillons aus Plön waren aber nur Bürgermeister Girnus und einige örtliche Bourgeoispolitiker erschienen. In klirrender Kälte mußten sich 100 Soldaten dessen Gewäsch von der Verbundenheit der Bevölkerung mit der imperialistischen Armee anhören. Trotz Feldjägereinsatz verteilten Mitglieder des SRK eine Reihe „Volksmiliz" und setzten Megaphonansprachen durch. Bei der Abfahrt grüßten zahlreiche Soldaten mit der Faust. Die Fahrer der LKW hupten.

„Nahrungsmittelhilfe": EG auf dem Weg nach Indien

Die EG-Kommission in Brüssel will Indien 186000 t Magermilchpulver und 114000 t Butteröl als „Nahrungsmittelhilfe" „schenken". Angeblich wichtigstes Ziel des Vorhabens ist die „Verbesserung der Lebensbedingungen von 10 Mio. Milcherzeugerfamilien." Tatsächlich geht es vor allem um „Errichtung einer leistungsfähigen Milchwirtschaft ... und Schaffung eines Vertriebsnetzes ... Erweiterung des Marktes und Milcherzeugnisse."

Es gibt rund 177 Mio. Rinder in Indien. Das sind etwa 20% des Rinderbestandes der Welt. Es ist den Imperialisten bisher kaum gelungen, diesen Reichtum für ihre Profitwirtschaft zu nutzen. Fast 10% aller ausländischen Kapitalinvestitionen werden in Indien in der Landwirtschaft und in der Nahrungsmittelindustrie vorgenommen. Seit Jahrzehnten sind in der Landwirtschaft rund 70% der indischen Werktätigen beschäftigt. Die Zahl der selbständigen Bauern ist aber 1961 bis 1971 um 10% gedrückt worden, die Zahl der lohnabhängigen Landarbeiter um 10% gewachsen. Das imperialistische Kapital investiert vor allem in der Plantagenwirtschaft, wo diese Arbeiter billig z.B. Jute oder Baumwolle für den Export produzieren, während Indien 1975/76 fast 10% seines Getreidebedarfs importieren mußte. Das „Geschenk" der EG soll jetzt die Voraussetzungen für massiven imperialistischen Kapitalexport in die Milchwirtschaft und die Molkereiindustrie und zur Ausbeutung der indischen Landarbeitermassen und Bauern schaffen.

Der US-Imperialismus fürchtet den wirtschaftlichen Zusammenschluß der OPEC-Länder

In einer öffentlichen Veranstaltung im US-Staat Maine hat US-Präsident Carter den in der OPEC zusammengeschlossenen Ländern damit gedroht, die Lieferung sämtlicher Waren, vor allem von Waffen, Lebensmitteln und Ersatzteilen, einzustellen, falls die OPEC-Länder versuchen sollten, ihre Interessen durch Einschränkung ihrer Ölausfuhr oder Boykott durchzusetzen. Dem US-Imperialismus ist es ein Dorn im Auge, daß die ölproduzierenden Länder ihre Anstrengungen zur Wahrung und Stärkung ihrer Unabhängigkeit verstärken, indem sie den Handel untereinander auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Nutzens fördern.

Kuwait ist bestrebt, den Handel mit Indien, Südkorea und der VR China auszubauen, während der Anteil der US-Imperialisten am Import nach Kuwait von 18 auf 14%, der BRD-Anteil von 11,4 auf 10,9% gesunken ist. Das Volumen des Handelsaustausches zwischen Ägypten und dem Irak wird sich gegenüber 100 Millionen Dollar im letzten Jahr in diesem Jahr verdoppeln. Der Rat für Arabische Wirtschaftseinheit arbeitet auf der Grundlage der wirtschaftlichen Zusammenführung an der Ausarbeitung von Projekten, die zur Sicherung der Nahrungsmittelversorgung und zum Aufbau von nationalen Industrien führen sollen. In Algerien ist am 10.1.78 zum Schutz der nationalen Wirtschaft das Gesetz zur Monopolisierung des Außenhandels in Kraft getreten. Die Imperialisten fürchten um den Verlust der Früchte ihrer Ausbeutung und Ausplünderung.

Arabische Staaten beschließen Aufnahme einer eigenen Waffenproduktion

Am 21.2. hat der Oberausschuß der arabischen Organisation für militärische Industrialisierung sich darauf geeinigt, eine gemeinsame elektronische Industrie aufzubauen. In der Organisation für militärische Industrialisierung haben sich die arabischen Staaten Ägypten, Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Katar und Abu Dhabi zusammengeschlossen. Der elektronische Industriebetrieb soll in Saudi-Arabien in Al Kaii aufgebaut werden. Das Ziel ist, moderne Waffensysteme dort selbst zu produzieren. „Die Welt" äußert am 20.2.78 ihre Befürchtungen: „Wenn die Pläne realisiert werden, wird fast die gesamte Bevölkerung mit der Waffenproduktion zu tun haben." Die westlichen Imperialisten haben ihren Brückenkopf Israel vorgeschickt, der durch „militärische Kreise" äußern ließ, „Israel müsse in Betracht ziehen einen Gegenstoß vorzubereiten ... Ein Arsenal von hochentwickelten Waffen würde Saudi-Arabien zum Konfrontationsstaat machen."

Der Oberausschuß der arabischen Organisation für militärische Industrialisierung hat auf seiner letzten Sitzung festgestellt, daß die Finanzlage der Organisation stabil und fest sei und daß mit der Verwirklichung der beschlossenen Projekte im Zusammenhang mit der Herstellung von Swingfire-Panzerabwehrraketen, Lynx-Hubschraubern und Armee-Jeeps die Produktion am 1. November 1978 aufgenommen werden wird.

KSZE-Folgetreffen endet mit Schlußdokument „ohne Substanz"

Sozialimperialisten bauen zügig ihre strategische Position im südlichen Mittelmeer aus

In diesen Tagen geht in Belgrad das KSZE-Folgetreffen zu Ende. Mit einem Schlußdokument, in dem, wie es der Vertreter des US-Imperialismus Goldberg schon seit Wochen befürchtet hatte, lediglich festgehalten ist, daß man sich von dann bis dann getroffen hat, einem Dokument „ohne Substanz" gegenüber „den Völkern der Welt, die hohe Erwartungen in unsere Arbeit hier setzen".

Daß es den Imperialisten gegenüber der KSZE-Konferenz vor zwei Jahren, um die sie einen großen Rummel entfaltet hatten, wie sehr sie um die „Sicherheit und Zusammenarbeit der Völker Europas" bemüht seien, diesmal nicht gelungen ist, auf dem Papier ihren Entspannungsschwindel gegenüber den Völkern Europas festzuhalten, ist deutlicher Ausdruck der verschärften Rivalität der Supermächte und ist aber auch deutlicher Ausdruck des wachsenden Bewußtseins der Völker über den Charakter des Imperialismus und über die Notwendigkeit des Kampfes gegen ihn. Die Völker der Welt hegen alles andere als hohe Erwartungen in die „Sicherheit und Zusammenarbeit" der Imperialisten, machen sie doch tagtäglich die Erfahrung, von ihnen ausgebeutet und unterdrückt zu werden, hören sie, wie hinter dem Friedensgesäusel das Panzergerassel immer lauter wird. Die Völker der Welt führen den Kampf gegen den Imperialismus und versetzen ihm empfindliche Schläge.

Um so hektischer werden die Bemühungen der Supermächte, aus dem Kampf um die Weltherrschaft jeweils als Sieger hervorzugehen. Sie verschärfen ihre Kriegsvorbereitungen um die Beherrschung Europas von Tag zu Tag. Dabei schreien sie laut ihre „Friedensliebe" heraus, während die andere Supermacht der wahre und einzige Aggressor sei, dem Einhalt geboten werden müsse.

„Menschenrechtskampagne" und „Kampf gegen die Neutronenbombe" – nichts anderes als direkte Kriegsvorbereitung

Die US-Imperialisten haben mit ihrer „Menschenrechtskampagne" gegen die Sozialimperialisten einige Pluspunkte verzeichnet. Es ist ihnen gelungen, den Großteil der Konferenz auf die Frage der „Verletzung der Menschenrechte durch die Sowjetunion" zu konzentrieren, um von ihren eigenen imperialistischen Zielen abzulenken und sich möglichst auch noch schriftlich bestätigen zu lassen, daß sie als „Hüter der Menschenrechte" anknüpfend an der politischen Unterdrückung in der Sowjetunion jederzeit das Recht auf Intervention wahrzunehmen haben. Einen ganzen Berg von Vorschlägen für die Schlußakte hat es gegeben, wobei sich die westlichen Imperialisten auch noch gehörig in die Wolle kriegten, als die NATO- und EG-Staaten sich auf einen gemeinsamen Vorschlag einigen wollten und Frankreich plötzlich mit einem eigenen herausrückte. Alle diese Vorschläge wurden von den Sozialimperialisten und ihren „Bruderländern" abgelehnt, die ihrerseits auch drei Vorschläge gemacht haben, in denen auf die Schlußakte von Helsinki und auf deren Bekräftigung verwiesen wird. Diese Vorschläge wurden wiederum von den westlichen Imperialisten abgelehnt, weil „ohne Substanz". Herausgekommen ist jetzt also ein Dokument, in dem festgehalten ist, daß man sich getroffen hat und wann und wo das nächste Treffen dieser Art stattfinden soll.

Was den US-Imperialisten die „Menschenrechtskampagne", ist den Sozialimperialisten der „Kampf gegen die Neutronenbombe", den sie, solange sie über diese Waffe noch nicht verfügen, ungeheuer aufblähen, um sich hier wiederum als „Hüter der Menschheit vor dem Neutronentod" aufzuspielen. Auf der Feier zum 60. Jahrestag der Gründung der sowjetischen Streitkräfte am 23. Februar warnte der sowjetische Verteidigungsminister Ustinow davor, die „Friedensliebe der Sowjetunion für Schwäche zu halten", und kündigte an: „Unsere Wirtschaft, Wissenschaft und Technik ist in der Lage, die Entwicklung jeder Waffe zu gewährleisten, auf die unsere Gegner vertrauen mögen." Breschnew, der in der letzten Woche die Zeit für reif gehalten hat, sich voller Zuversicht den höchsten Orden der Sowjetunion, den Siegesorden, zu verleihen, erklärte in einer Rede zur internationalen Lage in Tula im Januar 1977: „Natürlich vervollkommnen wir, Genossen, die Verteidigung. Anders kann es auch nicht sein. Wir haben die Sicherheit unseres Landes, die Sicherheit unserer Verbündeten niemals preisgegeben und werden sie nie preisgeben." Noch jeder Imperialist hat versucht, die eigene Aggression als Verteidigung hinzustellen. Erst kürzlich haben die Sozialimperialisten wieder betont, daß die Sowjetunion zur „Sicherheit der Verbündeten" jederzeit bereit und in der Lage ist, in die Länder des RGW einzumarschieren. Und der „Sicherheit unseres Landes" sind natürlich auch keine Grenzen gesetzt. Die Sowjetunion, die sich als „Mittelmeeranliegerstaat" begreift, wird im Krieg um die Beherrschung Europas ihre „Sicherheit" auch auf dem Mittelmeer nicht „preisgeben" wollen.

Um alle Aufmarschmöglichkeiten in Richtung Mittelmeer auszuschöpfen ...

In der Vorbereitung des Krieges um die Beherrschung Europas gegenüber der anderen Supermacht sind die Sozialimperialisten fieberhaft bestrebt, die Mittelmeerregion und damit die Südflanke in den Griff zu bekommen. „Politisch muß das entscheidende Interesse der UdSSR im Nahen Osten und in der Beherrschung des Mittelmeeres liegen. Denn hier lassen sich die europäischen Mächte von ihrem strategischen Hinterland abtrennen, wofür die europäischen Imperialisten den Nahen Osten und Afrika halten." (Aus: Solange es Imperialismus gibt, gibt es Krieg)

Entsprechende Truppenaufmärsche haben die Sozialimperialisten in den letzten Jahren bereits geprobt, die sie „im Geist von Helsinki" vorher bekanntmachten und Vertreter der Staaten, in die sie einmarschieren wollen, zu den Manövern einluden, damit sie sich ein Bild machen können, was ihnen blüht.

Die Sozialimperialisten schöpfen alle Möglichkeiten aus, wie sie in den Mittelmeerraum vordringen können. Selbst den Kaukasus, ein gebirgiges Gebiet vor der Grenze zur Türkei, an dem sich schon manche Truppen die Zähne ausgebissen haben, wird als mögliches Aufmarschgebiet erprobt. Vom 25. Januar bis 6. Februar 1976 führten die Sozialimperialisten das Manöver „Kaukasus" durch, eine „Korpsübung zur Vervollkommnung der Gefechtsausbildung", an der 25000 Soldaten beteiligt waren. Vom 3. März bis zum 5. April 1977 wurde ein Manöver im Raum Kischinjow-Odessa-Nikolaje „zur Prüfung des Zusammenwirkens von Truppen der Land- und Luftstreitkräfte" mit 25000 Soldaten durchgeführt. Und vom 11. bis zum 16. Juli 1977 schließlich wurde im Manöver „Karpaten" der Aufmarsch über die Balkanhalbinsel geprobt, an dem insgesamt 27000 „Landstreitkräfte gemeinsam mit Truppenteilen und Einheiten der Luftstreitkräfte" teilnahmen.

... müssen die Länder in Abhängigkeit gebracht werden

Damit sie mit dem Militärstiefel die betroffenen Länder durchqueren können und um sich endlich für ihre Kriegsflotte Stützpunkte im Mittelmeer zu verschaffen (gegenwärtig ankert die sowjetische Mittelmeerflotte in einer Bucht vor Griechenland), müssen die Sozialimperialisten die Länder in zunehmende Abhängigkeit bringen. Dabei lassen sie keine Möglichkeit aus, die Völker auszuplündern und ihrer natürlichen Reichtümer zu berauben. In ihrem Bestreben, die Türkei aus der Abhängigkeit von der anderen Supermacht herauszubrechen und in ihre eigene Abhängigkeit zu bringen, um so das alleinige Nutzungsrecht der türkischen Meerengen ausüben zu können, sahnen sie gehörig ab. So muß die Türkei im Kompensationsgeschäft gegen Lieferungen von Anlagen durch die Sowjetunion mit großen Teilen der heimischen Rohstoffe und Agrarprodukte bezahlen. Breschnew hat in einer Rede in Baku angekündigt, „in den Beziehungen der Sowjetunion mit der benachbarten Türkei sei schon nicht wenig getan worden und noch mehr zu tun stehe bevor".

Ebenso versuchen die Sozialimperialisten Griechenland, das sich um den EG-Beitritt bemüht, noch rechtzeitig in die Finger zu bekommen. Im April 1977 wurde unter Verweis auf die Schlußakte von Helsinki ein langfristiges Handelsabkommen geschlossen. Die EKOTASS schreibt dazu: „Die Sowjetunion zeigt für den griechischen Markt großes Interesse ... Das Sortiment des sowjetischen Exports nach Griechenland ist sehr groß. Die größten Posten sind Erdöl und Erdölprodukte ... Im sowjetischen Import aus Griechenland fehlen Maschinen und Ausrüstungen überhaupt. Er besteht aus Obst und frischen Beeren, Zitrusfrüchten und Traubenwein."

So recht es den Sozialimperialisten ist, Griechenland von ihrer Energieversorgung abhängig zu machen, läßt sich doch der Tadel nicht überhören, daß noch keine Maschinen und Ausrüstungen an die Sowjetunion abgeliefert werden. Damit sich das ändert, wurde im Handelsabkommen festgelegt, daß „alle Maßnahmen getroffen werden, die für eine harmonische Abwicklung des Handels mit traditionellen wie neuen Waren erforderlich sind". (Außenhandel der Sowjetunion Nr. 8/1977)

Wenn die Sozialimperialisten die Länder des „Pulverfasses Europa" unter ihre Abhängigkeit bekommen, erzielen sie bedeutende strategische Positionen im Kampf gegen die andere Supermacht. Ebenso bemühen sie sich, den „schwimmenden Flugzeugträger", die Insel Zypern, unter ihre Kontrolle zu bekommen. So haben sie kürzlich mit der zypriotischen Regierung einen neuen Vertrag über Lieferungen von Maschinen und Anlagen abgeschlossen, während Zypern z.B. neben Kupferkonzentraten, Kleidung und Schuhen 70% seiner Weinproduktion an die Sowjetunion abliefern muß. Im Frühjahr 1977 wurde ein Abkommen geschlossen, daß die Aeroflot bei ihren zunehmenden Flügen nach Afrika und Asien auf Zypern zwischenlandet. Gespräche über „weitere Entwicklung der Luftverbindung" zwischen der Sowjetunion und Zypern werden geführt. Ab Mitte März soll zwischen Rhodos, Limassol und Beirut eine sowjetische Tragflächenbootverbindung ihren Betrieb aufnehmen. Und wo schon Tragflächenboote anlegen, warum sollten da nicht auch Fregatten ankern können?

Ausbau der strategischen Position und Plünderung der Erdölreichtümer

Im Nahen und Mittleren Osten intensivieren die Sozialimperialisten ebenfalls ihre „freundschaftliche Wirtschaftshilfe". Im Libanon, in dem die westlichen Imperialisten ziemlich dick drinhocken, haben sie erste Einbrüche erzielt, indem sie z.B. eine komplexe Weizenmühlenanlage im Wert von 400000 Dollar liefern und über den „Bruderstaat" Ungarn ein Kraftwerk bauen lassen. Weiter fortgeschritten sind sie in der Umklammerung Syriens. Der Warenaustausch zwischen Syrien und der Sowjetunion hat sich von 1970 auf 1975 vervierfacht und soll 1876 – 1980 um weitere 50% steigen. Die Sowjetunion baut hier hauptsächlich komplexe Anlagen, von denen bisher 22 fertiggestellt wurden und weitere 21 sich im Bau befinden, an dem sich etwa 1100 „sowjetische Fachleute" beteiligen. Die „größte Baustelle des Nahen Ostens" ist derzeit der Euphrat-Wasserbaukomplex mit einem 800-Megawatt-Wasserkraftwerk, von dem aus Hochspannungsleitungen über das ganze Land verteilt und die wichtigsten Ölreviere im Osten und Westen des Landes versorgt werden sollen und das auch Strom in den Libanon und nach Jordanien liefern soll. Weiter wird „mit sowjetischer Unterstützung" an Eisenbahnlinien gebaut, die die Mittelmeerküste mit dem Norden und Osten des Landes und den größten Städten und Industriezentren verbinden soll. Gleichzeitig wird am Bau einer Eisenbahnlinie von Damaskus über Jordanien nach Saudi-Arabien gearbeitet und eine weitere Eisenbahnverbindung, die als erste arabische Route von der Mittelmeerküste Syriens an die irakische Küste des Persischen Golfs reicht, gebaut. „Eine wichtige Besonderheit der sowjetisch-syrischen Handelsbeziehungen ist, daß Maschinen und Ausrüstungen auf Kredit geliefert werden. Die Kredite werden zu günstigen Bedingungen und mit einer Rückzahlungsfrist bis zu acht Jahren gewährt." So muß Syrien zum Beispiel dafür, daß die Sowjetunion sich am Ausbau der Rumailan-Erdölfelder beteiligt hat, bis 1976 jährlich 500000 Tonnen und ab 1977 bis 1980 jährlich 700000 Tonnen Schweröl an die Sowjetunion liefern. „Die langjährige Praxis dieser Handelsbeziehungen hat gezeigt, daß jedes der beiden Länder über Waren verfügt, die das andere interessieren", kommentiert „Außenhandel" Nr. 10/1977 die Ausplünderung Syriens durch die Sowjetunion.

Die Sozialimperialisten wollen aus dem Nahen und Mittleren Osten ihr Heerlager machen

Die Bestrebungen des Irak, sich aus der Abhängigkeit von den Imperialisten zu lösen, der z.B. bis 1975 alle ausländischen Kapitalanteile an den Erdölfirmen enteignet und verstaatlicht hat und Ende 1977 einen Boykott über US-Importe verhängt hat, haben die Sozialimperialisten ausgenutzt, um sich im Land festzusetzen. In einer Rede über die „Zusammenarbeit UdSSR – Irak" im Februar 1977 erklärte Alexej Kossygin: „Die Sowjetunion betreibt natürlich im Ausland keine Philanthropie und baut ihre Wirtschaftsbeziehungen zu den anderen Ländern vor allem auf der Grundlage der Berücksichtigung der beiderseitigen Interessen sowie der Bedürfnisse der Volkswirtschaft der beiden Seiten" auf. Die Sowjetunion ist der größte Handelspartner und Kreditgeber des Irak. Seit 1972 wurden durch sie 50 Anlagen gebaut. Hauptsächlich werden die Erdölfelder und deren Förderkapazitäten ausgebaut, die Raffineriekapazitäten erhöht und die Pipelines zum Persischen Golf und nach Iskenderun in der Türkei gelegt. Fieberhaft betätigen sich „sowjetische Experten" auch hier am Ausbau des Eisenbahnnetzes, u.a. von Bagdad nach dem ebenfalls von ihnen gebauten Hafen Umm Qasr am Persischen Golf, und bei der Schiffbarmachung des Tigris. Der Irak muß die Kredite ebenfalls mit Lieferungen zurückzahlen. So mußte er 1976 mit 5,8 Mio. Tonnen Öl 91% der sowjetischen Ölimporte decken.

Die Sozialimperialisten nisten sich aber auch direkt im Land ein. Nach den „Experten" schickten sie „Lehrpersonal für Schulungszentren" und Geologen zur Erkundung von Rohstoffvorkommen in den Irak. Im August 1977 haben sie mit der irakischen Regierung ein Abkommen geschlossen, nach dem sie „zur besseren Nutzung der sich ausdehnenden Handelsflotte des Irak zum Transport sowjetischer Importe sowjetische Crews zur Verfügung stellten" (Press Bulletin, Moscow Narodny Bank). Außerdem schicken sie zusammen mit Waffenlieferungen, die einen so großen Umfang haben, daß sie von irakischen Soldaten gar nicht bedient werden könnten, gleich Militärpersonal zur Bedienung der militärischen Ausrüstungen mit. Man kennt diese „Berater". Die Sozialimperialisten halten sich den Irak als Waffen- und Soldatendepot, das sie jederzeit in kriegerischen Auseinandersetzungen, sei es am Horn, am Persischen Golf oder im Mittelmeerraum, einsetzen können.

Der Kampf des palästinensischen Volkes setzt den Kriegsplänen der Supermächte Schranken

Daß Ägypten die Sozialimperialisten des Landes verwiesen hat, war für sie ein bedeutender strategischer Verlust, den sie unbedingt auszugleichen bemüht sind. Unter dem Mantel der Unterstützung des Befreiungskampfes des palästinensischen Volkes und der Stärkung der Unabhängigkeit der arabischen Staaten sehen die Sozialimperialisten nur zu, wie sie ihre eigenen Vorteile ausbauen können. Breschnew erklärte in der Tula-Rede: „Wir treten für denkbar aktive Maßnahmen zur Beseitigung des Kriegsherdes im Nahen Osten ein ... Der Nahe Osten braucht eine zuverlässige und gerechte Regelung, die die Lebensrechte keines Staates und keines Volkes schmälern würde. Natürlich hat Israel ein Recht auf staatliche Unabhängigkeit und sichere Existenz. Aber das gleiche Recht hat auch das arabische Volk von Palästina."

Die Sozialimperialisten haben vor, in der Vorbereitung des Krieges um Europa die „denkbar aktiven Maßnahmen" und „Regelungen", die ihnen gerecht werden, gegen das um seine Befreiung vom Imperialismus kämpfende palästinensische Volk durchzusetzen.

Indem die palästinensischen Volksmassen den bewaffneten Befreiungskampf gegen jegliche imperialistische Einmischung siegreich führen, leisten sie einen großen Beitrag, dem imperialistischen Krieg durch die proletarische Revolution ein Ende zu setzen. – (Korrespondentenbericht Wien)

Terrorist Begin und die Geschichte des Zionismus

Stets hat die Bourgeoisie süße Worte über die „Menschlichkeit" und den Schutz des Lebens parat, wenn es um die Verurteilung der Terroristen geht. Die westdeutsche Bourgeoisie hat sich darin im letzten Jahr schier überschlagen. Den Terroristen Begin unterstützt sie allerdings. Tatsächlich ist ihre Empörung weniger in der moralischen Entrüstung über den Terror begründet als vielmehr in der schlichten Angst um das Leben ihrer Parasitenexistenzen. Sie fordern den „weltweiten" Kampf gegen den Terrorismus und meinen, daß man weltweit denen ans Leder muß, die aus gutem Grund gegen die Aufrechterhaltung der Herrschaft der Parasitenexistenzen sind. Terror an sich schert die Bourgeoisie nicht, im Gegenteil, es muß halt nur die „Richtigen" treffen.

So wird aus dem Terrorakt in Mogadischu schnell eine Heldentat und ein Vorbild für die Jugend (H. Schmidt). Wenn der Terror dann noch in einer tauglichen bürgerlichen Ideologie verpackt ist, dann können die Bourgeois sich für den Terror begeistern.

Nun hat es für die Länder der Dritten Welt äußerst unerfreuliche bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen Ägypten und Zypern auf dem zypriotischen Flughafen Larnaka gegeben. Die westdeutsche Bourgeoispresse ist sich nicht schlecht genug, den Ägyptern die GSG 9 als Vorbild zu empfehlen für zukünftige Operationen. Die „Welt" weiß auch, wogegen. „Im PLO-Büro auf Zypern laufen die Fäden des Terrors zusammen", überschreibt sie ihren Hauptartikel.

Die Zionisten erklären „fachmännisch": „Der Fehler der Ägypter war, daß sie ohne Plan angriffen. Um einen Flughafen zu erobern, muß die Truppe in kleinen Gruppen operieren" (ein israelischer Militärsprecher).

Die Vorfälle auf Zypern sind so recht nach dem Geschmack der Imperialisten und Zionisten. Die ganze Zeit schon operieren sie bei den ägyptisch-israelischen Verhandlungen unter Ausnutzung der noch lange nicht überwundenen Folgen der Kolonisation Ägyptens und der daraus resultierenden Zustände in Ägyptens Volkswirtschaft. Was sie noch brauchen können, ist Ägyptens Isolierung bei den Ländern der Dritten Welt.

Die Zionisten behaupten schon seit jeher, die Araber seien die Eroberungssüchtigen und Kriegslüsternen. „Hundert Millionen Araber, die auf viereinhalb Millionen Quadratmeilen bis zum Hals in Erdöl stecken und genügend Wasservorkommen besitzen, versuchen aus niedriger, mechanischer Gier, sich auch die armseligen achttausend Quadratmeilen anzueignen, die die heimgekehrte nationale Befreiungsbewegung ihren semitischen Brüdern bzw. Vettern vererbt hat!" (Über Zionismus, herausgegeben von der israelischen Informationszentrale)

Der geschulte Terrorist Begin hat zeitlebens die von ihm geleiteten Unternehmen mit der Ideologie des Zionismus gerechtfertigt.

Die Grundlagen des Zionismus

Im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts entstand in konservativen jüdischen Literaturkreisen die Idee eines jüdischen Nationalstaates in Palästina. 1897 fand diese Idee auf dem ersten zionistischen Weltkongreß in Basel mit der Gründung der zionistischen Organisation ihren organisatorischen Ausdruck. Von Anfang an zeichnet sich der Zionismus durch seine enge Verbindung mit Rassismus und Imperialismus als gegen das jüdische Volk und gegen die arabischen Völker gerichtet aus. Der Zionist Schueler schrieb: „Die Vermischung stark verschiedenartiger Völker (bringt) einen Bastardtypus hervor, dessen Charakter unter dem Niveau der beiden Elternkomponenten steht..." Wegen des „höheren Kulturwertes der jüdischen Rasse" sei es „geradezu unstatthaft, eine hochgezüchtete Rasse einfach in den Fluten des sie umgebenden Rassenchaos teilnahmslos versinken zu lassen." (A. Schueler, Der Rassenadel der Juden)

Das wurde 1912 erklärt. Ungebrochen in dieser Tradition erklären die Zionisten 1972: „Das jüdische Volk und der jüdische Staat sind nicht nur ein beliebiges Volk und ein beliebiger Staat, ihr Geist ist größer als der aller anderen Völker und Staaten... Wir sind ausersehen, eine große Rolle zu spielen." (M. Kahane, Time to go home)

Von Beginn an bot sich die Zionisten den imperialistischen Großmächten als militante und treue Vertreter ihrer Interessen überall dort an, wo diese sie hinschicken würden. M. Nordau machte auf dem 7. Zionistenkongreß dem auf Grund von Unabhängigkeitsbestrebungen im Türkischen Reich in Schwierigkeiten geratenen türkischen Sultan dieses Angebot: „Bei dieser Sachlage könnte es dann der türkischen Regierung einleuchten, daß es für sie von außerordentlichem Wert wäre, in Palästina und Syrien ein zahlreiches, kräftiges und wohlorganisiertes Bevölkerungselement zu besitzen, das . . . keine Angriffe auf die Autorität des Sultans dulden, sie vielmehr mit dem Aufgebot aller Kräfte verteidigen würde." Dem deutschen Imperialismus versprachen die Zionisten: „Wir wollen an den östlichen Ufern des Mittelmeeres ein modernes Kultur- und Handelszentrum errichten, das der germanischen Staatsgewalt zum Nutzen sein wird." (Dr. As'ad Razzug, Kapitel der zionistischen Geschichte)

Große Verbrechen haben die Zionisten dem jüdischen Volk selber zugefügt. Im Mai 1944 waren die Hitler-Faschisten angesichts ihrer bedrohlichen Lage im imperialistischen Krieg bereit, an der spanischen Grenze 800000 Juden gegen Lastwagen auszutauschen. Die Zionisten in der Jewish Agency rührten keinen Finger, weil die Engländer, mit denen die Faschisten verhandelten, nicht bereit waren, die Juden nach Palästina ausreisen zu lassen, sondern nach USA und in andere Länder. Der jüdische Unterhändler Joel Brand protestierte bei den Zionisten. Es half nichts. Sie blieben bei ihrer harten Haltung. 800000 Juden wurden in den Gaskammern des Hitler-Faschismus mit Billigung der Zionisten ermordet.

Das ging sogar nach dem Krieg noch weiter. Von den ca. 100000 im amerikanischen Sektor Deutschlands befindlichen Juden beantragten 1947 50% trotz intensivster zionistischer Propaganda die Einwanderung in die USA. Den Zionisten war das ein Dorn im Auge. Sie wendeten Zwangsmittel an. 1948 waren es die für die Verwaltung von Lagern zuständigen jüdischen Hilfsorganisationen, die Beschlagnahmung von Essensrationen, Entlassung von den Arbeitsplätzen, Entziehung von Visarechten, Vertreibung aus dem Lager, in einem Fall sogar öffentliche Auspeitschung eines widerspenstigen Rekruten für die israelische Armee vornahmen, um die Juden zur Akzeptierung des Zionismus und zur Auswanderung nach Palästina zu zwingen.

Wie gegenüber den Juden, so ist auch das Verhalten des Zionismus gegenüber den Arabern verbrecherisch. Ben Gurion 1937: „Das Land ist in unseren Augen nicht das Land seiner jetzigen Bewohner... Wenn man... sagt, daß Eretz Israel das Land zweier Nationen sei, so verfälscht man die zionistische Wahrheit doppelt... Palästina muß und soll nicht die Fragen beider Völker lösen, sondern nur die Frage eines Volkes, des jüdischen Volkes in der Welt." Und Golda Meir erklärte gar: „Ich weiß nicht, warum die arabischen Flüchtlinge ein besonderes Problem in der Welt bilden... So etwas wie Palästinenser gibt es nicht."

Eine der Gestalten der Zionistenkongresse Anfang des Jahrhunderts, eines der großen Vorbilder Begins, Zangwill, erklärte: „Wo sind die schönen Obstgärten um Cäsarea, die Josephus (antiker jüdischer Historiker, d. Verf.) erwähnt? Dreihundert Fuß tief liegen sie unter Sanddünen vergraben. Wo sind die Oliven des Ölbergs? Jericho, das Land der Palmen, besitzt keine einzige Palme mehr, und auch nicht eine Palme steht mehr in Gilead. Das künstliche Wassersystem ist zerfallen, die Quellen sind versiegt, die Bäume gefällt; arabische Weiber plündern, was noch am Gezweig verblieb; und Ziegen... fressen die Vegetation ab. Unter diesem Fluche hat Palästina viele Jahrhunderte lang geschlafen. Jetzt aber muß sein Schlummern ein Ende nehmen." Der heutige Außenminister Begins, Dajan, erklärte 1967, damals noch Verteidigungsminister, wie dieser Schlummer zuendegebracht werden soll: „Während der letzten hundert Jahre hat unser Volk in einem fortlaufenden Prozeß das Land und die Nation aufgebaut, es ausgedehnt, mehr Juden hereingebracht und neue Siedlungen gebaut, um die Grenzen zu erweitern. Kein Jude soll sagen, daß wir am Ende unserer Aufgaben seien."

Die Zionisten erklären fortlaufend, die Besetzung Palästinas durch sie sei der Wille Gottes. Niemand kann beweisen, ob dieser Gott existiert oder nicht. Jedenfalls muß er, falls er existiert, wie Begin ein Terrorist sein. Das zeigt die Geschichte des Zionismus. – (Z-Red.)

Wer ist Menachem Begin?

Er ist der Vater des alten und neuen Terrorismus, ein Führer der zionistischen Terrororganisation Irgun, jetzt zionistischer Premierminister.

Er wurde in Brest-Litowsk in Polen geboren im Jahre 1913. Seine zionistischen Aktivitäten nahm er als Student auf, als er Mitglied der Organisation Haschomer Hazair in Polen wurde. Diese Organisation ist heute unter der Bezeichnung Mapam Partei bekannt.

Auf ideologischem Gebiet war Vladimir Jabotinsky sein Lehrer. Dieser Jabotinsky aus Odessa mobilisierte eine Gruppe jüdischer Söldner, die im ersten Weltkrieg mit Großbritannien gegen die Türkei kämpften. Jabotinsky gründete auch die Hagana-Gruppe 1920, und er billigte und unterstützte den jüdischen Militarismus.

Begin beteiligte sich am Aufbau der Irgun 1937 nach dem Palästinaaufstand von 1936. Begin lernte bedingungslosen Haß von Jabotinsky, der die Araber als „Rowdies" und „Bastarde" bezeichnete.

An der Warschauer Universität machte Begin sein Juraexamen. Mit 26 Jahren wurde er von den Sowjets in Lithuania verhaftet. Er wurde zu 8 Jahren Haftstrafe verurteilt, wurde aber 1942 als polnischer Staatsbürger entlassen.

Er schloß sich der Anders-Armee an und verließ sie später in Transjordanien und gelangte nach Palästina.

1943 wurde er Führer der Terroristenbande Irgun, die gegen die Araber in Palästina kämpfte und gegen die britischen Mandatsbehörden jener Zeit. Seine ganze terroristische Karriere hindurch mordete er ohne Gnade und Mitleid.

Im folgenden einige Terrorakte der Irgunbande:
1. die Ermordung des britischen Staatsministers Moyne in Kairo am 6.11.1949
2. der Bombenanschlag auf das King-David-Hotel in Jerusalem am 22.7.1946, bei dem 91 Menschen ums Leben kamen, Briten, Araber und Juden.

Begin führte die Truppen an, die das arabische Dorf Deir Yassin zerstörten, wo 240 Menschen getötet wurden samt Frauen, Kindern und alten Leuten. Dieses Verbrechen vom 9. April 1948 ist heute bekannt als das barbarische Massaker von Deir Yassin.

Die Geschichte der Terroristenbande Irgun unter Führung Begins ist voll von Verbrechen gegen die arabische Bevölkerung, und sie führte zahlreiche blutige Angriffe gegen die sicheren arabischen Dörfer, deponierten Bomben in Einkaufshäusern und Cafés, die von Arabern besucht wurden, in Jerusalem, Jaffa, Haifa und Lydda.

Weiterhin plünderte die Irgun arabische Banken und bestahl arabische Einzelpersonen.

Am 21. Juni 1948 wurde Begin von der offiziellen israelischen Polizei verhaftet und, nachdem er zu flüchten versucht hatte, später entlassen.

Aus den Mitgliedern seiner Terroristenbande gründete er die Herut-Partei, die größte Partei innerhalb des Likud-Blocks, und er wurde schließlich Mitglied des israelischen Parlaments.

Von 1967 nach dem Juni-Krieg bis gegen Ende 1969 war er Minister ohne Geschäftsbereich.

Seit 1977 ist er Premierminister.

Schütz geht nach Israel – ein Jeep für die PLO!

Unter dem Motto „Schütz geht nach Israel – wir spenden für einen Jeep für die PLO!" ist die vom Westberliner Nahost-Komitee geführte Kampagne jetzt mit der Überführung des Jeeps abgeschlossen worden. Unser Bild zeigt die Übergabe an die Samed-Tischlerei im Lager Bourg Al Buragne (Beirut).

Schiffe für die sozialimperialistische Abenteurerpolitik

Polen und die DDR müssen liefern

Aggressiv und zum Äußersten entschlossen versucht die sozialimperialistische UdSSR sich mit ihrer Exportoffensive im Handelskrieg gegen die andere Supermacht USA durchsetzen. Die Exportoffensive der SU kann nur erfolgreich sein, wenn der erbitterte Kampf um ein eigenes Transportmonopol gewonnen wird, was sich auf die Weltmeere und Binnengewässer erstrecken muß. Die sozialimperialistische Marine ist überall auf den Weltmeeren, um ihre Schiffsrouten und Kapitalanlagesphären zu sichern. Der russischen Handelsmarine fehlen hinten und vorne geeignete, hochautomatisierte Schiffe, um die gesamte Umschlagszeit – angefangen vom Laden bis zum Löschen – erheblich zu verkürzen und Arbeitskräfte einzusparen.

Es mangelt an Schiffen mit großer Reichweite und Traglast wie Massengutschiffe und Hochseefrachter und -container, die den Abtransport der geplünderten Rohstoffe und Schüttgüter wie Weizen, Kaffee usw. aus Afrika und anderen Teilen der Erde gewährleisten. Es fehlen Binnenschiffcontainer, die mit möglichst großer Traglast zügig Binnenwasserstraßen befahren können. Trotz der großen und modernen Fischfangflotte fehlen den Sozialimperialisten nach wie vor Fischereischiffe mit kombinierter Fischfabrik, die in die 200-Seemeilen-Zone einfallen und den Fischreichtum der Völker plündern.

Der Stand der Produktivkräfte in der Sowjetunion macht es den Sozialimperialisten unmöglich, diesen Rückstand gegenüber den imperialistischen Konkurrenten, vor allem aber gegenüber der anderen Supermacht aus eigener Kraft aufzuholen. Die RGW-Staaten müssen ran. Die DDR und Polen sollen liefern.

Produziert werden die Schiffe für die Sozialimperialisten hauptsächlich in der DDR. „55000 Beschäftigte stehen bei der Warnow-Werft in Warnemünde, der Schiffswerft Neptun in Rostock, der Matthias-Thesen-Werft in Wismar, der Volkswerft in Stralsund und der Peene-Werft in Wolgast in Lohn. Die Unternehmen sind vollbeschäftigt und haben gemäß der Arbeitsteilung im COMECON keinen Auftragsmangel... Die DDR-Werften haben sich längst auf große Serienproduktion spezialisiert, wobei freilich nach wie vor die UdSSR Hauptauftraggeber ist, aber nun auch längst Weltmarktpreise zahlt. 90% der Neubauproduktion geht in den Außenhandel." Weitere Kapazitäten sollen laut DDR-Außenhandelskammer noch geschaffen werden. Alle Werften in der DDR werden von Rostock aus zentralisiert und dirigiert. Die Sozialimperialisten sitzen fest drin. Von den 69 Schiffen (Vermessungstonnage 367800 BRT und 369200 Tonnen), die 1976 in der DDR-Schiffbauindustrie produziert wurden, gingen 42 an die Sowjetunion. Ganze 8 Neubauten erhielt die DDR-Handelsflotte, die in den Jahren 1973 und 74 keine und 1975 nur zwei kleine Schiffe aus eigener Produktion bekommen hat.

Damit die Wünsche der Sozialimperialisten auch genauestens erfüllt werden, sitzen sowjetische Konstrukteure in den Werften der DDR, diktieren die Konstruktion und überwachen die Produktion. Gleichzeitig liefert die Sowjetunion die Schiffsbleche. Die Elektronik kommt zum größten Teil aus Polen und zum kleineren aus der UdSSR. Die übrigen Teile werden in der DDR „unter einem Dach" produziert. Billig und schnell verfügbar müssen die Schiffe sein. Also wird die Ausbeutung der Arbeiterklasse im Schiffsbau weiter verschärft und die Rationalisierung vorangetrieben. „Die Roßlauer Schiffsbauer haben 1977 ihren Plan Wissenschaft und Technik in elf Monaten erfüllt. Jede Stunde wird genutzt, um schon Rationalisierungsaufgaben des kommenden Jahres zu lösen. Wettbewerbsziel zum 30. Jahrestag ist es, die geplante Steigerung der Arbeitsproduktivität zu mindestens 80% durch wissenschaftlich-technische Maßnahmen zu erreichen. Dazu gehört die Einsparung von 200000 Arbeitsstunden." (Neues Deutschland, 20.12.1977) „Die 8000 Schiffsbauer der Volkswerft wollen ihre Wettbewerbsverpflichtung, im Zeitraum von 1976 bis 1980 ein Schiff zusätzlich zu produzieren, schon in diesem Jahr erfüllen." (Neues Deutschland, 29.3.1977) Von Wollen kann da wohl keine Rede sein. Ausbeutung bis aufs Blut ist die Devise der Sozialimperialisten. Wenn das „Neue Deutschland" dann noch zusätzlich darin schweigt, daß mit den in der DDR gebauten Schiffen die Reichtümer Sibiriens erschlossen werden, kann man sich vorstellen, wie die Schiffe bezahlt werden – Industrieprodukte und -anlagen gegen Rohstoffe ganz im Sinn der „internationalen Arbeitsteilung".

Schiffsproduktion der DDR für die Sowjetunion

Warnow-Werft	1977	Spezial-Massengutschiff 19590 t Traglast	Transport von Erz, Schüttgut Container in arktischen Gewässern	10 bestellt 1 geliefert
	1976	„Warnemünde-Serie" 10000 BRT		17 geliefert 1976 Produktion eingestellt
		Typ „Merkur" Vollcontainerschiff	Fahrten bei Eisgang	4 geliefert
Neptun-Werft	1973 – 76	Stückgutfrachter		19 geliefert 1976 Produktion eingestellt
Boizenburg (Binnenwerft)	1959	Werkstattschiffe	Stück- und Schuttgut Binnengewässer, küstennahe Meergewässer	71 geliefert Produktion eingestellt
Roßlau-Werft		Container-Binnen-Küstenschiff		20 geliefert
Volkswerft Stralsund		Atlantic-Supertrawler 4000 BRT	Fischfang/-verarbeitung	15 geliefert

In Polen sieht das nicht anders aus. Die polnischen Werften sind in einer Industrievereinigung zusammengefaßt. Systematisch wird über sie rationalisiert und für die Sowjetunion spezialisiert. 55000 Schiffsbauer in Polen sollen für die Profitinteressen der Sozialimperialisten bluten. Die Knochenarbeit bringt 3041 Zloty (ca. 450 DM). Gegen die verschärfte Ausbeutung und Senkung des Lohns durch Preissteigerungen gab es und gibt es Kampf. 1970 legten Polens Werftarbeiter die Arbeit nieder und demonstrierten zusammen mit den Arbeitern aus dem Kohlebergbau. Dieser Kampf war auch gerade gegen die umfassende Strukturänderung in der Werftindustrie Polens gerichtet, und Polens neue Bourgeoisie zweifelt gar an der Durchsetzung. – (Z-Red.)

Bauxitproduzierende Länder gegen den Raubbau der nationalen Reichtümer

In den letzten Wochen haben zahlreiche imperialistische Aluminiumkonzerne eine Steigerung ihrer Gewinne im Jahre 1977 bekanntgegeben. International Aluminium Los Angeles hat eine Steigerung der Dividende um 63% verkündet. Die australische Niederlassung des US-amerikanischen Konzerns Comalco meldet eine Steigerung der Nettogewinne (vor Abzug der Steuern) von 26,16 Mio. Australische Dollar auf 40,24 Mio. Australische Dollar. Die Preise für Bauxit und Aluminiumoxyd konnten die Imperialisten seit über einem Jahr gleichbleibend niedrig halten, während die Aluminiumpreise fortlaufend gestiegen sind.

Der wichtigste Rohstoff zur Gewinnung von Aluminium ist Bauxit. Die elf in der internationalen Bauxitvereinigung zusammengeschlossenen Staaten Australien, Dominikanische Republik, Ghana, Guinea, Guayana, Haiti, Indonesien, Jamaika, Jugoslawien, Sierra Leone und Surinam verfügten 1975 über 72% der damals bekannten Reserven an Bauxit. Aus dem Rohstoff Bauxit wird Aluminiumoxyd und daraus Aluminium produziert. 1960 stellten die heute in der IBA zusammengeschlossenen Staaten 10% der Weltproduktion an Aluminiumoxyd her, das heißt, das von ihnen geförderte Bauxit wurde fast vollständig sofort nach der Förderung in die Länder verschifft, die ein Monopol in der Aluminiumproduktion haben. 1970 hatten sich die heutigen IBA-Staaten einen Anteil von 20% an der Aluminiumoxydproduktion erkämpft, nach ihrem Zusammenschluß im Jahre 1974 einen Anteil von 34%.

Jamaika, eines der bedeutendsten Bauxitförderländer, verfügte 1975 über eine Förderkapazität von 16,5 Mio. t Bauxit und eine Produktionskapazität für 3 Mio. t Aluminiumoxyd, es besaß aber lediglich Fabrikanlagen, um daraus 7000 t Aluminium in Form von Halbprodukten herzustellen. Guinea mit einer Förderkapazität von 9 Mio. t Bauxit und einer Produktionskapazität für 700000 t Aluminiumoxyd besaß keinerlei Einrichtungen für die Gewinnung von Aluminium aus seinen Rohstoffschätzen. Jamaika erhielt 1975 von den auf seinem Territorium operierenden imperialistischen Aluminiumkonzernen Abgaben für das exportierte Bauxit und Aluminiumoxyd in der Höhe von 141 Mio. Dollar. 1976 waren es noch 132 Mio. Dollar. Einer dieser Konzerne, die Aluminium Corporation of America (ALCOA), der größte US-amerikanische Aluminiumkonzern, machte in den USA 1976 Umsätze von 2,9 Mrd. Dollar.

In ihrer Charta verpflichten sich die in der IBA zusammengeschlossenen Staaten, „sich dafür einzusetzen, den größtmöglichen Teil dieses natürlichen Reichtums in nationalen Besitz zu bringen und eine wirksame Kontrolle über seine Ausbeutung auf ihrem Territorium zu errichten und entsprechende Aktionen anderer Mitglieder soweit wie möglich zu unterstützen."

1975 gerieten die Profite der Aluminiummonopole und ihre ganze Produktion in eine schwere Krise. In den USA sank der Aluminiumabsatz um 20%. Mit schweren Angriffen auf die Bauxitförderländer versuchten sie, die Auswirkungen dieser Krise zu überwinden und dabei die Konkurrenzbedingungen sowohl untereinander wie gegenüber den Kapitalisten, die andere Metalle verarbeiten, zu verbessern. Jamaika hatte als erstes der IBA-Länder erhöhte Abgaben auf die aus seinem Land billigst exportierten Rohstoffe durchgesetzt. Die Produktion auf Jamaika wurde 1975/76 von den Aluminium-Konzernen um über 30% gesenkt und die gestiegenen Einnahmen dadurch wieder reduziert. Einige der imperialistischen Konzerne ließen sich die Enteignung des von ihnen usurpierten Grund und Bodens und die Beteiligung der Regierung an den inländischen Werken mit zusammen über 45 Mio. Dollar, mit langfristigen günstigen Pachtverträgen und einer Senkung der Exportabgabe bezahlen. ALCAN, der stärkste imperialistische Konzern auf Jamaika, hat bisher jede Verstaatlichung mit der Drohung der Produktionseinstellung und dem Hinweis auf den anhaltend niedrigen Bauxitpreis verhindert. Ähnliche Produktionseinbußen mußte Guayana hinnehmen.

Die Politik der Sozialimperialisten gegenüber den bauxitproduzierenden Ländern unterscheidet sich nicht von der der US-Imperialisten und ihrer imperialistischen Verbündeten. Ungarn verfügte 1975 über Kapazitäten zur Bauxitproduktion von 3,5 Mio. t und zur Aluminiumoxydproduktion von 1,35 Mio. t. Es konnte aber nur rund 300000 t Aluminiumprodukte selbst herstellen.

In Jamaika versuchten die Sozialimperialisten die Schwächung des US-imperialistischen Einflusses zu nutzen und haben durch eigene Investitionen die Verschuldung Jamaikas weiter gefördert. Mit dem Bau eines Aluminiumoxydwerks in Saydesehir in der Türkei glauben sie sich langfristig eine preisgünstige Quelle für dieses wichtige Zwischenprodukt gesichert zu haben (vgl. KVZ Nr. 1/78).

Der Beschluß der IBA-Staaten einschließlich Australiens, für 1978 einen Mindestpreis für Bauxit festzusetzen und verstärkte Anstrengungen im Aufbau einer eigenen Aluminiumproduktion zu machen, wird die Konkurrenz unter den imperialistischen Monopolen verschärfen.

Die US-Imperialisten wollen Saudi-Arabien und Ägypten zu ihrer Polizei degradieren

Carters Pläne sind mehr als gewagt

In der letzten Woche ließ Carter eine Kriegsdrohung an die OPEC-Staaten heraus. Falls sie ein Ölembargo beschließen sollten, verstehe er das als eine „ernste Bedrohung des Weltfriedens". Die USA würden in einem solchen Falle sofort alle Lieferungen an Waffen, Nahrungsmitteln und Ersatzteilen einstellen.

Seit der OPEC-Konferenz im Dezember 77 weiß man, was den Imperialisten ein Stachel im Fleisch ist: der politische Zusammenschluß der Länder der Dritten Welt. Wäre es auf der OPEC-Tagung allein um wirtschaftliche Interessen gegangen, so wäre das Kartell längst zerbrochen. Denn für eine ganze Reihe dieser Länder bedeutet das Festhalten am jetzigen Ölpreis eine starke Belastung ihrer Volkswirtschaft, weil sie für die Dollars, die sie für gutes Öl bekommen, immer weniger kaufen können. Die OPEC schätzt die Verluste durch den Kursverfall des Dollars in den letzten Monaten auf 30% der Einnahmen.

Bei ihrem schmutzigen Plan, die OPEC-Staaten über die Frage der Erhöhung des Ölpreises zu spalten, hatten die Imperialisten an der unterschiedlichen Lage der einzelnen Länder angesetzt. Carter hatte sich auf Saudi-Arabien konzentriert, um es für eine Ablehnung der Erhöhung einzuspannen. Dieses Manöver ist Teil des Plans der US-Imperialisten, im Nahen Osten die Front der Völker aufzubrechen und sich dabei auf zwei Länder, Ägypten und Saudi-Arabien zu stützen, die in bezug auf ihre wirtschaftliche Lage unterschiedliche Ansatzpunkte für imperialistische Pläne bieten.

Ägypten, dessen Volkswirtschaft zerrüttet ist auf Grund der Kriege gegen das Zionistenregime, erhält seit Jahren hohe Kredite von den US-Imperialisten, 2,3 Mrd. Dollar seit 1975, weitere 924 Mio. Dollar seit 1972 über die Weltbank und die IDA; für 1978 sind 270 Mio. Dollar für „Entwicklungsprojekte" vorgesehen. Schon 1975 mußte Ägypten die hohe Verschuldung mit 22% seines gesamten Exports „begleichen", d.h. die Zinsen zahlen, denn die Staatsverschuldung stieg auf 12 Mrd. Dollar. Die Kredite der Weltbank sollen den US-Imperialisten den Weg zum Kapitalexport ebnen. Es wurden z.B. in der Suez-Kanalzone Bewässerungsanlagen gebaut, die das Bodendrainagesystem überforderten, so daß riesige Gebiete versumpft sind und tausende von Bauern die Existenzgrundlage verloren. Seit die US-Imperialisten der ägyptischen Regierung im Sommer '77 Maßnahmen zur Förderung ausländischen Kapitals abgepreßt haben, flöten sie in ihren Wirtschaftsmagazinen von „günstigen Investitionsbedingungen" in Ägypten. Der US-Konzern Pepsi Cola hat eine 40prozentige Beteiligung an einer Kapitalgesellschaft erkauft, die das Gebiet an der Kanalzone zum Anbau von Obst nutzen will, aus dem die Konzentrate für Pepsi-Cola-Getränke gewonnen werden sollen.

Für die Volksmassen in Ägypten fehlen die Nahrungsmittel: Der Import von lebenswichtigen Waren ist von 1972 bis 1977 um 400% gestiegen.

Die Waffenlieferungen der US-Imperialisten sind nicht nur ein Mittel zur weiteren Verschärfung der Schuldknechtschaft, sondern auch der politischen Erpressung und Spaltung.

Carter hat öffentlich diese Waffenlieferungen an Ägypten und vor allem an Saudi-Arabien, das den Hauptteil des US-Waffenexports erhält, zugestanden. Wenig später erklärt sein Außenministerium scheinheilig, man wisse nicht, wie amerikanische Waffen nach Somalia kämen. Die USA jedenfalls würden keine dorthin liefern. Die US-Imperialisten hegen den Plan, Ägypten und Saudi-Arabien als ihre bis an die Zähne bewaffnete Polizei in die Konfrontation mit den Ländern Afrikas und des Nahen Osten zu treiben. Das Schüren von Widersprüchen zwischen den Ländern der Dritten Welt, wie es die US-Imperialisten und die Sozialimperialisten hartnäckig und verbissen verfolgen, soll als das Werk einzelner Länder der Dritten Welt erscheinen.

Saudi-Arabien, so rechnet Carter, eignet sich dafür gut, weil seine wirtschaftliche Stellung innerhalb der OPEC relativ stark ist, also die Möglichkeit bestehen könnte, über Saudi-Arabien die Konkurrenz in die OPEC zu treiben, um sie so zu spalten. Denn Saudi-Arabien ist der größte Erdölexporteur der Welt. Es verfügt nicht nur über reiche natürliche Erdölvorkommen, sondern auch über entsprechende Förderkapazitäten. Sie sind von den größten US-Monopolen Exxon, Mobil, Texaco ausgebaut worden mit der Absicht, Unmengen billigsten Öls in die USA zu schaffen, um darüber die Kosten für Energie zu drücken und die erdölproduzierenden Länder unter Preisdruck zu bringen, als auch über die Verarbeitung des Rohstoffs durch Export von Halbfabrikaten und Fertigwaren Extraprofite einzustecken.

Diese Raubverbrechen haben die US-Monopole keineswegs aufgegeben, auch wenn sie heute innerhalb der arabisch-amerikanischen Ölgesellschaft Aramco die Beteiligung Saudi-Arabiens an der Förderung und dem Export des Öls hinnehmen müssen.

In der Vorbereitung der letzten OPEC-Konferenz haben denn auch alle westlichen Imperialisten in ein Horn geblasen und die „einsichtige", „westlich orientierte Haltung" Saudi-Arabiens hochgelobt, in der Hoffnung auf Erfolg der Spaltungsmanöver. Die OPEC-Länder haben das Spiel durchschaut. In einem Interview mit der französischen Zeitung „Le Monde" hat der saudi-arabische Erdölminister Yamani noch vor der Tagung im Dezember gesagt, man täte gut daran in den Industrieländern 1990 mit einem Ölpreis von 25 Dollar pro Barrel – z. Zt. 12,5 Dollar – zu rechnen. Verständlicherweise verschlagen solche konsequenten Äußerungen den Imperialisten die Luft. Prompt reagierte die bürgerliche Presse und berichtet von einem Jumbo-Jet mit Extra-Holztäfelung für 100 Millionen, den der saudi-arabische König bestellt haben soll. Ein Land, das im Ölreichtum ertrinkt und nicht weiß, wohin mit dem ganzen Geld, so läuft die Propaganda.

Nicht nur die Äußerung Yamanis, sondern weitere Tatsachen sprechen eine klare Sprache: Saudi-Arabien steht auf der Seite der Länder der Dritten Welt. Ab sofort hat das Land die Erdölproduktion für den Export, der über die Aramco-Gesellschaft läuft, gedrosselt auf 8,5 Mio. Barrel am Tag (1 Barrel gleich 159 Liter) von etwa 10 Mio. im Frühjahr 1977. Die US-Imperialisten werden ihre Schwemme billigen Öls auf dem Weltmarkt nicht bekommen! Genausowenig werden sie die Genugtuung erhalten, die OPEC in die Konkurrenz getrieben zu haben.

Saudi-Arabien will über eine arabische Organisation für Industrialisierung eine eigenständige Waffenproduktion der arabischen Staaten, also auch Ägyptens aufbauen. Yamani hat den Vorschlag der venezolanischen Präsidenten Perez aufgegriffen, der auf der OPEC-Tagung vorgeschlagen hat, Überschüsse der erdölproduzierenden Länder für die Unterstützung des wirtschaftlichen Aufbaus in den übrigen Ländern der Dritten Welt einzusetzen.

Saudi-Arabien geht davon aus, daß es selbst so stark ist wie der Zusammenschluß der Länder der Dritten Welt gegen den gemeinsamen Feind. – (Z-Red.)

Uganda verkündet wirtschaftliches Aktionsprogramm zum Aufbau der Industrie und Landwirtschaft

Die neokoloniale Einmischung soll verhindert, die Unabhängigkeit des Landes gestärkt werden

Mitte Januar dieses Jahres wurden in Uganda vor dem „Nationalen Forum" einzelne Projekte des Ende 1976 verkündeten und begonnenen wirtschaftlichen Aktionsprogramms bekanntgegeben. Das von Finanzminister Oboth-Ofumbi 1976 angekündigte Programm sieht folgende Maßnahmen vor: 1. Anhebung der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse; 2. Subventionen für Düngemittel, Schädlingsbekämpfungsmittel und landwirtschaftliche Geräte; 3. Programm zur Intensivierung der Baumwollerzeugung; 4. Hilfen für Vieh- und Geflügelzuchtindustrie; 5. Höhere Importe bestimmter Rohstoffe, Ausrüstungsgegenstände und Ersatzteile; 6. Verbesserung des lokalen Transports durch Vergrößerung des Fahrzeugparks und Verstärkung der Uganda Airlines Corporation; 7. Maßnahmen zur Förderung ausländischer Investitionen.

Dieses wirtschaftliche Programm dient dazu, die Unabhängigkeit des Landes zu stärken und neokoloniale Einmischung zu verhindern. Uganda, das am 9. Oktober 1962 seine Unabhängigkeit erklärte, unternahm energische Anstrengungen, die Wirtschaft des Landes unter eigener Kontrolle aufzubauen. Die britischen Imperialisten hatten als Kolonialmacht den größten Teil der Industrie, der Landwirtschaft, des Gewerbes und des Handels monopolisiert. Die wesentlichen Fachkräftestellen wie Ingenieure, Lehrer und Ärzte waren von britischen Kolonialisten oder über die britischen Imperialisten eingewanderten Inder britischer Staatsangehörigkeit besetzt. Die Zahl der Kolonialisten in Uganda war erheblich geringer als in den übrigen ostafrikanischen Ländern wie z.B. dem benachbarten Kenia. Von den 15000 Kolonialisten, die noch Anfang 1972 in Uganda lebten, waren nach der Ausweisung 1973 nur noch 2500 übriggeblieben. Ein Jahr vor dieser Ausweisung, die zeitlich mit der großen Verwaltungsreform zusammenfiel (das Land wurde neu gegliedert in zehn Provinzen, die aus drei bis sechs Distrikten bestehen) wurden die acht größten Unternehmen verstaatlicht. Die Verstaatlichung und die Ausweisung der Kolonialisten ließ die internationale Bourgeoisie aufheulen. Jeder erinnert sich noch gut an die Greuelgeschichten, die die bürgerliche Presse jahrelang über Uganda verbreitete. Die auf Unabhängigkeit und gegen jede äußere Einmischung gerichtete Politik Ugandas war den Imperialisten ein Dorn im Auge. Immer wieder forderten sie wirtschaftliche Sanktionen und Boykottmaßnahmen, um Uganda in die Knie zu zwingen.

Als Mitglied der Vereinten Nationen und ihrer Sonderorganisationen mit Ausnahme der Zwischenstaatlichen Beratenden Organisation für Seeschiffahrt und als Mitglied der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) sowie der Ostafrikanischen Gemeinschaft (EAC) hat Uganda sich beharrlich für die Interessen der Länder der Dritten Welt eingesetzt. Besonders den Vorsitz in der OAU benutzte Staatspräsident Idi Amin, um den Kampf der afrikanischen Völker gegen Kolonialismus und Neokolonialismus zu stützen.

Das Staatsgebiet Ugandas ist nur wenig kleiner als das der BRD. Ein Sechstel des Landes wird allerdings von Flüssen, Seen und Sümpfen eingenommen. Die wirtschaftliche Grundlage bildet nach wie vor der Agrarsektor. Etwa 50% des Bruttoinlandsprodukts werden von der Landwirtschaft aufgebracht. Der Anteil der landwirtschaftlichen Erzeugnisse bei den Exporteinnahmen liegt bei rund 90%. Die Kaffeeausfuhren machen fast zwei Drittel des gesamten Exportwesens aus. Uganda gehört zu den sieben wichtigsten kaffeeproduzierenden Ländern. Die Baumwolle macht etwa 20% am Export aus. Der Ausbau der Landwirtschaft sieht vor, daß der Anbau von Sojabohnen, Reis, Mais, Weizen, Gemüse und Gewürzen außerordentlich gefördert wird.

Etwa 20% der arbeitsfähigen Bevölkerung arbeiten in der Landwirtschaft. Knapp 30% arbeiten im produzierenden Gewerbe einschließlich dem Baugewerbe und dem Bergbau. Von Bedeutung ist für Uganda der Kupfer- und Eisenerzgewinnung ebenso wie die Kupferschmelze und die Produktion von Chemikalien und Kunststoffartikel, Möbeln, Holz und Papierwaren. Es bestehen ein Elektrostahlwerk und ein Walzwerk sowie zwei modern eingerichtete Textilfabriken. Uganda ist gegenwärtig der größte Stromerzeuger Ostafrikas.

Der Aufbau der Industrie des Landes bereitet allein wegen der großen Entfernung von der Küste große Schwierigkeiten. Zwar besitzt Uganda mittlerweile das bestausgebaute Verkehrsnetz in Afrika, hat aber keinen eigenen Zugang zum Meer. Bei einem Besuch 1976 im Sudan vereinbarte Idi Amin die verstärkte Zusammenarbeit auf dem Sektor des Transportwesens, hierbei sei vor allem an einen weiteren Zugang Ugandas zum Meer über Port Sudan gedacht. Durch die Mitgliedschaft in der Ostafrikanischen Gemeinschaft (EAC) ist Uganda gleichberechtigt an der „East African Shipping Line" beteiligt, die bisher über zwei für den Überseedienst geeignete Frachtschiffe verfügt. Dadurch ist Uganda weitgehend unabhängig von den imperialistischen Transportmonopolen der beiden Supermächte.

Das Schwergewicht des beschlossenen Aktionsprogramms liegt gleichermaßen auf dem Ausbau der Industrie wie der Landwirtschaft. Das Programm sieht eine Verdoppelung der Baumwollerzeugung, die Steigerung der Kaffeeproduktion sowie von Gartenbauprodukten, von Zitrusfrüchten, von Weizen, Reis und Weichhölzern vor. Über 210 Viehfarmen sollen aufgebaut werden, womit auch die Milchversorgung der Bevölkerung verbessert werden soll. Schließlich steht der Ausbau und die Modernisierung der Fischereiwirtschaft auf dem Programm. Als größtes Projekt im industriellen Bereich gilt die Gerberei bei Jinja. Damit hofft Uganda unabhängig vom Lederimport zu werden.

Der Ausbau der Transportkapazitäten bildet einen bedeutenden Faktor im Aktionsprogramm. Neben dem Neu- und Ausbau des Straßennetzes sind Ausgaben für 4000 Lkws im Wert von 1,3 Mrd. USh, 500 Omnibusse, 4000 Motorräder und 100000 Fahrräder vorgesehen. Außerdem wurden 250 Güterwagen und 20 Passagierwaggons in Indien bestellt. Der Ausbau des Nachrichtenwesens soll dem Zuwachs der Fernsprechanschlüsse von 1973 gleich 38300 auf 1974 gleich 42900 Rechnung tragen. Verkehrs- und Nachrichtenwesen bilden ohnehin die größten Einzelposten in dem wirtschaftlichen Aktionsprogramm. Die zur Verwirklichung dieses Programms notwendigen Mittel von rund 11,3 Mrd. USh sollen zu etwa zwei Dritteln aus befreundeten Staaten kommen, während das restliche Drittel Uganda selbst beiträgt. Anfang 1977 besuchte der indische Industrieminister Sharma mehrere Wochen das Land, um Kooperationsmöglichkeiten im Bereich der Klein- und Mittelindustrien zu besprechen. In Zusammenarbeit mit Libyen wurde eine Entwicklungsgesellschaft mit einem Anfangskapital von 50 Mio. US-Dollar eingerichtet. Damit ist Libyen neben Kuwait und Saudi-Arabien eines der wenigen Länder, die in größerem Umfang in Uganda investieren. Die Tatsache, daß Uganda den Imperialisten keine Möglichkeit für den Kapitalexport bietet, angesichts dieses „fetten Aktionsprogramms", läßt sie neuerlich aufheulen. „Die Bereitschaft zu privater Kapitalanlage zu Neuinvestitionen ist seit Amin fast aussichtslos", beklagt sich z.B. die westdeutsche Finanzbourgeoisie, „es kommt kein ausländisches Kapital herein." Die erforderlichen ausländischen Investitionen werden fast ausschließlich von Ländern der Dritten Welt aufgebracht. Wen verwundert's da, wenn die „Bild"-Zeitung letzten Dienstag berichtet: „Amins Gefangene müssen Tote essen"? Sieht das Kapital die Felle davonschwimmen, gerät es außer sich. Dadurch besorgt, wo sich Länder der Dritten Welt gegen die Ausplünderung und Unterdrückung zusammenschließen. – (Z-Red.)

Religionsunterricht mit anderen Mitteln

Über die „Interpretation" von Goldings „Herr der Fliegen" gibt es heftigen Streit unter den bürgerlichen Literaturkritikern. Das ist kaum verwunderlich, denn die Bourgeoisie pflegt den Klassencharakter ihrer Literaturprodukte mit dem Schein des Geheimnisvollen zu umgeben, ihre Autoren mit der Aura des Genies, des „Suchenden zwischen den Welten", des „Skeptikers" oder „Moralisten" und was sonst noch allem.

Die Beschäftigung mit solcherlei Hochgeistigem wird den jungen Lehrern während ihrer Ausbildung für den Deutschunterricht im Übermaß zugemutet. Mangelnde Begeisterung für diese Art von Studium wird mit Prüfungsdruck und Schikane beantwortet. Denn sorgfältig muß die ideologische Unterweisung der zukünftigen Staatsbeamten vorgenommen werden, soll die Behandlung der Literatur die ethischen und moralischen Wertvorstellungen der Jugend nach den Interessen der Bourgeoisie prägen.

Will man wissen, was die Bourgeoisie von Golding hält, muß man sich mit drei „Richtungen" auseinandersetzen, die alle beanspruchen, ihn am besten „verstanden" zu haben. Zentrale Frage der bürgerlichen Literaturkritik ist der Standpunkt, von dem ausgegangen wird – nicht der Klassenstandpunkt natürlich, sondern der Standpunkt einer bestimmten bürgerlichen Wissenschaft. Soll man also den Roman „Herr der Fliegen" a) religiös, b) psychoanalytisch oder c) politisch „interpretieren"?

Man wähle:

a) „Der Roman ist der Beginn der Menschheitsgeschichte im Garten Eden, wo die Menschen die Gelegenheit bekamen, sich in Gehorsam gegen Gottes Willen auf diesem Stück Erde ihr Leben aufzubauen."

Leider kam der Sündenfall dazwischen.

„Ralf und Piggy scheitern, weil sie nicht in ihre Wirklichkeit miteinbeziehen, daß es etwas gibt, das mächtiger ist als die Vernunft und der gute Wille, und dieses Ineinander von Instinkt und metaphysischem Bösen zerstört ihre Gemeinschaft, ihre Gesetze und schließlich ihr Leben."

„Es zeigt sich wie einst, daß der Mensch allein das Böse nicht bewältigen kann, zumal in seiner Natur etwas ist, was dem Bösen in die Hände arbeitet. Anstelle der Gebote Gottes ... sind die von Menschen erlassenen Gesetze getreten." (Gisela Pira, Die Macht des Bösen)

b) „Da gibt es zum anderen die Deutungen des Romans in psychoanalytischen Kategorien als Dramatisierung des Kampfs zwischen Id (Es), Ego (Ich) und Super-Ego (Über-Ich) und als Studie zur kollektiven Regression vom Realitäts- zum Lustprinzip beim Aussetzen zivilisatorischer Sanktionen." (Peter Freese, Verweisende Zeichen in W. Goldings „Herr der Fliegen")

c) „... zum dritten die Deutungen in politischen Kategorien als Stellungnahme zu den Entartungen der jüngsten Geschichte und als Widerlegung aller politischen Konstruktionen, auf der Grundlage eines positiven Menschenbildes." (ebenda)

Die „Vielfalt" von Begriffen, Gesichtspunkten und Kategorien einmal beiseite, so schält sich als gemeinsamer Nenner heraus: Gewalt ist vom Übel, sie entspringt der Natur des Menschen, aber auch wieder nicht. Jedenfalls ist das Böse das Schicksal des Menschen, gegen das die Gemeinschaft abgeschirmt werden muß. Wer Gewalt anwendet oder Widerstand leistet, ist von diesem Bösen befallen, er lasse ab davon, oder es wird ihm schlecht ergehen. Die Herrschaft der Bourgeoisie erfährt eine Wiedergeburt in Gott. Ihr Staat ist notwendig für die Erhaltung der Zivilisation. Ohne Ausbeuterordnung überhaupt keine Ordnung, das ist das Fazit. Der Marxismus-Leninismus ist eine „politische Konstruktion", die von einem positiven Menschenbild ausgeht und bereits zu etlichen „Entartungen" der Geschichte geführt hat, wie man am Kampf der Völker gegen den Imperialismus sehen kann. Die Zivilisationsregeln des faulenden imperialistischen Systems werden zu religiösen Dogmen der Unterwerfung der Arbeiterklasse.

Golding in eigener Sache: „Vor dem Zweiten Weltkrieg glaubte ich an die mögliche Vervollkommnung des Menschen ... aber nach dem Krieg war ich dazu nicht mehr imstande." Und deshalb schreibe er Romane, Fabeln wie er sagt, deren moralische Lektion in folgendem besteht: „Der Mensch ist ein gestürztes Wesen. Er ist mit der Erbsünde behaftet. Seine Natur ist sündig, seine Lage bedrängt." Als „Schulmeister" hat Golding das wohl am eigenen Leibe erfahren und nachhaltig in Erinnerung behalten: „Ich habe viele Jahre lang mit kleinen Jungs zusammen gelebt und kenne und verstehe sie mit schrecklicher Genauigkeit." Schrecklich muß für ihn gewesen sein, wenn bei den Schülern die Besinnung auf die Schuld der Erbsünde keinen Erfolg zeigte, wenn er im Gegenteil zu spüren bekam, was sie von solchen moralischen Lektionen halten. Jedenfalls hat er mit 51 Jahren 1962 den Schulmeister an den Nagel gehängt und lebt seither mit seinen Romanen, die ihn ernähren. Eine herbe Enttäuschung für einen Marineoffizier. – (Z-Red.)

William Goldings „Herr der Fliegen"

Wir waren ziemlich überrascht, als wir von Deutschlehrern erfahren haben, daß William Goldings Buch „Herr der Fliegen" gern als Zwangslektüre im Deutschunterricht verwendet wird. Vielen etwas älteren Lesern wird das Machwerk bekannt sein und sie werden sie zu abermaliger Lektüre angeregt fühlen. So ist es uns auch gegangen.

Golding, Jahrgang 1911 und in der britischen Armee als Offizier gedient, verdient sich sein Brot nach dem Kriege als Lehrer. Mit 51 Jahren legte er sein Lehramt nieder, um fortan von Autorenhonoraren zu leben.

Herr der Fliegen übersetzt das hebräische Wort Baal Zebub. Es wird in der Bibel für den Satan verwendet. Die Geschichte: Ein Flugzeug, das vollgepackt mit Schulzöglingen männlichen Geschlechtes und verschiedenen Alters offenbar während des zweiten Weltkrieges auf dem Heimweg von den Kolonien nach England abgeschossen wird, notlanden muß, seiner „erwachsenen" Bedienungsmannschaft vollständig verlustig geht und die allesamt unverletzt gebliebenen Zöglinge auf eine Insel, die nichts dafür kann, ausspeit.

„Sind wirklich keine großen Leute hier? – Ich glaube nicht. Der Blonde hatte dies mit ernster Stimme gesagt, aber dann durchströmte ihn mit Wonne das Gefühl, am Ziel geheimer Wünsche zu sein. Mitten auf der Schneise machte er einen Kopfstand und grinste den umgekehrten Dicken an. Endlich mal keine Erwachsenen!"

Da der äußere Zwang fehlt, kann sich der innerste Trieb frei entwickeln. Wie dieser innere Trieb beschaffen sei, davon handelt der Rest des Werkes. Die Konstruktion ist so geschaffen, daß alles Hinderliche fehlt. Es fehlt der Staat, es fehlt die Kirche, es fehlt die Lebenserfahrung. Es gibt günstige Umweltvoraussetzungen und Freiheit. Ausgangspunkt des Werkes ist die Entwicklung des Menschen in völliger Freiheit.

Golding, der seine Vorstellungen vom Menschen aus den Kreisen der herrschenden Klasse hat, deren Nachwuchs er zu erziehen pflegte, schildert den Tag nach der Notlandung als eine fortgesetzte Reihung einzelner Gehässigkeiten. Beim Leser verstärkt sich der Eindruck, daß etwas geschehen müsse.

„Wir brauchen mehr Ordnung und müssen sie einhalten. Schließlich sind wir keine Wilden. Wir sind Engländer, und die Engländer machen immer alles am besten. Wir müssen also immer das Richtige tun."

Es geht darum, daß ein ständiges Rauchsignal gegeben werden muß.

„Ich teile den Chor ein – vielmehr meine Jäger, und wir sorgen dafür, daß das Feuer nicht ausgeht ... Wir lassen das Feuer jetzt ausgehen. Nachts sieht ja doch niemand den Rauch, oder? Morgen stecken wir es wieder an, wann wir wollen. Diese Woche ist der Alt dran, mit dem Feuer; nächste Woche der Sopran."

Es ist nämlich ein kompletter Knabenchor mit abgestürzt, der die einzige organisierte Kraft im Chaos bildet. Die naheliegende Maßnahme, ein Signalfeuer zu unterhalten, kommt den Zöglingen bloß in Rückbesinnung auf den schnapsduftenden Stammtischchauvinismus. Da aber der schnapsduftende Kolonialoffizier nicht da ist, der die Jungs zu nehmen weiß, und weil auch der Chorleiter fehlt, wird aus dem Feuer zuerst eine Feuersbrunst, in der eines der jüngeren Mitglieder verbrennt, ohne daß sich irgendwer drum schert, und dann läßt der „Alt" das Feuer ausgehen, lang bevor der „Sopran" überhaupt drangekommen wäre. Denn den Vorsänger hat mit Macht der Tötungstrieb ergriffen, und zwar vorderhand noch gegen Schweine. Ein Schiff fährt vorbei, unbenachrichtigt, während der Vorsänger des Knabenchores mit dem „Alt" in Tötungsfreuden schwelgt:

„Da! Wir haben ein Schwein erlegt – wir haben uns angeschlichen – wir haben einen Kreis gemacht – wir sind rangekrochen – das Schwein hat gequiekt – wir haben das Schwein getroffen – ich bin oben drauf gefallen – ich hab dem Schwein den Hals durchgeschnitten – das Blut ist nur so geflossen – das hättest du sehen müssen – wir gehen jetzt jeden Tag auf Jagd."

Unter Goldings wissender Feder verwandelte sich das koloniale Kroppzeug in Raubzeug, aber Raubzeug ganz besonderer Sorte. Denn es ist *nicht* der Hunger der Anlaß zur Jagd. Wie erklärt sich, daß an dem in Jäger verwandelten Knabenchor jede Kritik wegen Verlöschens des Feuers und versäumter Benachrichtigung des Schiffes abprallt, als wenn nichts wär?

„Durch seine Freude großmütig gestimmt, versuchte er (der vormalige Knabenchorvorsänger und jetzige Jäger), sie an dem teilhaben zu lassen, was sich ereignet hatte. Sein Kopf schwirrte von Erlebnisbildern. Erinnerungen an die Erkenntnis, die über sie kam, als sie das zappelnde Schwein einkreisten, an das Wissen, daß sie etwas Lebendes überlistet, ihm ihren Willen aufgezwungen, ihm das Leben entrissen und es in sich eingesogen hatten wie einen langen, gierigen Trunk."

Über die Gemütsart, die sich bei Knaben herausbildet, die über Jahre hinweg gezwungen werden, alten Bourgeoisschachteln auf der ganzen Welt süße Lieder vorzusingen, wissen wir nichts, obgleich das interessant wäre, ist es doch nicht Goldings Interesse. Es geht ihm um einen größeren Personenkreis, nämlich die Menschheit.

Deswegen wird das Schwein nicht gejagt, um gegessen zu werden, deswegen würde es auch nicht hinreichen, den Tötungstrieb literarisch am Totschlagen einer Mücke oder Abtreiben eines Bandwurmes zu entwickeln. Es muß ein Schwein sein, weil beim Schwein läßt sich am besten zeigen, wie sich der Tötungstrieb unter dem *Vorwande*, essen zu müssen, entfaltet, und zweitens kann – wie man im weiteren Verlauf des Werkes sehen wird, auf in Anbetracht der komplizierten These doch wenigen Seiten dramatisch dargestellt werden, wie sich der Tötungstrieb am Schweine entlangrankt, um Stück für Stück den Menschen zu ergreifen, der ja biologische Ähnlichkeit mit dem Schweine hat. Es fügt sich günstig, daß einer der Zöglinge den Spitznamen „Piggy" hat. Für dramatische Spannung ist gesorgt.

„Er (ein Eber) ist also den Pfad entlang gekommen. Dann habe ich geworfen, so –. Robert knurrte ihn an. Ralph machte das Spiel mit. Und die anderen lachten. Dann stießen sie alle nach Robert, der so tat, als wollte er sie umrennen. Jack schrie – einen Kreis machen! – Der Kreis schloß und dehnte sich, Robert ahmte das erschreckte Quieken nach, dann schrie er wirklich vor Schmerz."

Wahrscheinlich ist das Quieken der auslösende Faktor. Jetzt:

„Au! Aufhören! Ihr tut mir ja weh! Ein Speergriff traf ihn in den Rücken, als er zwischen ihnen umherstolperte. Haltet ihn! Sie packten ihn an Armen und Füßen. Ralph ergriff, von plötzlicher Erregung erfaßt, Erics Speer und stieß damit nach Robert. –

Die Beteiligten erfassen auch Unterschiede zum Schwein:

„Jack hatte ihn beim Schopf und zückte sein Messer. Hinter ihm versuchte Robert, näher an ihn heranzukommen. Der rhythmische Chor ertönte wie beim Abschluß eines Tanzes oder einer Jagd! – Stecht das Schwein! Macht es tot! Stecht das Schwein."

Alle finden das gut:

„Auch Ralph drängte sich vor, um ein Stück dieses braunen, verwundbaren Fleisches in die Hand zu bekommen. Die Begierde, etwas zu zerdrücken und zu verletzen, war übermächtig. Jack ließ den Arm fallen; der wogende Kreis jubelte und grunzte, wie wenn ein Schwein verendete. Dann lagen sie schweratmend am Boden und lauschten Roberts ängstlichem Wimmern."

Mensch und Schwein sind also auswechselbar. Die Menschen grunzen, und Robert, das Pseudo-Schwein, wimmert. Alle hatten Spaß, aber man ist noch nicht ganz zufrieden:

„Wir müßten eine Trommel haben, sagte Maurice, dann wär's erst richtig."

„Wie richtig?"

„Ich weiß nicht so wie. Wir brauchen ein Feuer, eine Trommel, und dann geht alles im Takt."

„Und 'n Schwein brauchen wir, sagte Robert, wie bei 'ner richtigen Jagd."

„Oder jemand, der das Schwein macht, sagte Jack, einer müßte sich verstellen als Schwein, und dann so tun, als ob er mich umwerfen wollte, und so –"

„Ihr braucht 'n richtiges Schwein, sagte Robert, der sich noch immer das Gesäß rieb, weil ihr's totschlagen wollt."

Robert ist also noch dagegen.

„Dann nehmen wir einen von den Kleinen, sagte Jack, und alles lachte."

Robert lacht auch, denn einer von den „Kleinen" ist er nicht. Und den Trieb hat er auch und warum soll man da nicht mal und wenn es bloß einen von den „Kleinen" trifft ...?

Schon die ganze Zeit macht man sich unter den Zöglingen Probleme über Dämonen, die vorsichtig als „Tier" gefaßt werden. Auf diese Unglücksinsel hat es nämlich auch einen Flugzeugpiloten verschlagen, der tot an seinem Fallschirm hing und sich in Bäumen und Felsen so verfangen hat, daß er sich jedesmal bewegen muß, wenn der Wind es will. Diese „Marionette", sagt Golding dafür, versetzt die wilden Zöglinge in Religion, Gottesfurcht. Und weil es nicht nur am Staat, sondern auch an der Kirche fehlt, entwickelt sich die Religion natürlich auch entsprechend. Geopfert muß werden, und weil kein Pfaffe da ist, der das in die Ungesäuertes-Brot-Ordnung bringt, muß ein Schwein dran glauben.

Keine ganze Sau, sondern bloß der Schädel. Das diesbezügliche Schwein – das Werk strotzt von Schweinejagden – wird nicht abgestochen, sondern durch den Enddarm hindurch regelrecht gepfählt. Die Szene ist sehr liebevoll ausgemalt. Der Schweinekopf wird am Ort des Ereignisses, der Knabenchor mag sich dunkel an ein Hochamt erinnert haben, aufgepflanzt.

In der ganzen Horde gibt es aber einen, der heißt Simon, der ist nett zu den Kleinen und pflückt ihnen schon mal Früchte. Er beobachtet die Schweinerei und ihm wird schlecht. Er rennt auf den Berg und findet den Piloten bzw. dessen Leiche. Da wird ihm wieder schlecht. Bei dem ganzen wimmelt es, wie nicht weiters verwunderlich, von Fliegen.

Simon geht zurück zum Lager. Dort feiert man. Eine größere Tanzveranstaltung. Sie haben einen gefunden, der das Schwein macht. Gerade rechtzeitig bevor es diesen Unglücklichen erwischt, kommt Simon aus dem Wald. Es ist dunkel. Gewitter. Blitzt und kracht. Dann schlagen sie Simon tot. Alle haben einen riesigen Spaß dabei.

Am nächsten Tag wird Simon gefunden und man stellt fest, daß er es tatsächlich war. Der bisherige Chef der Bande und sein Berater, vorne schon erwähnter Piggy, wissen, daß sowas strafbar ist, und sind dagegen. Da werden sie gejagt. Piggy wird durch Anwendung der Hebelgesetze aus der Welt befördert. Zum rituellen Tötungsversehen gesellt sich – endlich – der gezielte Mord. Man war die ganze Zeit schon gespannt, ob Kannibalismus aufkommen wird. Eigentlich wäre es jetzt so weit.

Stattdessen kommt die Royal Navy, und der leitende Offizier ist enttäuscht, daß englische Jungs nichts Besseres zustande bringen. Er hat eben nicht verstanden, was Golding nahebringen will. Das Böse ist allumfassend, und wo nicht staatliche Gewalt es zügelt, wird alles grausig.

Bei Schillers Glocke werden Weiber zu Hyänen, wenn Völker selber ihr Schicksal bestimmen.

„Wenn sich die Völker selbst befrein
Da kann die Wohlfahrt nicht gedeihn;
Da werden Weiber zu Hyänen;
Es lösen
sich alle Bande frommer Scheu;
Gefährlich ist's, den Leu zu wecken,
Verderblich ist des Tigers Zahn;
Jedoch der schrecklichste der Schrecken,
Das ist der Mensch in seinem Wahn."

Über die französische Revolution, gegen die Schiller dabei hetzt, kann man sich aber historisch informieren und den interessiert konterrevolutionären Standpunkt des Dichters erfassen und kritisieren. Das ist bei dem Goldingschen Verfahren wirklich viel schwieriger. – Warum es Lehrer gibt, die freiwillig vor den Schülern enthüllen, daß sie sich für grimmige Feinde derselben ansehen, verstehen wir nicht. Entweder trifft das nicht zu, oder es ist dumm. – (Z-Red.)



Unfallschutz unter Herrschaft der Kapitalisten – die Arbeiterklasse zahlt mit Geld und Ruin der Gesundheit

1. Artikel aus der Serie „Die Geschäfte des Bundesministers für Arbeit und Soziales"

„Den erzielten Erfolgen steht leider die Tatsache gegenüber, daß seit Beginn der Statistik über Unfall- und Berufskrankheiten in den 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts bis heute eine ständige Steigerung der Unfälle pro 1000 Versicherter zu beobachten ist. Die gelegentlich anzutreffende Meinung, daß um die Jahrhundertwende die Unfallhäufigkeit höher gewesen sei als heute, ist unzutreffend. Unbeschadet vom Sinken oder Steigen der Unfallziffern innerhalb kürzerer Betrachtungszeiträume weist die Unfallstatistik in der Bundesrepublik eine generell steigende Tendenz auf." Diese Bilanz zog der Präsident der Bundesanstalt für Arbeitsschutz- und Unfallforschung Prof. Dr. Dr. Hagenkötter bei seiner Antrittsrede anläßlich der Eröffnung dieser Anstalt im Jahre 1972.

Ständige Versuche der Kapitalisten, sich mit Hilfe des Staates der Kosten für die Unfallversicherung zu entledigen

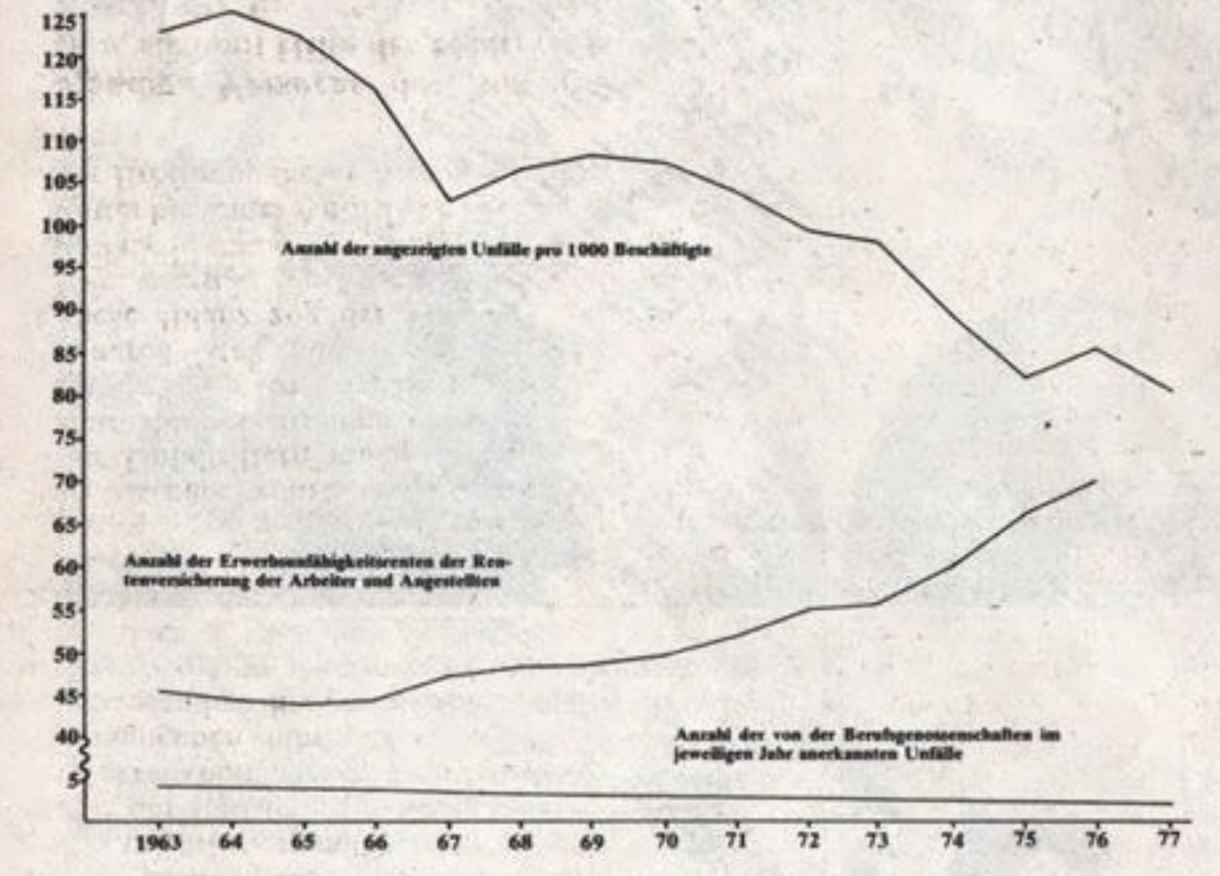
Nicht der hohe Verschleiß und der frühe Tod der Arbeiter rührt die Kapitalisten und ihre Professoren zu Tränen, sondern das verlorengegangene Geld, das zu zahlen sie gezwungen sind. 1976 betrugen die angezeigten Arbeitsunfälle 1828743, die angezeigten Berufskrankheiten 40038, die angezeigten Wegeunfälle 188179 Fälle. Die durch die gesetzliche Unfallversicherung entschädigten Arbeitsunfälle betrugen dagegen nur 59278, die erstmals entschädigten Berufskrankheiten 6474 und die erstmals entschädigten Wegeunfälle 11745. Das sind insgesamt weniger als vier Prozent der angezeigten Fälle. Die Differenz zwischen den gemeldeten und den tatsächlich anerkannten und durch die gesetzliche Unfallversicherung gezahlten Fälle zeigen die Anstrengung der Kapitalisten, sich die Bürde der Kosten, die ihnen der Klassenkampf der Arbeiterklasse aufgezwungen hat, ständig zu entledigen. Die Kosten beziehen sich auf Arbeitsunfälle, bei deren gesetzlicher Regelung „... hier wie anderswo (...) Augenmaß und einzel- und gesamtwirtschaftliche Verantwortung gleichzeitig anzuwenden (sind)." (Ehrenberg auf dem 15. Kongreß für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin 1977)

Hier haben die bürgerlichen Wissenschaftler ihren Platz. Mit der „Kausalitätstheorie der wesentlichen Bedingung" wird festgelegt, daß der zu entschädigende Schaden *wesentlich* durch den Arbeitsunfall, bzw. bei Krankheiten durch die Arbeitsbedingungen hervorgerufen werden muß, „eine einfache Mitwirkung genügt nicht..." (Wannagat, Lehrbuch des Sozialversicherungsrechts). Dieser Herr, ehemals Mitglied des hessischen Landessozialgerichts, erläutert dazu aus der Praxis der hohen Gerichtsbarkeit: „... ist ein Unfall oder eine Berufskrankheit nur dann als rechtlich wesentliche Todesursache anzusehen, wenn sie den Eintritt des Todes um mindestens etwa ein Jahr beschleunigt hat. Läßt sich dies nicht feststellen, so liegt keine rechtlich relevante wesentliche Teilursache vor." Das ist nur ein Beispiel der vielen Varianten, mit denen durch das „Kausalitätsprinzip" die Kapitalisten von Folgekosten für Arbeitsunfälle entbunden werden. Abgewälzt werden die Kosten auf die Kranken- und Sozialversicherungen, die in solchen Fällen einspringen müssen, werden also wesentlich wieder von der Arbeiterklasse selbst getragen. In DM ausgedrückt hieße das bei einem 20jährigen Arbeiter, der durch einen Betriebsunfall zu 70 Prozent erwerbsunfähig wurde und nicht anerkannt wird, eine „Ersparnis" für die Kapitalisten von 110940 DM.

Aber vier Prozent der „Fälle" und die Kosten, die die „Schutzbestimmungen" erfordern, müssen von den Kapitalisten getragen werden. Deshalb müssen Untersuchungen zur Verringerung der Kosten erstellt werden, zumal die verlorene Geldsumme jährlich schmerzhaft steigt: Von 0,5 Milliarden DM 1950 auf 8,9 Milliarden DM 1976.

„Wie macht sich Unfallverhütung bezahlt?" – Diese Aufgabe ist nur über die Ausbeutung der Arbeiter zu lösen

In ihrer Zeitschrift „Der Arbeitgeber" drückt die Bourgeoisie das so aus: „Wirtschaftlichkeit steigern heißt, ein bestmöglichstes Verhältnis von Leistung (oder Ertrag) zu Kosten (oder Aufwand) eines Arbeitsplatzes (oder eines Unternehmens) anzustreben. Helfen dabei Betriebsunfälle? Nun, im allgemeinen kosten solche unvorhergesehenen Zwischenfälle Leistung, oder sie verursachen erhöhte Kosten und Ausgaben, oder sie bereiten – am häufigsten – beides zugleich! Ein wirtschaftlich optimaler Sicherheitsgrad ist dort erreicht, wo die Summe der Kosten aus Unfällen und der aus Sicherungsbemühungen am geringsten ist. Man darf dabei von der Annahme ausgehen, daß die Kurve der Unfallkosten über einem Sicherheitsgrad (Maßverhältnis von tatsächlicher zu idealer Sicherheit) aufgetragen von einem Höchstwert im Bereich größter Gefährlichkeit mit zunehmender Sicherheit progressiv abfällt und sich zur größten Sicherheit bis Null annähert. Ferner sei angenommen, daß die Kurve der Sicherungskosten gerade umgekehrt verläuft, und zwar nicht gradlinig, sondern mit zunehmender Sicherheit progressiv ansteigend. Für unsere Betriebe gilt es, ihren wirtschaftlich optimalen Sicherheitsgrad zu finden: Das ist dort, wo die Summenkurve am niedrigsten ist. Danach scheinen viele deutsche Betriebe von diesem günstigsten Kostenpunkt noch beachtlich weit in falscher Richtung – unsicher und unwirtschaftlich – entfernt zu sein." (P.C. Compes, 1966, „Macht sich Unfallverhütung bezahlt?")



Die Kapitalisten sind in der Schweißauspressung der westdeutschen Arbeiterklasse weit vorangekommen. Sie haben die ihnen von den Arbeitern aufgezwungenen Kosten für die Unfälle als Folge der kapitalistischen Produktionsweise großenteils auf die Rentenversicherung und darüber auf die Arbeiterklasse selbst abgewälzt, die aus ihrem Lohn die Hälfte der Rentenversicherung bezahlt. Ausdruck davon ist der geringe Anteil der „erstmals entschädigten Arbeitsunfälle" pro Jahr und der Anstieg der Erwerbsunfähigkeitsrenten (d.h. der Renten, die die Arbeiter bekommen, deren Erwerbsunfähigkeit nicht als Unfallfolge von den Kapitalisten und ihren staatlichen Aufsichtsämtern anerkannt wird). Gleichzeitig sinkt die Anzahl der von der Unfallversicherung zu zahlenden Renten: Sie betrugen 1974 805357, 1975 798702, 1976 796398.

Eine gewisse Minimierung der Kosten kann offenbar nach geeigneter Untersuchung des Produktionsprozesses erreicht werden – doch Kosten sind immer noch für die Kapitalisten verlorenes Bares. Erforscht werden muß jetzt von der bürgerlichen Wissenschaft, wie der verlorene und zusätzliche Mehrwert aus dem unter „Sicherheit" produzierenden Arbeiter ausgepreßt werden kann. Das liest sich im Unfallverhütungsbericht 68/69 als „... ist anzunehmen, daß die Maßnahmen der Unfallverhütung bei weitem noch nicht bis zu jenem Punkt vorangetrieben sind, wo der Aufwand der Unfallverhütung die gesamtwirtschaftlichen Ersparnisse übertrifft."

Die Lösung wird in der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung ausgeheckt...

Die Forderung der Kapitalisten führt 1972 folgerichtig zur Gründung der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung durch das damalige Arendt-, jetzt Ehrenberg-Ministerium. Laut Auftrag betreibt, fördert und koordiniert die Anstalt die Unfallforschung, sendet Sachverständige in die Gremien der Träger der gesetzlichen Unfallversicherung, des Rationalisierungskuratoriums der deutschen Wirtschaft und ähnliche Instanzen. Auf der Eröffnungsrede der Anstalt am 17.4.72 weist der damalige Arbeitsminister Ahrendt weitergehende Ziele: „... Die Bundesanstalt erfüllt nur einen Teil des Auftrags, den die Regierungserklärung der Bundesregierung vom 28. Oktober 1969 zur Humanisierung des Arbeitslebens stellt .t... Die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung ist, das dürfte deutlich geworden sein, ein wichtiger Bestandteil in der Sozialpolitik der Bundesregierung. Die Anstalt hat im Konfliktfeld Mensch und Arbeit... bedeutsame Aufgaben zu erfüllen..." Das Ministerium gab 1977 5 Mill. DM für „bedeutsame Aufgaben" aus: „Die Anstalt hat im Konfliktfeld Mensch und Arbeit ... bedeutsame Aufgaben zu erfüllen..." (Arendt in der Gründungsrede). Das sind Forschungen zur verstärkten Schweißauspressung, nämlich der Erforschung der Ergonomie (Wissenschaft von der Anpassung des Menschen an die Arbeit) und Personalwirtschaft, sowie sozialwissenschaftliche Forschung und außerdem die Untersuchungen zur Aberkennung von Berufskrankheiten, die Lärmschutzforschung.

Besagte Bundesanstalt ließ selbst noch einmal für 4 Mill. DM Bourgeois-Wissenschaftler forschen, das Ehrenberg-Ministerium hält sich außerdem für 3 Mill. DM die Forschungsgesellschaft für Arbeitsphysiologie und Arbeitsschutz. Zusammen sind das rund 12 Mill. DM aus den Steuergeldern der Lohnabhängigen, die Ehrenberg aufwendet für die Aufgabe des Arbeitsschutzes, über die er im Bulletin der Bundesregierung sagt: „Die Aufgabe ist doppelter Natur: Sie zielt auf die Vermenschlichung und Humanisierung der Arbeits- und Produktionsbedingungen, und sie ist zugleich von beträchtlicher ökonomischer Tragweite." Wenn sie letzteres nicht wäre, hätte die Bundesregierung gewiß nicht bislang 100 Mill. DM dafür an Forschungsmitteln eingesetzt.

Noch vor der Gründung der Bundesanstalt wies Ehrenberg 1971 vor dem Kongreß für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin einen Weg zur Abwälzung der Folgekosten: „Ihr Sicherheitsbewußtsein sei schwächer entwikkelt, als bei Menschen anderer, ähnlicher Länder, heißt es... und wenn es dort gelungen ist, das Sicherheitsbewußtsein besser zu entwickeln,... dann wird es auch hier gelingen." Und stolz erklärt er vor dem gleichen Kongreß sechs Jahre später: „Die Statistik bis 1976 zeigt, daß das geht."

Das geht so: In umfangreichen Untersuchungen zum Beispiel zur „Verhaltensvariablität des Menschen" (Forschungsbericht Nr. 113 des Instituts für Arbeitswissenschaft von R. Röbke und anderen, 1973) läßt die Forschungsanstalt auf 349 Seiten ermitteln, wie sie die Kosten der Kapitalisten auf die Arbeiter abwälzen können, indem sie nicht die objektive Arbeitsbedingungen, sondern das „persönliche Fehlverhalten" des Arbeiters zur Ursache seiner Verstümmelung erklären.

„Umwelt- und persönlichkeitsbedingte Einflüsse bilden zusammen mit den situativen objektseitigen Gegebenheiten im Arbeitsprozeß die Kausalkette bei der Verursachung von Arbeitsunfällen. Sie sind als Störeinflüsse anzusehen, denn sie tragen zur Ausbildung eines Fehlverhaltens bei." Das Ziel dieser Forschung ist die Abwälzung der Versicherungskosten der Kapitalisten auf den Arbeiter, der vermeintlich ohne betriebliche Ursache selber schuld an seiner Verstümmelung hat. Ein Auszug aus dem „Katalog der Einflüsse auf das Fehlverhalten" im selben Forschungsbericht zeigt die Richtung:

- Stimmungen und Gefühle (Ausgeglichenheit, Aggression, Depression usw.)
- Tagträumerei, vagabundierende Gedanken, Grübelei, Reflekktion
- Gewinnstreben (z.B. aus Renomiersucht oder aus zu hoher Schuldenlast)
- Stetigkeit, Einsatzbereitschaft, Anpassungs- und Einstellungsfähigkeit
- Aggressivität, Streitsucht

oder unter „Einflüsse auf das Risikoverhalten

- Termindruck, Eile
- eine sicherheitsgerechte Arbeitsweise wird von Kollegen als Ängstlichkeit bewertet
- Streben nach höherem Einkommen, um im Privatleben einen Geltungsgewinn zu erzielen."

... und im Ausbeutungsprozeß erfolgreich angewendet

Die Kapitalisten müssen totes Kapital vorstrecken für Sicherheitsvorrichtungen an ihren Maschinen. Die Profitrate ist somit nur zu halten, wenn der Arbeiter an der Maschine zu höherer Arbeitsleistung getrieben wird. So heißt es im bereits zitierten Forschungsbericht Nr. 113: „Durch geeignete Pausengestaltung können die negativen Auswirkungen längerer Arbeitsbelastungen aufgefangen werden." Ermittelt haben die Bourgeoisforscher die „Erholungsgewinne" von Kurzpausen, die z.B. bei einer Pausenlänge von 6 Min. einen „Reingewinn" von weiteren 4 Minuten entsprechen. Dadurch erhöht sich z.B. die Schichtleistung von einer Produktion von 1770 Stück im Achtstundentag auf 2212 Stück. „Durch günstige Pausenorganisation, die der physischen und psychischen Ermüdung vorbeugen soll, bleibt das Aktivationsniveau längere Zeit im optimalen Bereich."

Abgesehen von den 3 Mill. DM, die vom Ehrenbergministerium im eigenen Arbeitsphysiologischen Forschungsinstitut aufgewandt wurden, entfielen 4,4 Mill. DM auf die Ergonomieforschung, 2,4 Mill. DM für Lärm, 1,3 Mill. DM für Sozialwissenschaften und nur 1,1 Mill. DM für Unfallforschung. Die „Lohnnebenkosten", die die Unfallversicherung bedeutet, sind nichts anderes als geraubter Lohn, weil sie Bestandteil der Reproduktion der Ware Arbeitskraft sind. Die Kapitalisten geben sich nicht nur mit diesem Raub zufrieden. Mit Abstand wird das meiste Geld aus Ehrenbergscher Forschung – über die Steuergelder finanziert – für die erhöhte Mehrwertauspressung der Arbeiter eingesetzt. – (Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe, Bezirk Weser-Ems)

In der nächsten KVZ:
Das Bundesarbeitsgericht – Eine Instanz der Bourgeoisie, mit deren Hilfe die gesetzlichen Schranken, die der Ausbeutung durch den Kampf der Arbeiterklasse gesetzt worden sind, eingerissen werden sollen.

Ergonomie – Schwerpunkt des Programms zur „Humanisierung der Arbeitswelt" mit dem Ziel der Vermehrung der Schweißauspressung

„An sich sind Automation und Mechanisierung zunächst einmal positiv. In der Unfallverhütung gilt seit langem die These, Rationalisierung sei die beste Unfallverhütung." Mit diesem Satz preist Professor Dr. Dr. Hagenkötter, Präsident der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung, ein Programm der Bundesministerien für Arbeit und Soziales sowie dem für Forschung an, mit dem für 70 Mill. DM 1977 schwerpunktmäßig „die Belastung am Arbeitsplatz, die ergonomische Gestaltung von Arbeitsplätzen und die Entwicklung technischer Schutzmaßnahmen" untersucht werden soll. (Ehrenberg auf dem Kongreß für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin 1977). Hagenkötters Referat ist auf einer Tagung der „Arbeiterkammer Bremen'" gehalten worden, die unter dem Thema „Humanisierung der Arbeitswelt" stand. Der Bericht fährt fort: „Prof. Hagenkötter erläutert ein Beispiel aus der Autoproduktion, woduch ein integriertes Sicherheitssystem nicht nur Unfallgefahren beseitigt, sondern auch bis zu 30 Prozent der bisher nötigen Bewegungen für einen Arbeitsgang eingespart werden konnten."

Man kann sich leicht vorstellen, daß sich nach solcher Art des Unfallschutzes die Kapitalisten die Finger lecken: 30 Prozent weniger Bewegung, „Entlastung der Versicherungen von Zahlungen für Invalidität, Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten" (Forschungsministerium) und zufriedene Arbeiter, die sich bewußt sind, daß „die Eigenschaften, Stimmungen und Bedürfnisse des Menschen berücksichtigt werden".

Diese sozialdemokratischen Phrasen verschleiern die Wirklichkeit: Ergonomie, die Erforschung von Wegen zur Anpassung des Menschen an die Arbeit, will die Arbeiterklasse mit angeblichen Arbeitserleichterungen ködern, um ihren Widerstand gegen die Verschärfung der Ausbeutung zu unterhöhlen. Dazu ein Beispiel aus der Fachtagung der Metallindustrie Baden-Württemberg „Plädoyer für eine humane Arbeitswelt": Ein Arbeitsplatz, an dem von einer Palette Gegenstände per Hand in einen Trockenofen gehoben und nach dem Trocknungsprozeß auf eine andere Palette gepackt werden, wird ergonomisch gestaltet. Dazu werden die Paletten in bequemer Reichweite und Höhe der menschlichen Armbewegung entsprechend angeordnet, sowie die Ofenöffnung auf eine optimale Reichweite eingestellt. Die Folge: Die kurzzeitige körperliche Belastung sinkt erheblich (Humanisierung), die Produktivität steigt um fast die Hälfte. Ergebnis: Die Arbeitshetze wird vervielfacht und die Arbeitskraft ruiniert.